

Werkstatt-Papiere

Nr. 13

Bürgergutachten
Rathaus/Gürzenich - Köln

Forschungsstelle
Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren
Universität Gesamthochschule Wuppertal

Werkstatt - Papiere

Nr. 13

Bürgergutachten
Rathaus/Gürzenich - Köln

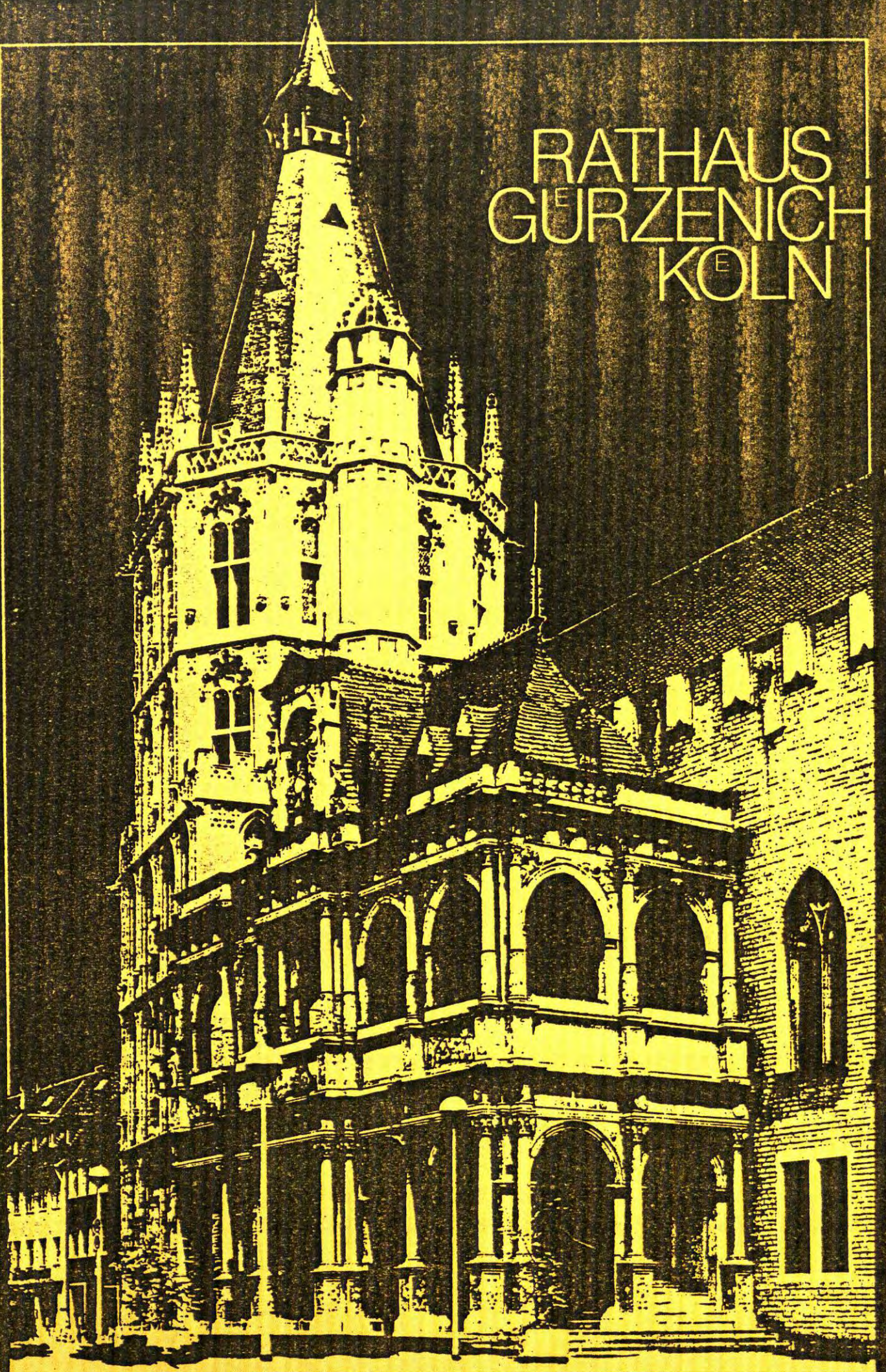
(Nachdruck des im März 1980 vom Oberstadtdirektor der Stadt Köln, Dezernat für Stadtentwicklung, Stadtplanungsamt, herausgegebenen Bürgergutachtens)

mit einem Nachwort (Peter C. Dienel) und einem Anhang (Klaus Uhlig)

FORSCHUNGSSTELLE BÜRGERBETEILIGUNG & PLANUNGSVERFAHREN
LEITUNG: PROFESSOR DR. PETER C. DIENEL

UNIVERSITÄT-GESAMTHOCHSCHULE WUPPERTAL
5600 WUPPERTAL 1
TEL. 0202-439-2295/2344

RATHAUS GÜRZENICH KÖLN



ERGEBNISSE DER BÜRGER-PLANUNGSZELLEN

RATHAUS GÜRZENICH KÖLN

Ergebnisse der Bürger-Planungszellen zur Planung im Bereich zwischen Rathaus und Gürzenich (Bürgergutachten)

Stadt Köln
Der Oberstadtdirektor
Dezernat für Stadtentwicklung
Stadtplanungsamt
Köln, März 1980

Durch die Tatkraft, Kreativität, Planungskompetenz
und das demokratische Bewußtsein von 241 Kölner Bürgern
ist dieses Gutachten möglich geworden.
Ihnen gebührt daher der Dank.

BÜRGERGUTACHTEN



Forschungsstelle Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren
Universität GH Wuppertal, Gausstr. 20, 5600 Wuppertal 1
Leitung: Prof. Dr. Peter Diemel

Projektleitung: H. Bongardt
Bearbeiter: H. Bongardt
P. Diemel
H. Henning

<u>INHALT</u>	<u>SEITE</u>
<u>Vorbemerkung</u>	1
<u>Zusammenstellung der Empfehlungen</u>	3
1. <u>Der Planungsbereich 'Rathaus/Gürzerich</u>	6
2. <u>Die Aufgabenstellung</u>	9
3. <u>Das Bürgergutachten</u>	11
3.1 Die Mitarbeit des Bürgers	11
3.2 Geeignetes Verfahren als Voraussetzung	11
3.3 Grenzen des Verfahrens	13
3.4 Die Empfehlungen des Gutachtens	14
4. <u>Zur Methode</u>	16
4.1 <u>Organisation und Ablauf</u>	16
Rekrutierung der Teilnehmer	16
Planungszellenablauf	18
Arbeit in Kleingruppen	24
Informationseingaben	25
4.2. <u>Die Aussagengewinnung</u>	26
Einzel- und Gruppenbewertungen	27
Individueller Planungsentwurf	28
Nutzungsmodelle	29
Aufbereitung der Daten	32
4.3. <u>Qualität der Aussagen</u>	33
Bedeutung der sozialen Heterogenität für die Qualität der Planungsergeb- nisse	33
Aussagekraft der Bewertungs- und Gruppenaufgaben	35
Aussagekraft der Nutzungsmodelle	37

	<u>SEITE</u>
5. <u>Ergebnisse</u>	40
5.1 <u>Nutzungsvorstellungen für das gesamte Planungsgebiet</u>	41
5.2 <u>Aussagen über Teilbereiche</u>	55
Farinagelände	60
Gelände Rathausplatz	68
Gürzenichgelände	76
Gelände Haus Neuerburg	84
Gelände Quatermarkt	89
Verdeutlichung der Ergebnisse durch erweiterten Methodeneinsatz	92
5.3 <u>Einzel Darstellungen</u>	94
Freie und bebaute Flächen	94
Rathausfunktion	96
Wohnen	100
Aktivierung von Geschichte	105
Verkehr	108
6. <u>Sozialeffekte</u>	116
7. <u>Kurzfassung</u>	120
<hr/>	
Nachwort	XIII
Peter C. Dienel	
 Bürgerbeteiligung - Plangruppen besser als Hearing?	 XV
Klaus Uhlig	

Vorbemerkung

Die Stadt Köln hatte sich auf ein Experiment eingelassen: Das eingesetzte Bürgerbeteiligungsverfahren befindet sich noch in der Erprobung.

Nach Abschluss des Experiments kann jetzt gesagt werden, dass dieser Versuch - zur Mehrung des städtischen Wohls, zur Genugtuung der Beteiligten und zur Sicherung der wissenschaftlichen Weiterentwicklung des Verfahrens - erfolgreich verlaufen ist. Das Verfahren PLANUNGSZELLE hat eine Bewährungsprobe im Großversuch bestanden.

Die bei diesem Vorhaben gewonnenen Daten geben Bürgermeinungen wieder. Die Aussagen sind überraschend konkret, präzise und vernünftig. Sie sind das Ergebnis eines intensiven, an der Aufgabe orientierten und von den Bürgern an den entscheidenden Stellen selbstbestimmten Informationsverarbeitungsprozesses.

Die erarbeiteten Aussagen wurden von der beauftragten Forschungsstelle zu Empfehlungen verdichtet. Diese werden hier der Stadt Köln vorgelegt. Sie werden diese in die Lage versetzen, bürgerschaftliche Vorschläge bei der Fixierung der Bedingungen zu berücksichtigen, die dem abschliessenden "Gestaltungswettbewerb Rathaus-Gürzenich" vorgegeben werden.

Gleichzeitig belegen diese Ergebnisse, daß es in Zukunft möglich sein wird, für die Stadtentwicklung wichtige Probleme mit einer gründlichen bürgerschaftlichen Diskussion abzuklären, ohne dabei die im einzelnen Fall erforderlichen Fristsetzungen unzumutbar zu überschreiten.

Zusammenstellung der Empfehlungen

Die im Bürgergutachten erörterten Ergebnisse des Beteiligungsprozesses haben jeweils zu Empfehlungen geführt. Sie werden hier dem Text des Gutachtens vorangestellt.

Wortlaut der Empfehlung:

Bezugstext:

- Bei den im Gesamtplanungsgebiet zu vergebenden Nutzungen sollte die Wohnfunktion anteilig im Vordergrund stehen 45
- Im Gesamtplanungsgebiet soll ein kulturell genutzter Innenstadtbereich entstehen. 45
- Verwaltung und Büros sind an die letzte Stelle möglicher Nutzungen des Gesamtplanungsgebietes zu setzen. 45
- Die unteren Gebäudebereiche sind für Einrichtungen zu nutzen, die dem einkaufenden, kulturell interessierten oder Entspannung suchenden Bürger dienen. 46
- Gewohnt werden sollte im mittleren und oberen Stockwerk. 46
- Nutzungen, die Baulichkeiten voraussetzen, sollen vor allem auf dem Farinagelände lokalisiert werden. 58

- Nutzungen, die Baulichkeiten voraussetzen, haben im Gürzenichbereich und im Farinagelände die etwa gleiche Dichte. Das Rathausgelände wird erheblich weniger dicht genutzt. 39
- Die für das Planungsgebiet insgesamt vorrangige Nutzung "Wohnen" konzentriert sich vor allem auf das Farina-Gelände. 61
- Die Grundrißstruktur einer Bebauung des Farinageländes wird innenhofartig gedacht. 65
- Das Gelände Rathausplatz ist primär kulturell zu nutzen. 68
- Eine seitliche Begrenzung der Frontalperspektive auf die Rathauslaube wird in 34% der Vorschläge berücksichtigt. 75
- 78% der vorgelegten Lösungen vergrößern den historischen Rathausplatz. 75
- 22% der Lösungen begrenzen den Rathausplatz durch Wiederaufbau in den historischen Grundrissen. 75
- Der Gürzenich sollte entlang der Martinsstrasse erweitert werden. 82

- Der freie Durchblick auf das Ruinen-
denkmal St. Alban sollte gewahrt
bleiben. 83
- Das Gelände "Haus Neuerburg" sollte
vor allem entlang der Marspforten-
gasse bebaut werden. 87
- Der Quatermarkt sollte dem Innen-
stadtbesucher Möglichkeiten zum
Verweilen und zur Information
bieten. 90
- Im Bereich des Rathauses und des
Rathausplatzes sollte die Möglich-
keit einer Intensivierung des Kon-
taktes zwischen Bürger und Rat der
Stadt bestehen. 100
- Die archäologischen Funde im Pla-
nungsgebiet sollen zugänglich ge-
macht werden. 106
- Zum besseren Erleben von Geschichte
im Planungsgebiet sollen Informationen
direkt vor Ort, zeitlich möglichst un-
beschränkt und ohne Mühe zugänglich
sein. 107
- Das Planungsgebiet sollte vornehmlich
als Fußgängerbereich gestaltet werden. 114

1. Der Planungsbereich Rathaus/Gürzenich

Nach der Zerstörung der Kölner Innenstadt während des zweiten Weltkrieges blieben erhebliche Flächen im Bereich Rathaus/Gürzenich bis heute unbebaut. Diese freien Flächen wurden nur notdürftig gestaltet und im wesentlichen als Parkplatz genutzt.

Im Jahre 1978 beschloß der Rat der Stadt Köln, zur Klärung der Gestaltung und Bebauung dieses Bereichs einen städtebaulichen Ideenwettbewerb zu veranstalten. Der ausgelobte Wettbewerb bezog sich auf einen weiteren und einen engeren Wettbewerbsbereich (vgl. Abb. 1). Er wurde von Beginn an zweistufig angelegt. Dabei sollte die Wettbewerbsstufe 1 ausdrücklich "der Klärung der städtebaulichen, gartenarchitektonischen und verkehrlichen Gestaltung des Bereichs zwischen Rathaus und Gürzenich" dienen.¹⁾ "Zum Kernproblem des Bereiches" hatte sich die Frage entwickelt, "ob alle ehemals bebauten Flächen wiederaufgebaut werden oder ob ein Teil als neuer Rathausplatz offengehalten werden soll".

Am 12. Juni 1979 kam das eingesetzte Preisgericht nach zweitägigen Erörterungen zu der Entscheidung, an 5 der eingereichten Entwürfe Preise zu vergeben sowie 4 weitere Entwürfe anzukaufen. Außerdem empfahl das Preisgericht, die Qualitäten der ausgezeichneten Arbeiten in der zweiten Stufe des Wettbewerbs weiterzuentwickeln. Hierfür bot es Leitlinien an.²⁾

1) Ideenwettbewerb Rathaus und Gürzenich in Köln, Köln 1978

2) Ergebnisse der 1. Stufe des Ideenwettbewerbs, Köln 1979, S. 35

In einigen Fragen war allerdings die Situation nicht viel übersichtlicher geworden als vorher. Das gilt u.a. für die obengenannte Kernfrage. Hier standen beispielsweise in den mit dem 1. und 2. Preis ausgezeichneten Entwürfen "unterschiedliche Lösungen für den Rathausplatz" einfach nebeneinander.

Die Stadt Köln steht nunmehr vor dieser zweiten Stufe des städtebaulichen Wettbewerbs. An ihr werden sich die Preisträger wie auch die Autoren der angekauften Entwürfe beteiligen. Zuvor werden aber vom Rat der Stadt die Vorgaben geklärt und festgelegt werden müssen, mit denen die Teilnehmer der zweiten Wettbewerbsstufe arbeiten sollen.

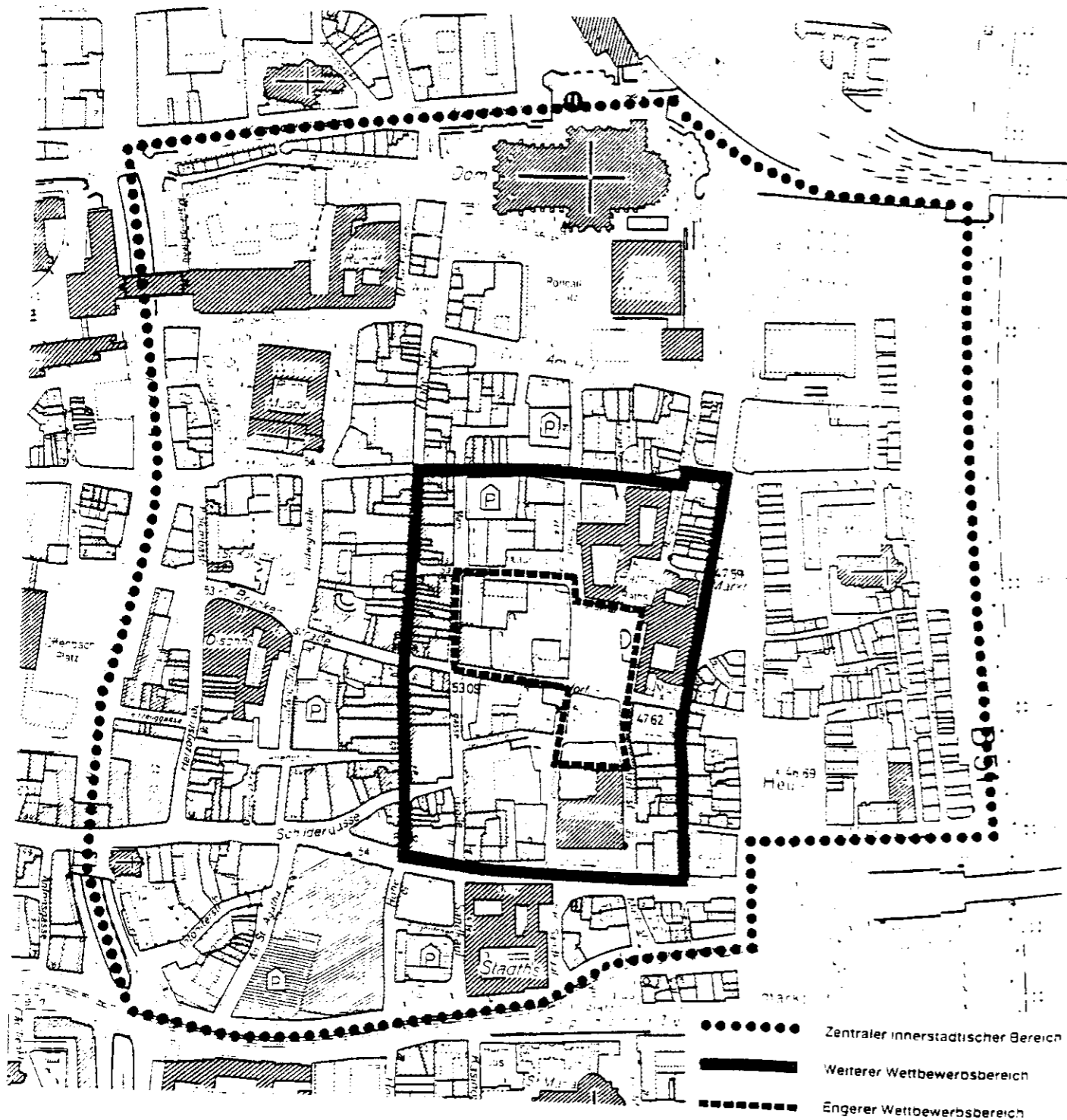
Angesichts der Bedeutung dieser Vorgaben, insbesondere der Nutzungsvorgaben, für den städtebaulichen Wettbewerb, aber auch wegen der kontroversen Nutzungsdiskussion beschloß der Stadtentwicklungsausschuß des Rates auf seiner Sitzung am 13. 9. 1979, die Forschungsstelle BÜRGERBETEILIGUNG & PLANUNGSVERFAHREN der Universität-Gesamthochschule Wuppertal mit der Erstellung eines zur Klärung der genannten Fragen beizutragenden Bürgergutachtens zu beauftragen.

In diesem Schritt kommt u.a. auch die Entschlossenheit der Stadt zum Ausdruck, "wichtige Teile des neuen bürgerschaftlichen Zentrums Kölns noch in der ersten Hälfte des soeben begonnenen Jahrzehnts zu vollenden"³⁾.

3) Ergebnisse der 1. Stufe, ebd., S. 3

- Abbildung 1 -

Wettbewerbsgebiet "Rathaus/Gürzenich"



2. Die Aufgabenstellung

Am 22. Oktober 1979 hat die Stadt Köln die Wuppertaler Forschungsstelle beauftragt, ein Gutachten über die Ansichten der Bürger zur städtebaulichen Gestaltung des Rathausplatzes zu erstellen. Diese Beauftragung, die vertraglich fixiert worden ist, enthält zweierlei Angaben, nämlich solche über die Fragen, die Beantwortung finden sollen, sowie solche über die dabei anzuwendende Methode.

Das Gutachten soll die Vorstellungen der Kölner Bürger zur städtebaulichen Gestaltung des Planungsgebietes Rathaus/Gürzenich zusammenfassen. Dabei waren insbesondere Aussagen zu machen zur

- Nutzung des Planungsgebietes.

Zur Erläuterung und Ergänzung der Nutzungsvorschläge waren außerdem die von den Bürgern zu einigen Teilproblemen geäußerten Meinungen und Lösungsvorschläge zu präsentieren. Dabei ging es vor allem um folgende Sachverhalte:

- Funktionen eines Großstadtrathauses,
- Vor- und Nachteile einer Aktivierung von Geschichte,
- Anordnung freier und überbauter Flächen im Planungsgebiet,
- Verkehrsziele für das Wettbewerbsgebiet,
- Wohnen und andere Nutzungen im Rathaus/Gürzenich-Bereich.

Die genannten Aussagen sollten auf der Grundlage der sachbezogenen Meinungsäußerungen von informierten Bürgern erstellt werden. Ein dementsprechender Beteiligungsprozeß läßt sich mit Hilfe des Verfahrens PLANUNGSZELLE organisieren.¹⁾ Aus den Ergebnissen eines solchen Prozesses wird ein Bürgergutachten erstellt.

Vorformen des Modells PLANUNGSZELLE sind in unterschiedlicher Einsatzreife zwar schon mehrfach realisiert worden, und zwar in Schwelm, Hagen-Haspe und Solingen. Das als Entwurf ungewöhnliche Verfahren muß aber immer noch als neuartig bezeichnet werden. Es ist auch noch mit den entsprechenden Risiken behaftet. Auch der Einsatz in Köln, obgleich er konkrete Planungshilfen zu erbringen hatte und auch erbracht hat, muß - von der Weiterentwicklung des Verfahrens her gesehen - als Testvorhaben eingestuft werden.²⁾

Dieser Sachverhalt kommt auch darin zum Ausdruck, daß über die Planungsbeteiligungsmaßnahmen Rathaus/Gürzenich nach den Vergabebestimmungen des fördernden Ministers zwei getrennte Berichte vorzulegen sind. Neben das hiermit vorgelegte "Bürgergutachten", das die für die Stadt Köln relevanten Planungshilfen zusammenfaßt, wird nach einer umfassenderen Aufarbeitung auch weiterer Daten ein Bericht treten, der dem Innenminister des Landes NW vorzulegen ist.

- 1) Über dieses Verfahren informiert: P.C. Dienel, Die Planungszelle, Opladen 1978.
 2) Das Vorhaben in Köln ist ohne Einblick in die Merkmale und Möglichkeiten des Modells PLANUNGSZELLE nur bedingt verständlich. Auf seine Erörterung wird hier aber - mit Hinweis auf die vorliegende Literatur (vgl. Anm. 1) - verzichtet.

3. Das Bürgergutachten

Das Bürgergutachten stellt eine neue Qualität von Gutachten dar. Sie bedarf der Erläuterung.

Das Bürgergutachten ist zum einen dadurch gekennzeichnet, dass der Bürger das tragende Element im Zustandekommen des Gutachtens ist, zum anderen durch die Art und Weise, in der diese Bürgerbeteiligung durchgeführt wird.

3.1 Die Mitarbeit des Bürgers

Es waren zahlreiche Bürger der Stadt Köln, die im eigentlichen Sinne - neben den 20 Personen in der Vorbereitung der PLANUNGSZELLEN und neben den 35 in der Organisation des Ablaufes Tätigen - die volle Last der jeweils mehr-tätigen Planungstätigkeit getragen haben. Ihre sachkundige Mitarbeit wurde gewollt. Die Stadt Köln hatte das ausdrücklich deutlich gemacht: Das Bürgergutachten dient als Grundlage für die Entscheidung des Rates.¹⁾

3.2. Geeignetes Verfahren als Voraussetzung

Diese Beteiligung der Bürger wurde durch sogenannte PLANUNGSZELLEN vermittelt. Es gab Gründe dafür, dieses Verfahren einzusetzen:

- Es ist geeignet, eine Mitwirkungsmöglichkeit für den Bürger auch in den Fällen zu eröffnen, wo dieser von sich aus zunächst

1) Aus § 1 des Vertrages über die Erstellung des Bürgergutachtens vom 22. Okt.

nicht zur Teilnahme an einer Lösung motiviert ist. Es gibt Probleme (auch wichtige, für deren Lösung eine bürgerschaftliche Meinungskundgabe förderlich wäre), bei denen normalerweise so gut wie keiner bereit ist, an der Lösung mitzuarbeiten. Das Problem betrifft zu viele Menschen. Man ist nur auf eine sehr verdünnte Weise "betroffen".

Ein solcher Fall lag mit dem Gutachtenauftrag vor. Zwischen Rathaus und Gürzenich wohnt kein Betroffener. Dieser Bereich "betrifft" aber im Grunde genommen alle, die in der Stadt Köln wohnen, und zwar in mehrfacher Hinsicht und das mit jeweils unterschiedlicher Intensität. Eine Fülle von miteinander nicht identischen Meinungen von umfangreichen, nur schwer abgrenzbaren Mengen von Bürgern sind daher für das, was in diesem Bereich geschehen sollte, in unterschiedlicher Weise relevant.

In einer solchen Situation kann die PLANUNGSZELLE eine frühzeitige und für alle Seiten sinnvolle Bürgerbeteiligung auf einfache Weise gewährleisten.

Die PLANUNGSZELLE ist auch in anderen Hinsichten ein geeignetes Verfahren zur Erstellung des angeforderten Bürgergutachtens:

Dieses Verfahren gab jedem Einwohner der Stadt Köln die Chance, im Zufallsverfahren für die Beteiligung ausgewählt zu werden.

Es ermöglichte jedem Beteiligten, sich intensiv während eines abgegrenzten Zeitraumes in vergüteten Arbeitsprozessen mit dem Planungsfall auseinanderzusetzen.

Es gab den Beteiligten die Gelegenheit, subjektive Meinungen zum städtebaulichen Problemfall zu artikulieren, diese individuellen Ansichten öffentlich im Plenum darzustellen und dort oder in Kleingruppenprozessen zu relativieren sowie Planungsvorstellungen zu dokumentieren.

3.3 Grenzen des Verfahrens

Das Instrument Bürgergutachten hat auch Grenzen. Es dürfte z.B. bei manchen Problemen schwierig sein, das zu ihrer Lösung erforderliche Spezialwissen in einer Bürgergruppe vorzufinden oder zu vermitteln.

Aus dieser Einsicht folgt, dass die Aufgaben derartiger Gruppen auf Fragen ausgerichtet sein sollten, für die bei den Teilnehmern Kompetenzen vorliegen oder erstellt werden können. Dies ist nicht zuletzt eine Frage des Vorrats an Zeit und an Mitteln.

Die Zurkenntnisnahme der hier angesprochenen Begrenzungen ist für das vorliegende Bürgergutachten gelungen. Seine Ergebnisse belegen, dass aus einem hochkomplexen Sachverhalt die unter den gegebenen Umständen bearbeitbaren Aspekte zur Aufgabe gemacht worden sind. Es war zu keinem Zeitpunkt das Ziel der PLANUNGSZELLEN, Bürger zur Experten zu entwickeln. Die

3.4

Bürger mußten und konnten aber in die Lage versetzt werden,

- das Planungsproblem zu erkennen,
- die relevanten Interessen zu überblicken,
- die Lösungsmöglichkeiten zu sehen und
- ihre Bürgerinteressen in Planungsvorstellungen umzusetzen.

Aus derartigen Überlegungen und aus der Aufgaben- definition der Stadt Köln heraus wurde von der Forschungsstelle BÜRGERBETEILIGUNG & PLANUNGS- verfahren eine spezifische Programmstruktur (vgl. Abb. 4) sowie eine Ablaufplanung (vgl. Abb. 3) entwickelt. Im Rahmen dieses Programms wurden dann bestimmte Möglichkeiten für den Teilnehmer vorbereitet, seine Meinung dokumentieren zu können (vgl. Kapitel 4.2).

3.4. Die Empfehlungen des Gutachtens

Aus den Angaben der Bürger haben sich zweck- dienliche Hinweise gewinnen lassen. Sie machen den Inhalt des Bürgergutachtens aus. Diese Hinweise sind auf unterschiedliche Weise ent- standen:

- Manche gehen auf den guten Einfall eines Einzelnen zurück (Ruinen in Tiefgarage ein- beziehen).
- Manche sind in Rechenoperationen ermittelt worden. Sie beziehen sich dann in der Regel auf Mehrheitsmeinungen.

Die ausdrücklichen "Empfehlungen" sind alle auf die letztere Weise abgesichert. Ein Bürgergutachten darf aber nicht, so reich auch der Anfall quantitativer Daten bei diesem Verfahren sein mag, dem Fehler verfallen, die quantifizierbaren Seiten der Planungsaufgabe überzubewerten.

Häufig sind gerade die sogenannten qualitativen Aspekte von erheblicher Bedeutung für das Zustandekommen von Lösungen, die den bürgerschaftlichen Erwartungen entsprechen. Die qualitativen Gesichtspunkte mußten daher - das erfolgt insbesondere im Kapitel 5 - auf die ihnen eigene Weise gewürdigt werden.

4. Zur Methode

4.1 Organisation und Ablauf

Das Bürgergutachten wird getragen durch Arbeitsergebnisse aus 10 Gruppen, die nach dem Modell Planungszelle organisiert waren. In diesen Gruppen wurden jeweils durchschnittlich 24 Bürger der Stadt Köln im Verlauf von 4 Arbeitstagen informiert und deren Meinung zum Planungsproblem registriert.

4.1.1 Rekrutierung der Teilnehmer

Aus dem Stadtgebiet Köln wurden 10 Stadtteile ausgewählt (vgl. Abb. 2). Mitarbeiter der Forschungsstelle zogen aus der Einwohnerliste jedes Stadtteiles im Zufall 150 Namen und Anschriften von Personen im Alter zwischen 18 - 68 Jahren. Diese 150 Personen wurden angeschrieben und um eine Rückantwort gebeten.¹⁾

Das außerordentliche Interesse der Kölner Bürger machte es notwendig, aus den prinzipiellen Zusagen eine nochmalige Zufallsauswahl zu treffen, damit die Gruppengröße 25 nicht überschritten wurde.²⁾

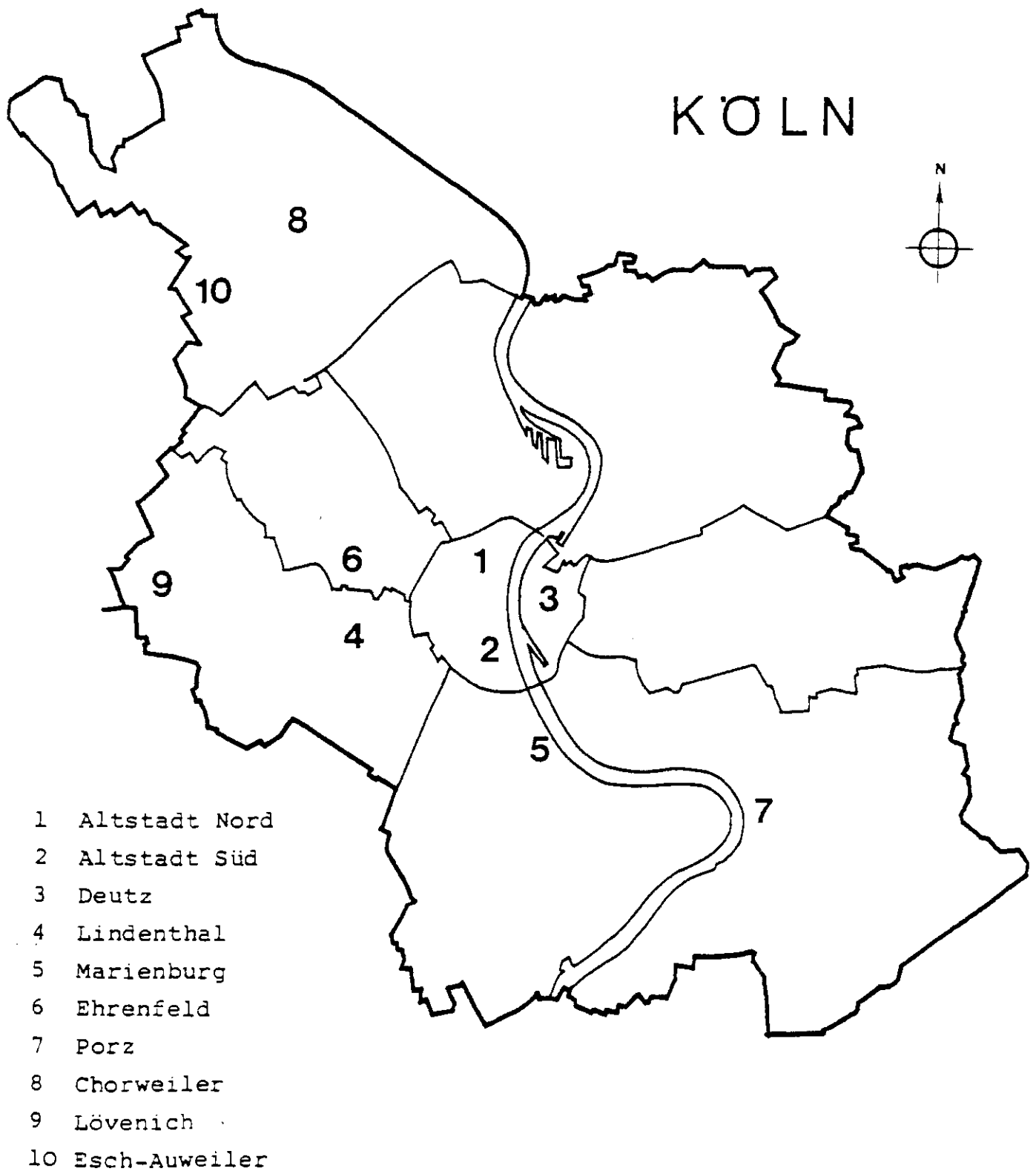
Mit den an der Teilnahme interessierten Bürgern wurde ein vorbereitendes Gespräch geführt und bei einer definitiven Teilnahme-

1) Zu Grundlagen und Verfahrensweise der Einladungspraxis vgl. P.C. Dienel/D. Garbe/B. Wyborski, Bürgern planen Hagen-Haspe, Schriftenreihe des Instituts für Landes- und tadtentwicklungsforschung des Landes NW (ILS), Band 2.020, Dortmund 1978, S. 30 ff.

2) Vgl. Die PLANUNGSZELLE, S. 108

-Abbildung 2 -

Herkunftsbereiche der P2-Teilnehmer



4.1.2

zusage ein schriftlicher Teilnahmevertrag unterzeichnet.

An den zehn Planungsgruppen haben insgesamt 241 Bürger teilgenommen. Jede Gruppe war stadtteilhomogen zusammengesetzt (vgl. Abb. 3).

Das Alter der Teilnehmer lag zwischen 18 und 67 Jahren. Der Überblick (s.Tab. 1) belegt deren erfreulich normalverteilte Streuung: nur zwei der in Frage kommenden Jahrgänge sind nicht vertreten. Auch die Aufgliederung nach Frauen und Männern (s.Tab. 2) läßt die durch eine Zufallsauswahl erreichte gleichförmige Verteilung sichtbar werden.

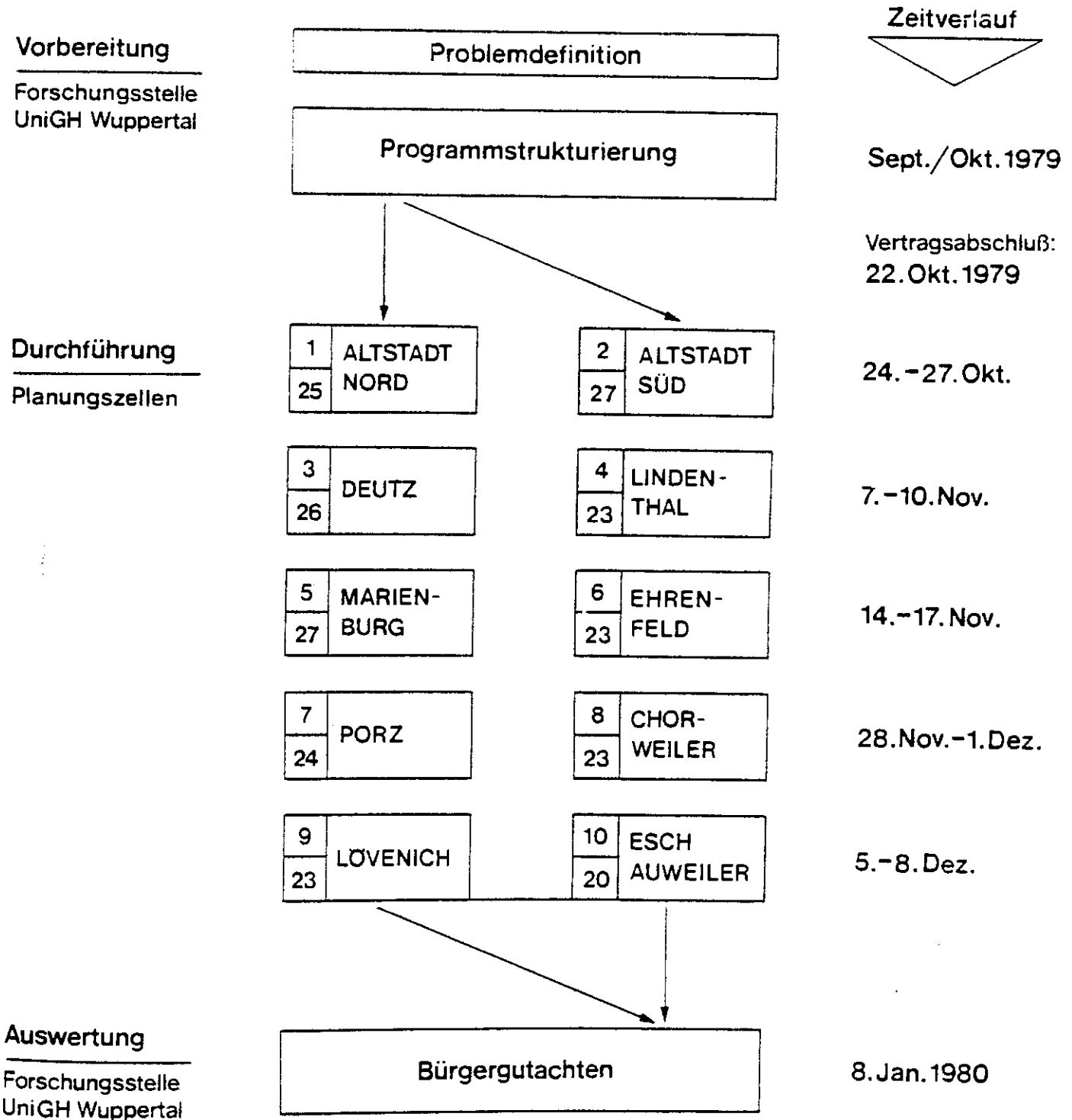
4.1.2 Planungszellenablauf

Die Planungszellen haben in der Zeit vom Oktober bis Dezember 1979 unabhängig voneinander ihre Meinung zur Planung dokumentiert. Jeweils zwei Gruppen arbeiteten parallel von Mittwoch bis Samstag täglich acht Stunden. Tagungsort war das ehemalige Verwaltungsgebäude der Firma Stollwerk. Die einzelnen Gruppen leitete jeweils ein Tagungsleitungsteam (Tagungsleiter/Untersuchungsleiter/Tagungsassistent) nach Maßgabe der an der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren erarbeiteten "thematischen Strukturierung" und "Zeitplanung" (vgl. Abb.4). Diese gleiche Prozeßstrukturierung ermöglichte eine simultane Problembearbeitung in allen zehn Bürgergruppen.¹⁾

1) P.C. Dienel, Die Planungszelle, Opladen 1978, S. 107 f.

- Abbildung 3 -

Ablauf der Bürgerplanung Rathaus/Gürzenich

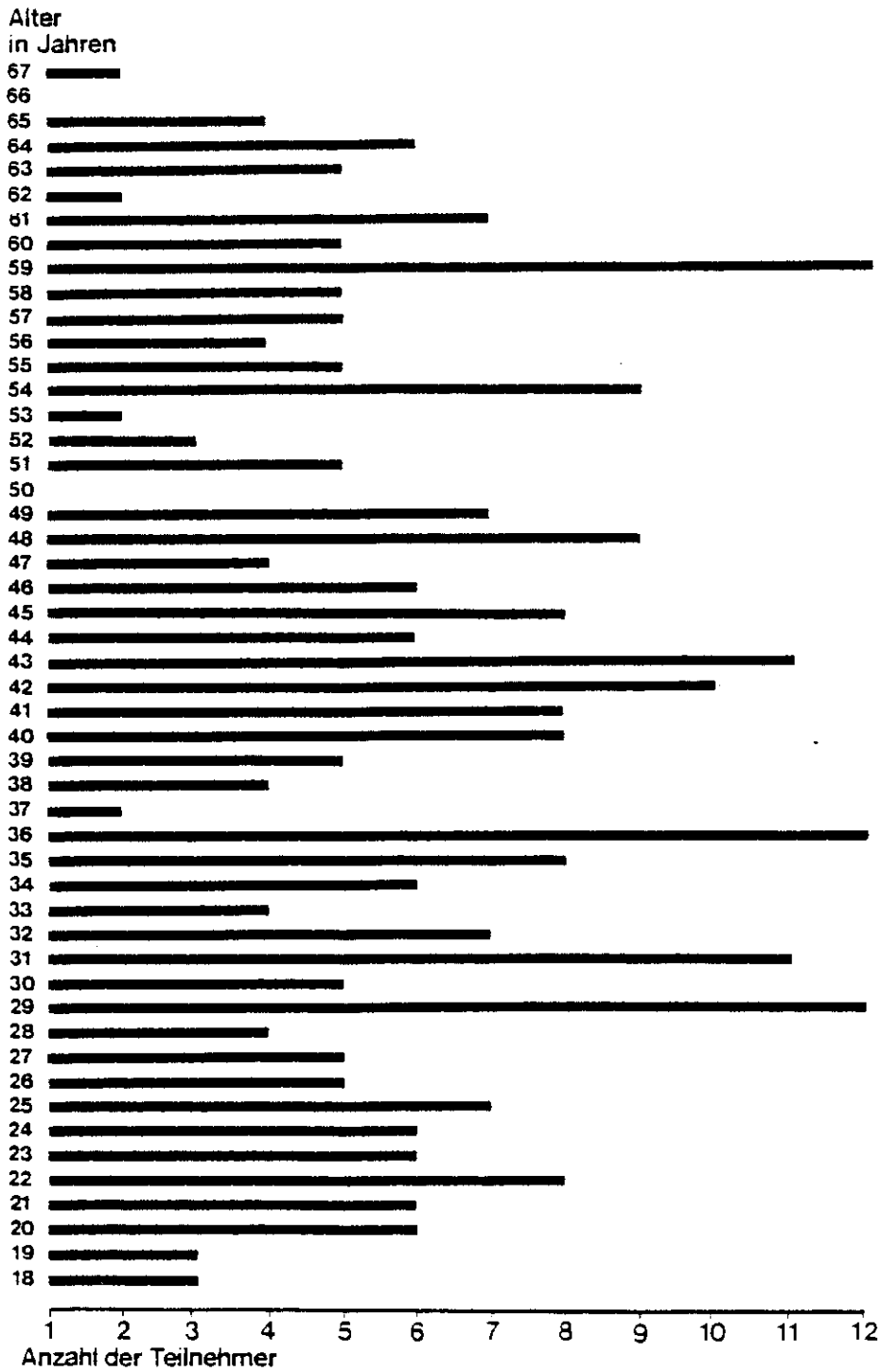


Legende

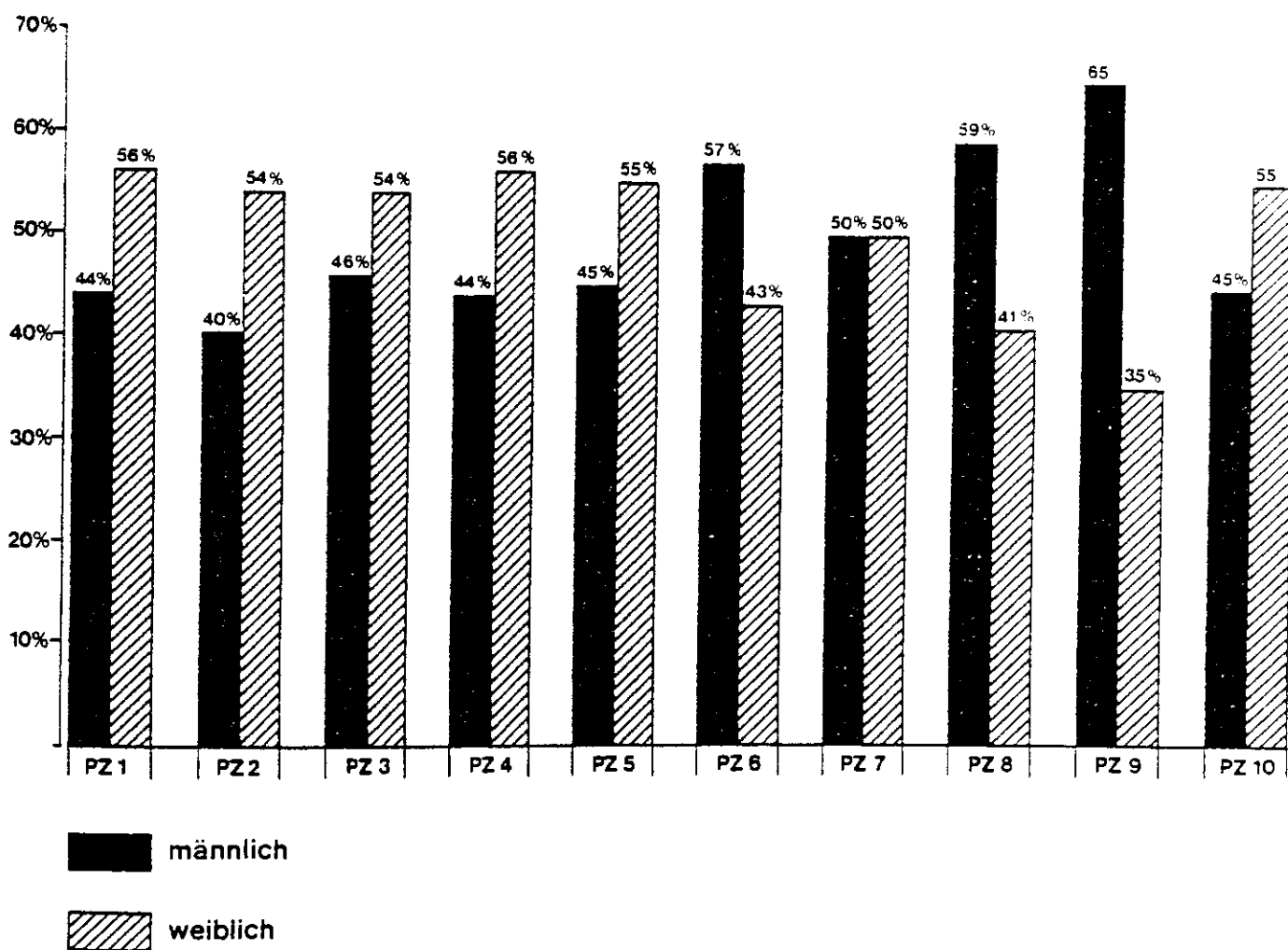
PZ-Nr.	STADT-
Anzahl d. Teiin.	TEIL

- Tabelle 1 -

Altersverteilung der im Zufall ausgewählten TN



- Tabelle 2 -

Verteilung der Geschlechter der im Zufall ausgewählten PZ-Teilnehmer

4.1.2

- Abbildung 4 -

Programmablauf

	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
Phase Zeit	I	I+II	III	IV
8.30	Eröffnung Information	Begehung: Rathaus	Interessenhearing	Tagungsrückblick
10.30	Information: Verkehr	Rathausnutzung	Diskussion Vorplanung	Nutzungsplanung
13.00	Begehung: Planungsgebiet	Infrastruktur	Architektenhearing	Entwurfdiskussion
15.00	Information: Geschichte	Vorplanung	Anhörung: Wettbewerb	Verfahrensbewertung
16.30				

Der Ablauf gliederte sich in vier Phasen mit qualitativ unterschiedlichem Charakter:

1. Phase: Information über und Bewertung der bestehenden Situation
2. Phase: Entwicklung innovativer Zukunftsvorstellungen
3. Phase: Information über und Bewertung der bestehenden Planungsvorstellungen sowie der relevanten Gruppeninteressen
4. Phase: Entwicklung von realisierbaren Planungsvorgaben auf der Grundlage der erarbeiteten Informiertheit und der Bewußtwerdung eigener Innovativvorstellungen.

Sowohl am ersten als auch am zweiten Arbeitstag hatten die Bürger Gelegenheit, das Wettbewerbsgebiet und das Innere des Rathauses bei einer "Begehung" kennenzulernen.

Um in die 4. Phase eintreten zu können, war es notwendig, über die bis zu diesem Zeitpunkt erfolgten Bewertungen zu informieren. Diese Präsentation stellte gleichzeitig eine zusammenfassende Wiederholung der eingegebenen Informationen dar.

4.1.3

4.1.3 Arbeit in Kleingruppen

Häufig wurden Informationen, z.B. die Vorträge der Referenten im Plenum entgegengenommen. Mehrfach an jedem Arbeitstag traten aber die PLANUNGSZELLEN auch in 5 Arbeitsgruppen (AG) mit je 4 oder 5 Teilnehmern auseinander. Diese AG's kamen für 20-40 Minuten, jeweils im Zufall neu gemischt, zusammen und bearbeiteten eine schriftlich vorgegebene Aufgabe (Gruppenaufgabe). Prozeßbegleiter, Vertreter der Stadt oder externe Fachleute (Referenten usw.) haben an derartigen Sitzungen nicht teilgenommen. Auf diese Weise haben insgesamt

400 Arbeitsgruppen

Teilfragen der Planungsaufgabe erörtert und bewertet (Problemsammlung/Problemlösung).

Diese Kleingruppen waren der Ort der intensivsten Kommunikation unter den Teilnehmern. Hier lief der zahlenmäßig weitaus größte Teil aller Interaktionen ab. Das Urteil des einzelnen über Sachverhalte und Personen formiert sich aller Erfahrung nach unter solchen Bedingungen am nachhaltigsten. Der Austausch in den AG's ist daher für die erarbeiteten Ergebnisse von erheblicher Bedeutung.

4.1.4 Informationseingaben

Die Planungszellenteilnehmer brachten von sich aus eine Fülle von wichtigen Informationen ein. Darüber hinaus wurden sie in Referaten von städtischen Planungsexperten über die Probleme der Kölner Innenstadt informiert, z.B.:

- die innerstädtische Verkehrssituation,
- die infrastrukturellen Gegebenheiten im weiteren Planungsbereich,
- die derzeitige Nutzung des historischen Rathauses und des spanischen Baus,
- denkmalpflegerische Gesichtspunkte,
- Aufgabenstellung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs Rathaus/Gürzenich.

Diese Informationen wurden in Diskussionen problematisiert. Nachdem die Teilnehmer zur Sache informiert waren und die Probleme weitgehend erkannt hatten, wurden Meinungen von Interessenvertretern dargestellt ("Hearing"). Hierbei sollten Vertreter

der Anwohner,
des Einzelhandels,
der Gastronomie,
des Denkmalschutzes,
des Fremdenverkehrs,
der Wettbewerbsteilnehmer und
des Preisgerichts zur 1. Wett-
bewerbsstufe

gehört werden.

Teilnehmergeeignete Informationen müssen so aufbereitet sein, dass sie

- ein Höchstmaß an entscheidungsrelevanten Sachverhalten enthalten und

4.1.4

- für Bürger bewältigbar aggregiert (komprimiert), z.B. gegenständlich, sind.

Es kann unter diesem Aspekt nur als günstig bezeichnet werden, dass von der 1. Wettbewerbsstufe her eine Reihe von maßstabsgerechten Modellen des Wettbewerbsbereiches vorhanden war, die von den Bürgern betrachtet werden konnte und die als Bewußtwerdungshilfe für latent vorhandene Meinungen diente (vgl. Abbildung). Mitunter konnte



Foto: Spiegel

Abbildung: Freier Zugang zu den Entwürfen der Architekten

der Bürger erst so beurteilen, wogegen und wofür er eigentlich war. Die relative Unbefangenheit der Bürger bei der Herstellung eigener Nutzungsmodelle hängt möglicherweise ebenfalls damit zusammen, dass sich der einzelne vier Tage lang in Räumen bewegt hatte, in denen die Wettbewerbsmodelle frei zugänglich ausgestellt waren.

4.2 Die Aussagengewinnung

Für das vorliegende Gutachten werden ausschließlich mit sozialwissenschaftlichen Methoden erhobene Daten verwendet. Sie geben Meinungen zum Planungsfall, Problematisierungen einzelner Teilfragen sowie Vorschläge zur Problemlösung wieder. Datenerhebungsformen waren: Einzel- und Gruppenbewertungen, der individuelle Planungsentwurf sowie die Nutzungsmodelle.

Die exemplarische Aufzeichnung von Plenumsdiskussionen durch Tonband und Video ist für das sachliche Ergebnis des Bürgergutachtens von untergeordneter Bedeutung geblieben.

4.2.1 Einzel- und Gruppenbewertungen

Zu jedem Teilproblem hatten die Bürgergruppen mindestens einmal die Gelegenheit, ihre subjektive Meinung kundzutun. Zu diesem Zweck wurden jeweils Bewertungsbögen (BB) mit offenen bzw. geschlossenen Fragen vorgelegt. Die Bewertungsfragen hatten entsprechend dem jeweiligen Informationsstand eine unterschiedliche Aufgabe: das Bewußtmachen von spezifischen

4.2.1

Fragestellungen, die Beurteilung einer Situation und die Erarbeitung von Problemlösungen. Die beiden ersten Aufgaben konnten meist durch geschlossene Fragestellungen erfüllt werden. Die damit einhergehende Einengung der Antwortmöglichkeiten zwang die Teilnehmer zu kurzfristigen Entscheidungen.

Zu den Bewertungsvorgängen, die zur Bewußtmachung einer Fragestellung dienten, sind z.B. die Beurteilungen während der Begehungen zu rechnen. An bestimmten Punkten des Planungsgebietes waren die Bürger aufgefordert, ad hoc-Beurteilungen zu vorgegebenen Teilaspekten der Planung abzugeben. Ziel dieser Aufgabenstellung war neben dem Gewinn eines ersten Meinungsbildes das Vertrautmachen der Teilnehmer mit dem Planungsgebiet und seinen spezifischen Problemen.

Situationsbeurteilungen wurden jeweils im Zusammenhang mit einem Informationsblock abgegeben. Es ging darum, Meinungen zu erfragen, die unmittelbar mit einem im Plenum angesprochenen Problemkreis zu tun hatten.

Die Erarbeitung von Problemlösungen wurde durch offene Fragen ohne vorstrukturierte Antwortvorgaben gesteuert. Hier sollten die Teilnehmer zu den gestellten Aufgaben eigene Vorstellungen entwickeln. Diese Arbeit wurde zumeist in Kleingruppen geleistet. Die dabei erarbeiteten Vorschläge wurden z.T. einer weiteren Bewertung unterzogen, die im Plenum stattfand, andere wurden selbst Gegenstand von Plenumsdiskussionen.

4.2.2 Individueller Planungsentwurf

beim individuellen Planungsversuch wurden den Bürgergutachtern Planungsgebietskarten (1:500) zur Verfügung gestellt. Hier sollten erste Vorstellungen zur Nutzung des Bereiches entwickelt und farbig in die Karten eingezeichnet werden. Die Vorschläge wurden vom Untersuchungsleiter sofort ausgewertet und als Teilergebnisse während des Ablaufs rückgekoppelt.

4.2.3 Nutzungsmodelle

In Arbeitsgruppen entwickelten die Bürger einen abschließenden Nutzungsentwurf für den Planungsbereich.

Jeder Arbeitsgruppe wurde eine Modellplatte (vgl. Abb. 5) sowie eine unbegrenzte Anzahl von Nutzungselementen (NE) in sieben Farbvarianten vorgelegt. Jede Farbe entsprach einer Nutzungsart, wobei zwei von den Bürgern frei festgelegt werden konnten. Die vorgegebenen fünf Nutzungen waren:

- Wohnen,
- Einzelhandel,
- Gastronomie,
- Kultur,
- Büro/Verwaltung.

Die Aufgabe bestand darin, auf drei Ebenen (Unten, Mitte, Oben) die Nutzungsvorstellungen der PZ-Teilnehmer für die zu planenden Bereiche festzulegen. Für die unbebaut bleibenden Flächen sollten ebenfalls Nutzungen (Verkehrsführung, Grünflächen usw.) bestimmt werden. Jedes Modell ist von seinen Autoren detailliert erläutert worden.

Insgesamt wurden 50 solcher Nutzungsmodelle erstellt (vgl. S. 38: Abb. "Nutzungsmodelle"). Diese Modelle stellen die abschließende, ihre Gesamterwägungen koordinierende Festlegung der beteiligten Bürger dar. Für das Bürgergutachten ergibt sich damit ein exponierter Stellenwert dieser Arbeitsergebnisse. Im wesentlichen beruht die im folgenden dargestellte Analyse auf der Auswertung dieser Nutzungsentwürfe.

Durch die gestalterische Arbeit mit maßstabsgerechten Kunststoffklötzchen waren die Bürger in die Lage versetzt, ihre Vorstellungen in planerischer Handlung zu realisieren. Hierdurch könnte bei manchem der Eindruck entstehen, die PZ erhebe den Anspruch, Bürger in wenigen Tagen zu Architekten oder Stadtplanern heranbilden zu können. Die Bürger waren aber über die Begrenzung ihrer Aufgabenstellung informiert z.B. darüber, daß es nicht ihre Aufgabe war, Aussagen über die architektonische Gestaltung des Planungsgebietes zu machen, sondern die Verteilung von Nutzungen in diesem Gebiet zu bestimmen.

4.2.4

4.2.4. Aufbereitung der Daten

Die Daten, die im Ablauf der einzelnen PLANUNGSZELLEN durch Bewertungsvorgänge produziert worden sind, wurden später in Häufigkeitstabellen zusammengefasst. Sie haben als interpretierbares Hintergrundmaterial gedient. Nur wenige von ihnen sind als Diagramme in das Gutachten aufgenommen worden. (vgl. Abb. 30 und 31).

Die in den AG's erarbeiteten Ergebnisse lassen zunächst nur qualitative Interpretationen zu. Hier ist die Beschreibung der einzelnen Vorschläge die der Sache angemessene Darstellungsform.

Am ergiebigsten für die Erstellung des Bürgergutachtens waren die Nutzungsmodelle. Sie haben denn auch den umfangreichsten Auswertungsaufwand verursacht.

Obgleich die Erfassung der hier angefallenen Daten von vorneherein so angelegt war, dass unterschiedliche statistische Auswertungsmethoden angewendet werden konnten (vgl. Kapitel 5.2.6), wurden hier - wegen der Eindeutigkeit der bereits auf diesem Wege erzielten Aussagen - für die Erstellung des Bürgergutachtens vorwiegend Ergebnisse relativ einfacher Rechenoperationen verwendet. Es wurde zunächst die Anzahl der verwendeten "Funktionselemente" ermittelt. Daraus ließen sich hinreichend deutliche Aussagen zu den Nutzungsvorstellungen der Bürger für das Planungsgebiet ableiten.

4.3 Qualität der Aussagen

Die von den Planungszellen produzierten Daten, die die Grundlage des "Bürgergutachtens Köln/Rathausplatz" bilden, sollten vorab in ihrer Qualität gekennzeichnet werden.

4.3.1 Bedeutung der sozialen Heterogenität für die Qualität der Planungsergebnisse

Die Ergebnisse der Bürgerplanung wurden in Gruppen erarbeitet, die in ihrer sozialen Zusammensetzung - verglichen mit anderen Formen der Bürgerbeteiligung - außerordentlich heterogen waren. Personen aller Altersstufen zwischen 18 und 67 (vgl. Tab. 2), sowie Angehörige der unterschiedlichsten Berufsschichten (Abb.6) waren vertreten. Damit kann zunächst davon ausgegangen werden, daß sich die Interessen unterschiedlichster sozialer Gruppierungen in den Planungsaussagen wiederfinden lassen. Das ist jedoch nicht der Fall. Die bisher möglich gewordene¹⁾ quantitative und qualitative Analyse der Planungsergebnisse erbringt keine sozialgruppenspezifischen Ergebnisse. Dies trifft auch für die unterschiedliche örtliche Herkunft der einzelnen Planungszellen zu. Die Arbeitsergebnisse der Gruppen erweisen sich in der Regel als einzelinteressenübergreifend.

1) Eine genauere Aufarbeitung dieser Fragestellung wird später im Bericht für den Innenminister des Landes NW vorgelegt.

4.3.1

- Abbildung 6 -

Auflistung von Berufen der im Zufall ausgewählten Teilnehmer

Apotheker	Laborleiter
Angestellte	Lagermeister
Apothekenhelfer	Lehrer/-in
Arbeiter	Lehrschweißer
Architekt	Lokführer
Arzt	Masch.-Bau Techniker
Bibliothekar	Maschinist
Bankkaufmann	MTA
Bankdirektor	Notariatsgehilfe
Betriebswirt	Operator
Beamte	Photographenmeister
Bürohilfe	Physiologe
Bürokaufmann	Polizeimeister
Biologielaborant	Prüfer
Chemiewerker	Psychologe
Chemiker	Reisender
Cutter	Referendarin
Datentypist	Reg. Amtmann
Dipl.-Ing.	Rentner
Directrice	Schaufenstergestalter
Dozent	Sachbearbeiter
Empfangschef	Schlafwagenschaffner
Elektroniker	Schlosser
Elektromechanikermeister	Schreiner
Elektromonteur	Schüler/Auszubildende
Erzieher	Sekretärin
Expedient	Soldat
Facharbeiter	Sozialpädagoge/Sozialarbeiter
Fremdsprachenkorrespondent	Stadtplaner
Gastwirt	Staplerfahrer
Geschäftsführer	Steuergehilfin
Grafiker	Student
Großhandelskaufmann	Schornsteinfegermeister
Handelsvertreter	Techn. Angestellter
Handwerker	Techn. Verw.-Angestellter
Hausfrau	Textilkaufmann
Hotelier	Tonmeister
Ingenieur	Tontechniker
Industriedesigner	Techn. Zeichner
Industriekaufmann	Verkäufer
Industriemeister	Verkaufsberater
Kassierer	Vers.-Angestellter
kaufm. Angestellte	Verwaltungsangestellte
Kaufmann/-frau	Vorarbeiterin
Kinderpflegerin	Volkswirt (dipl.)
Kontoristin	Wirtschaftsprüfer
Krankenschwester	Zahnarzt

Die detaillierte Ergebnisdarstellung soll dies weiter belegen. Soviel läßt sich schon jetzt herausstellen:

Die im Bürgergutachten Köln/Rathausplatz nach dem Verfahren PLANUNGSZELLE zusammengetragenen Ergebnisse spiegeln einen breiten, am gesamtstädtischen Interesse ausgerichteten Planungskonsens der Bürger wider. Sachverhalte, die hierfür eine Erklärung bieten, sind möglicherweise:

- die sich als sinnvoll darstellende Gruppenaufgabe;
- die auffällig starke Identifikation der Teilnehmer aller Schichten mit der Gutachterrolle;
- die Problemprominenz, die der Fall Rathaus/Gürzenich für die Bürger der Stadt Köln hat;
- die Team-Situation, in die man sich eingelassen hat, und in der jeder Teilnehmer seine Einzelinteressen mit denen anderer konfrontiert und relativiert sieht.

4.3.2 Aussagekraft der Bewertungs- und Gruppenaufgaben

Die Gruppenarbeits- und Bewertungsprozesse hatten (vgl. Kapitel 4.2.1) eine prozeßbegleitende Funktion, durch die unterschiedliche Ziele erreicht werden sollten.

4.3.2

Diese Einbindung in den Beteiligungsprozeß muß bei der Interpretation der Daten berücksichtigt werden. Bewertungsergebnisse vom ersten Tag der PLANUNGSZELLE sind außerdem anders zu gewichten, als solche vom dritten Arbeitstag.

Die Notizen der Arbeitsgruppen zeigen, inwieweit Probleme im Zusammenhang mit einzelnen Planungsfragen erkannt werden. Problemlösungsaufgaben waren meist im Anschluß an eine ausführliche Sach- und Problemerarbeitung angesiedelt und geben damit qualifiziertere Aussagen wieder.

4.3.3 Aussagekraft der Nutzungsmodelle

Die Aussagekraft der Nutzungsmodelle (s. Abb. "Nutzungsmodell") wird wesentlich durch drei Sachverhalte bestimmt, nämlich einmal dadurch, dass mit dem gewählten Verfahren keine nur individuellen Vorstellungen erfaßt werden. Die geäußerten Meinungen mußten den Filter von Gruppenprozessen durchlaufen. Der abwägende Wille der Bürger hat mehr oder weniger ausdrücklich jeden Konsens mitbestimmt, der in ein Modell eingebaut worden ist.

Die Aussagekraft ist zweitens durch eine Begrenzung der Aussagemöglichkeiten des Modells bestimmt. Das Modell mußte nämlich einer Kombination von Anforderungen gerecht werden:

- Komplexe Lösungsmöglichkeiten waren so zu gestalten, dass sie für Bürger handhabbar werden.
- Es sollten Ergebnisse für solche Fragen erzielt werden, die im Sinne des Auftrages relevant sind.
- Diese Ergebnisse sollten dabei eine quantitative Datenaufbereitung zulassen.

Diesen Anforderungen konnte genügt werden mit der bindenden Vorgabe einer bestimmten Fläche, einer bestimmten Anzahl von Ebenen, einer begrenzten Anzahl von Hauptfunktionen sowie der Vorgabe normierter Elemente (Würfel) für die Gestaltungs- und Verteilungsprozesse.



Foto: Bell

- Abbildung - "Nutzungsmodelle"

Erste Auswertungsdiskussion über die von den Gruppen
erarbeiteten Modelle

Zu den Ergebnissen unterscheidbarer Bürgerüberlegungen, die auf diese Weise erfaßt werden konnten, gehören u.a. Vorstellungen über

- die Bebauung oder Offenlassung von Grundflächen,
- die Höhe von Bebauungen und
- die spezifische Nutzung der bebauten bzw. offengelassenen Bereiche, und zwar im Falle der Bebauung für jede einzelne Höhenebene der Bebauung.

Die spezifische Aussagekraft der Modelle liegt damit insgesamt in der Nutzungsdarstellung.

Schließlich ist die Aussagekraft der Nutzungsmodelle wesentlich dadurch bestimmt, daß dieses Verfahren am Ende der jeweils viertägigen gemeinsamen Arbeit eingesetzt worden ist. Die Aussagen der Bürgergruppen sind damit im Zustand der hier erreichbaren Höchstinformiertheit fixiert worden.

5. Ergebnisse

Die PZ's haben vielfältige Ergebnisse zu den unterschiedlichsten Sachverhalten erbracht. Über einzelne von ihnen wird hier berichtet. Im Vordergrund der Ergebnisdarstellung steht dabei eindeutig die zukünftige Nutzung des Wettbewerbsbereiches.

Bevor hier daher einzelne Sachfragen, Nebeneffekte oder weitere Perspektiven der Aussagegewinnung erörtert werden, müssen die vorgesehenen Nutzungen dargestellt werden. Diese Darstellung bezieht sich zunächst (Kap. 5.1) auf das gesamte Planungsgebiet und sodann (Kap. 5.2) auf die einzelnen Teilbereiche.

Die Aussagen über Nutzungen wurden von den Modellen abgeleitet, die die Bürger erarbeitet haben. Dabei gingen die den Bürgern zur Verfügung gestellten Modellunterlagen davon aus, daß der zentrale Auftrag der Bürgergruppen in der Entwicklung von Nutzungsvorstellungen für das engere Wettbewerbsgebiet (s. Abb. 1) besteht. Mehrere der Bürgergruppen haben, und zwar angeregt durch die von ihnen diskutierten Entwürfe der Wettbewerbsarchitekten (vgl. S. 26: Abbildung), von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Nutzungen auch über diesen Bereich hinaus (Gelände Haus Neuerburg, Quatermarkt) vorzuschlagen.¹⁾

1) Für das Gelände Haus Neuerburg haben 30 Gruppen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Für den weiter abliegenden sog. "Bereich Quatermarkt" haben lediglich 11 Gruppen deutliche Funktionszuweisungen vorgenommen. Die hier bebaubaren Flächen sind allerdings auch nicht sehr umfangreich.

- 5.1 Das versetzt das Bürgergutachten in die Lage, im Fortgang der Darstellung auch Aussagen über diese, an das Planungsgebiet angrenzenden Bereiche machen zu können.

Nutzungsvorstellung für das gesamte
Planungsgebiet

Die 241 Bürger, die ihre Vorstellungen in Modellen konkretisiert haben, hatten sich bei der Kennzeichnung bestimmter Funktionen des Farbstiftes zu bedienen: Gestaltung von Grün- oder Verkehrsflächen wurde beispielsweise durch grüne oder gelbe Einfärbung kenntlich gemacht. Diese Funktionen werden später (s. Kap. 5.3) erörtert.

Für die Verteilung von Funktionen, die in der Regel bauliche Konsequenzen nach sich ziehen, standen dagegen farbige Nutzungselemente (Kunststoffwürfel 2 x 2 cm) zur Verfügung. Funktionsvergabe mit Hilfe von Nutzungssteinen bedeutet demnach immer zugleich "Gebäude".

Die "Funktionsbausteine" wurden von den Teilnehmern auf den Planungsgebietskarten platziert. Für die 50 Modelle sind dabei

18.159 Nutzungselemente

vergeben worden. Diese Zahl macht deutlich, dass bei der Erarbeitung von Ergebnissen sich zusätzlich auch Quantitätsprobleme ergaben.

Für die Nutzungsverteilung waren die "Geschoßebenen" zugelassen. Es muß hier ausdrücklich gesagt werden, daß diese Modellebenen die Beantwortung der Frage nach den in der Realität zugelassenen oder möglichen Geschossen nicht präjudiziert. Fragt man nach der Anzahl der Funktionselemente, die auf den einzelnen Ebenen platziert worden sind, so zeigt sich, daß die unterste Ebene am intensivsten bedacht worden ist, und zwar mehr als doppelt so häufig wie die oberste Geschoßebene (s. Tab. 3). Die Verteilungsunterschiede zeigen, daß die Flächen des Planungsgebietes nach Meinung der Bürger unterschiedlich hoch bebaut werden sollten.

- Tabelle 3 -

Verteilung der Nutzung auf Ebenen

Ebenen	Anzahl der Funktionselemente
Erdgeschoß	7755
Mittelebene	6685
Obergeschoß	3719

Aus den genannten Zahlen lassen sich die Werte für ein aus den vorliegenden Modellen zusammengesetztes "Durchschnittsmodell" gewinnen (s. Tab.4)

- Tabelle 4 -

Verteilung der Nutzungsflächen auf
Geschoßebenen im "Durchschnittsmodell"

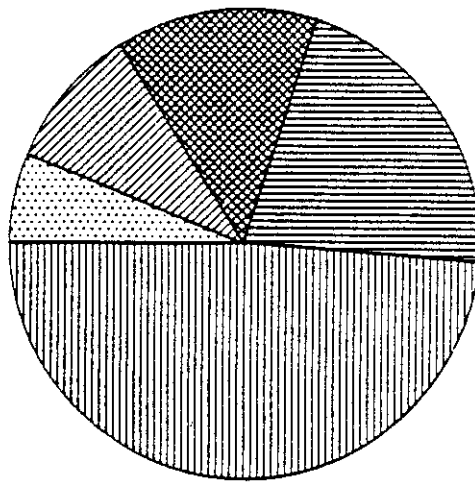
Ebene	Anzahl Funktionselemente	Nutzungsfläche qm
unten	155	3875
mitte	134	3350
oben	74	1850






Für ein solches gedachtes Modell lassen sich auch globale Aussagen über die durch Nutzung belegten Flächen machen, wenn man in die Überlegung einbeziehen will, daß mit jedem einzelnen Funktionsbaustein eine Fläche von 5 x 5 m besetzt wird. Derartige, zu exakt erscheinende Flächenangaben sind aber nach Meinung der Forschungsstelle nicht geeignet, einer Erarbeitung von Vorgaben für eine 2. Wettbewerbsstufe bindend zugrundegelegt zu werden.

Die farbigen Steine symbolisierten unterschiedliche Nutzungsfunktionen. Ordnet man alle eindeutig benannten Nutzungen den fünf vorgegebenen Funktionen Büro/Verwaltung, Einzelhandel, Gastronomie, Kultur und Wohnen zu, so wird eine unterschiedliche Verteilung der gewünschten Funktionen sichtbar (s. Kreisdiagramm). Dabei fällt insbesondere auf, daß der Wohnnutzung ein besonders hoher Rangplatz eingeräumt wird (s. Empfehlung Nr. 1). Daneben wünschen die Bürgerplaner offensichtlich die Entstehung eines kulturell genutzten Innenstadtbereiches (s. Empfehlung Nr. 2). Im Gegensatz dazu, so kann schon

- Tabelle 5 -

Verteilung der Nutzungen im Gesamtplanungsgebiet



	Wohnen	48,68 %
	Kultur	21,42 %
	Einzelhandel	13,92 %
	Gastronomie	9,81 %
	Verwaltung	6,17 %

an dieser Stelle konstatiert werden, sollte die Nutzung "Büro/Verwaltung" so gering wie möglich gehalten werden. Auch dieser Sachverhalt, der sich ebenfalls später noch differenzierter belegen läßt, wird hier in Form einer Empfehlung festgehalten (s. Empfehlung Nr. 3).

- Empfehlungen:
- Bei den im Gesamtplanungsgebiet zu vergebenden Nutzungen sollte die Wohnfunktion anteilig im Vordergrund stehen.
 - Im Gesamtplanungsgebiet soll ein kulturell genutzter Innenstadtbereich entstehen.
 - Verwaltungen und Büros sind an die letzte Stelle möglicher Nutzungen des Gesamtplanungsgebietes zu setzen.
-

Der erste Gesamteindruck von den kommenden Funktionen des Planungsgebietes spezifiziert sich, wenn die Nutzungszuweisungen nach Höherebenen gesondert zusammengefaßt werden (s.Tab.6)

- Tabelle 6 -

Unterschiedliche Nutzung der Höhenebenen

	Nutzung der unteren Ebene (in %)	Nutzung der mittleren Ebene (in %)	Nutzung der oberen Ebene (in %)
Büro/Verw.	8	6	3
Einzelhandel	31	1	1
Gastronomie	15	7	4,5
Wohnen	19	65	81
Kultur	<u>27</u>	<u>21</u>	<u>10,5</u>
	100	100	100

Es wird erkennbar, daß in den unteren Gebäudebereichen vornehmlich Einrichtungen für die Einkaufenden, die kulturell interessierten und die Entspannung suchenden Bürger verortet werden. Die Wohnnutzung wird überwiegend auf die Höhenebenen Oben und Mitte verwiesen. Der Anteil an "Wohnfunktion" im Erdgeschoß bezieht sich, wie sich bei der weiteren Spezifizierung noch herausstellen wird, im wesentlichen auf Wohnfolgeeinrichtungen. Die genannten Zuweisungen erfolgen so deutlich, daß sie hier als Empfehlungen formuliert werden können.

-
- Empfehlungen:
- Die unteren Gebäudebereiche sind für Einrichtungen zu nutzen, die dem einkaufenden, kulturell interessierten oder Entspannung suchenden Bürger dienen.
 - Gewohnt werden sollte im mittleren und oberen Stockwerk.
-

Die Verwendung besonderer Funktionsbausteine, die ausdrückliche Kennzeichnung errichteter Gebäudeteile sowie auch die Erläuterungen, die den Modellen beigegeben wurden, ermöglichen insgesamt eine noch stärker ins Detail gehende Spezifikation der Nutzungsarten im Gesamtplanungsgebiet.

So kommen z.B. für die Nutzung "Kultur" Nennungen wie Museum, Judaikum, Kongreßbereich oder Theater vor. Noch vielfältiger ist die Differenzierung im Bereich "Gastronomie". Hier werden z.B. Restaurant, Kneipe, Café, Pension oder Hotel ausgewiesen. Interessant ist die relativ häufige ausdrücklich genannte Vorstellung, es sei richtig, im Planungsgebiet "Citytreffs" wie z.B. Freizeithäuser, Bürgerhäuser etc. sowie "Informationszentren" einzurichten. Die Kennzeichnung vieler Funktionszuweisungen im Bereich "Verwaltung/Büro" als "Praxen" unterstreicht die bereits deutlich gewordene Tendenz zur Freihaltung des Innenstadtbereichs von weiteren öffentlichen oder privaten Verwaltungsansiedlungen. Brunnenanlagen, Arkadengänge und Passagen - häufig innerhalb der "Wohnfunktion" benannt - sollen die Bebauung auflockern.

Insgesamt unterstreichen die Nutzungsdifferenzierungen die erstaunlich einheitlichen Erwartungen des Bürgers an seine Innenstadt. Diese Erwartungen sind durch drei Merkmale geprägt:

- Man möchte im Innenstadtbereich einkaufen und gleichzeitig die Möglichkeit angeboten bekommen, den Einkauf beschaulich in einer ruhigen Umgebung unterbrechen zu können.
- Nach Geschäftsschluß sollte ein vielfältiges Unterhaltungsangebot, etwa im gastronomischen oder kulturellen Nutzungsbereich, in der Innenstadt auffindbar sein.
- Die Bürger möchten die Innenstadt als Alt-Köln erleben, was sich darin ausdrückt, daß das Viertel durch Anwohner belebt bleibt.

Die spezifizierten Nutzungsnennungen der Bürger lassen sich schließlich wieder auf die drei bei der Planung zugelassenen Höhenebenen beziehen. Das erbringt weitere Einsichten, insbesondere auch für das Verständnis der genannten Einrichtungen als solche. Bei der Interpretation der hierfür angefertigten Grafiken sollte allerdings im Gedächtnis behalten werden, daß sich hier - jedenfalls im Verhältnis zu den später zu diskutierenden örtlichen Einzelobjekten - künstlich verzerrte Einblicke eröffnen. Diese sind aber geeignet, wesentliche Punkte zu verdeutlichen.

Die Grafiken zeigen, daß Restaurationsbetriebe vornehmlich in die Unten-Ebene gelegt werden. Allenfalls findet man Vorschläge für eine zweigeschossige Nutzung (s. Abb.7). Selten werden Einrichtungen wie Dachcafés geplant.

Abb. 7

Verteilung der Nutzung "Restaurant" auf Ebenen

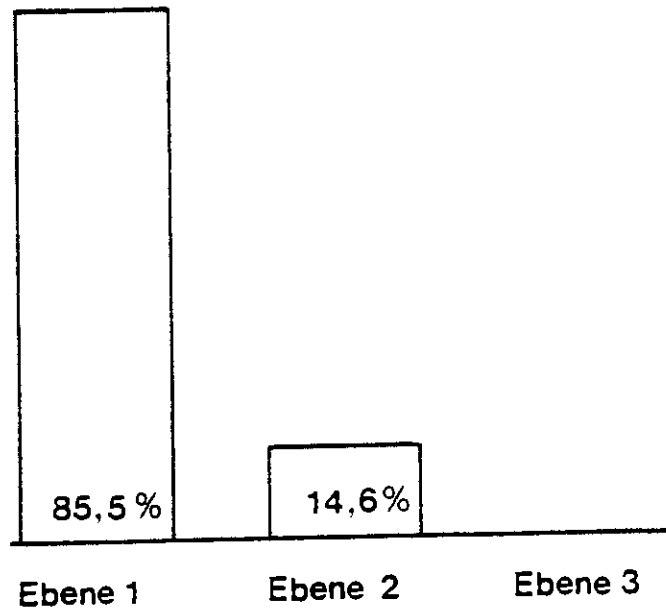
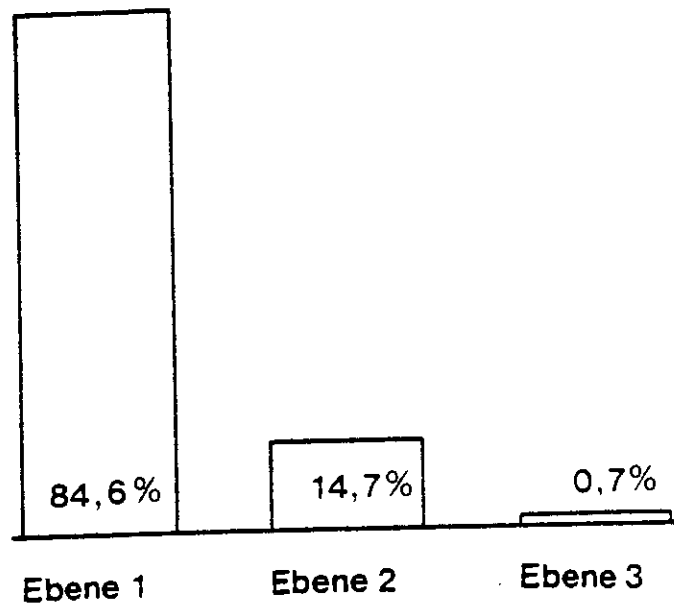


Abb. 8

Verteilung der Nutzung "Cafe" auf Ebenen

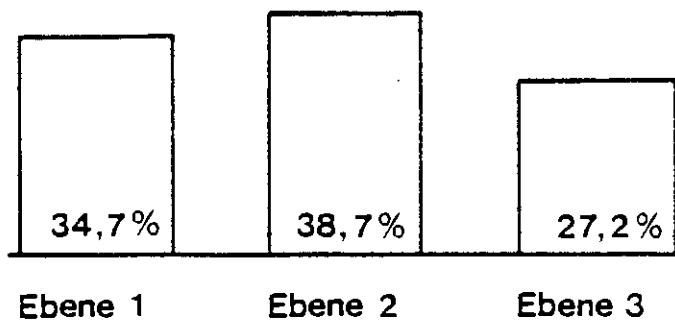


5.1

Hotels sind im allgemeinen als größere Betriebe gedacht, die die Gebäudekomplexe in voller Höhe besetzen (s. Abb.).

Abb. 9

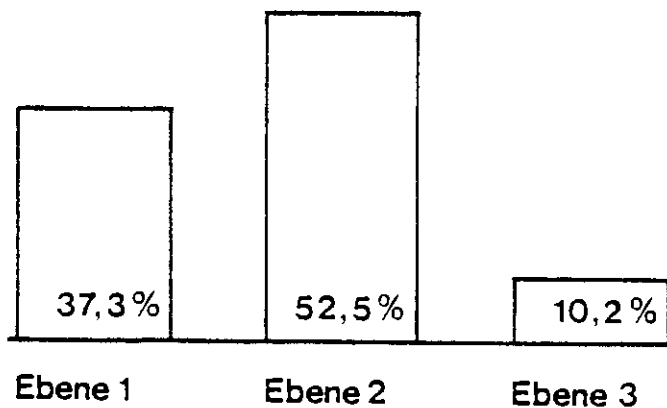
Verteilung der Nutzung "Hotel" auf Ebenen



Demgegenüber sind Pensionsbetriebe primär im mittleren Höhenbereich lokalisiert (s. Abb.).

Abb. 10

Verteilung der Nutzung "Pension" auf Ebenen



Kulturelle Einrichtungen wie Museen und Theater füllen zumeist den betreffenden Gebäudekomplex in allen vorgesehenen Stockwerken. Das gilt insbesondere für Bauten mit Kongreßfunktionen (s. Abb.). Die Nutzungsverteilungen in der obersten Ebene machen jedoch deutlich, daß Museumsgebäude und Theater in der Regel niedrig gehalten werden (s. Abb.).

Abb. 11

Verteilung der Nutzung "Kongreß" auf Ebenen

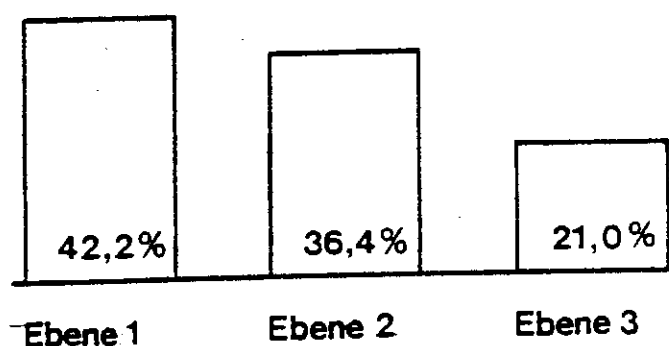


Abb. 12

Verteilung der Nutzung "Theater" auf Ebenen

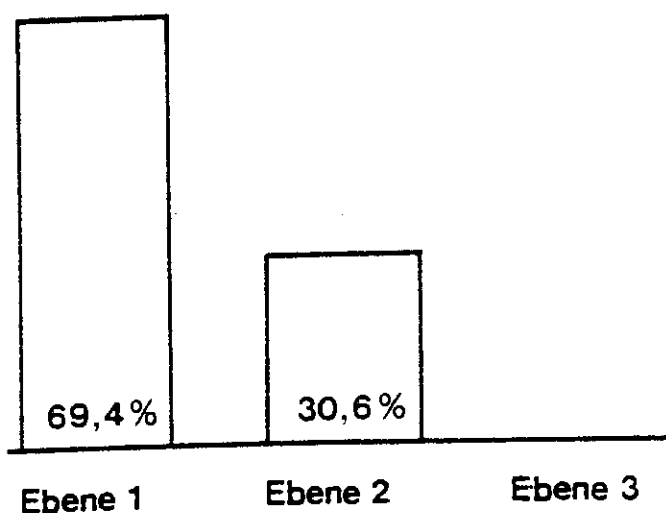
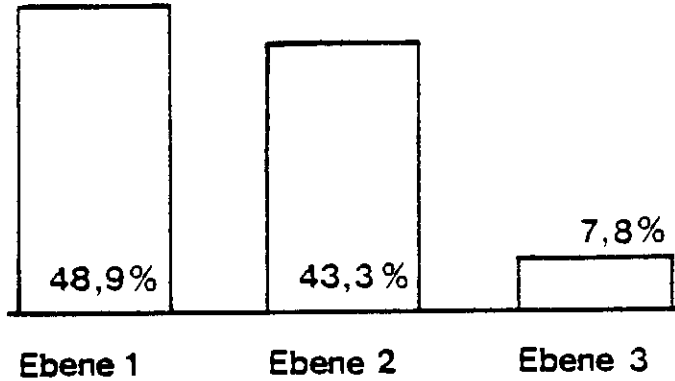


Abb. 13

Verteilung der Nutzung "Museum" auf Ebenen



Einrichtungen, die der bürgerschaftlichen Information oder Kommunikation dienen, liegen - soweit sie mehr offizielle Informationsfunktionen wahrnehmen (etwa: Bürgerberatung, Kulturinformation, Info-Zentrum) - mehrheitlich in der Mittelebene. Haben diese dagegen den Charakter eines City-Treffs, so werden die betreffenden Gebäude als ganze beansprucht (s. Abb.).

Abb. 14

Verteilung der Nutzung "Informationszentrum" auf Ebenen

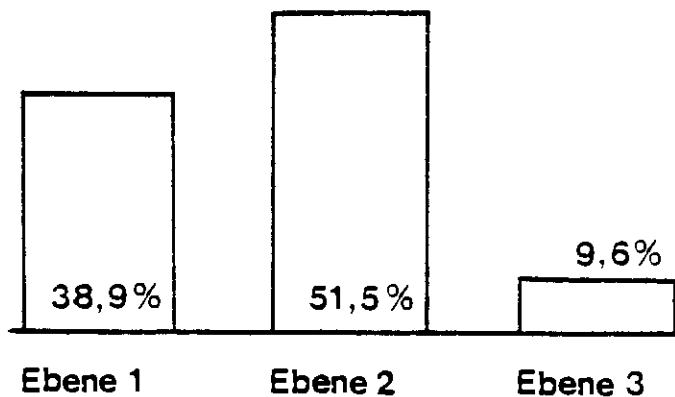
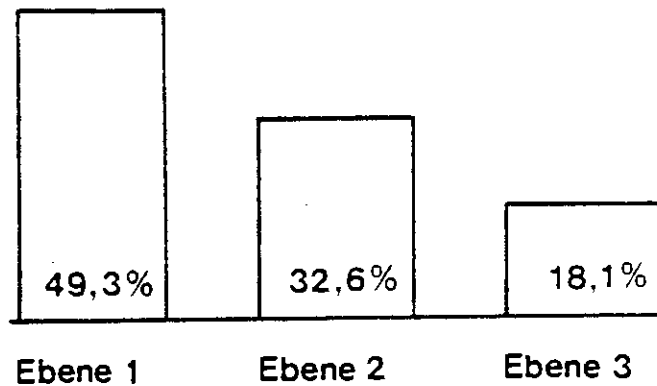


Abb. 15

Verteilung der Nutzung "Citytreff" auf Ebenen



Kindertageneinrichtungen sind, wenn sie ausdrücklich genannt werden, fast ausschließlich in die Unten-Ebene gesetzt (s. Abb.). Praxen werden ebenfalls, vermutlich auch aus Gründen der leichteren und bequemer Erreichbarkeit, zumeist in den Unten- und Mittelebereich gelegt (s. Abb.).

Abb. 16

Verteilung der Nutzung "Kindergarten" auf Ebenen

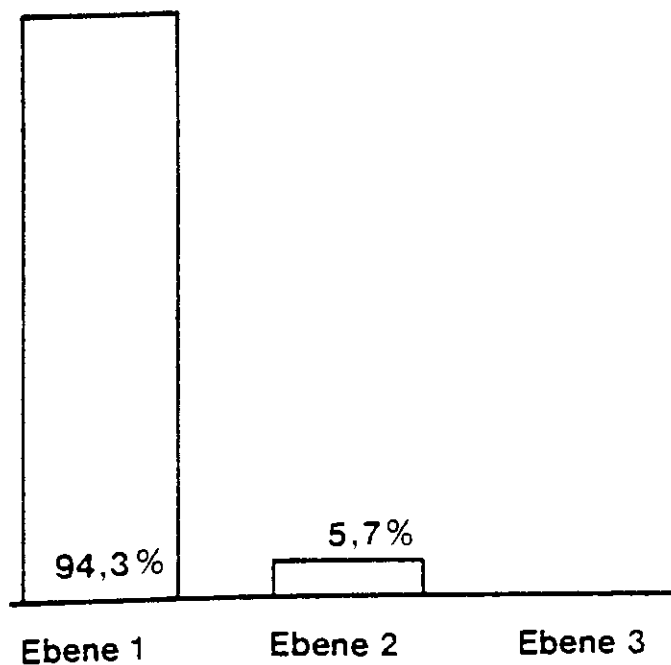
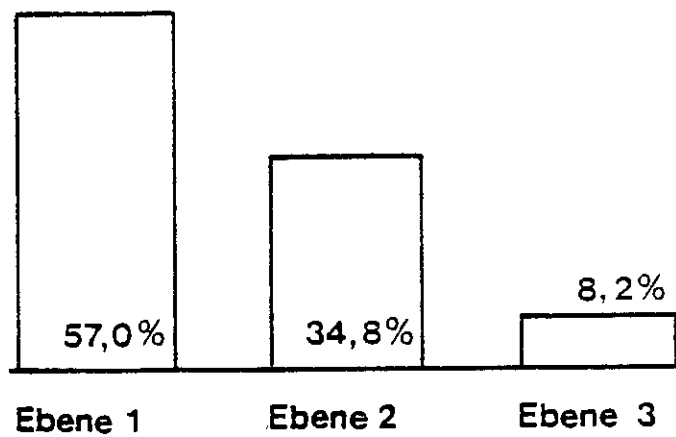
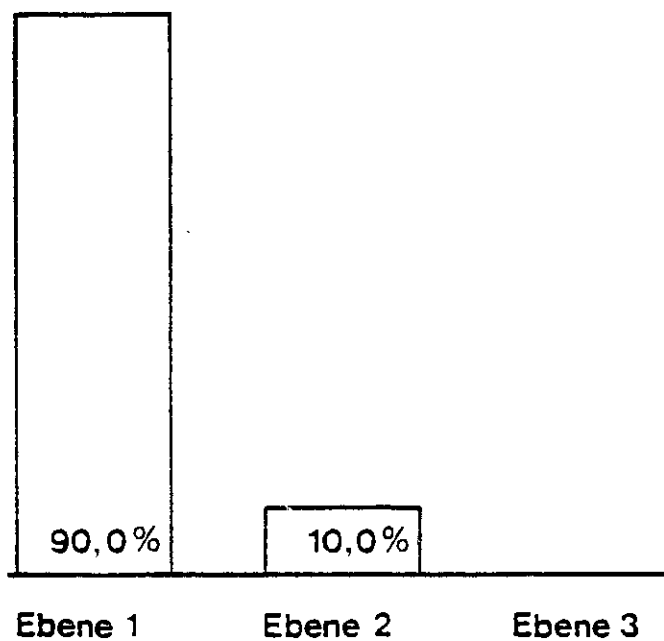


Abb. 17

Verteilung der Nutzung "Praxen" auf Ebenen

Die relativ häufig geforderten Säulendurchgänge und -passagen befinden sich erwartungsgemäß in den Erdgeschossen (s. Abb.). Bemerkenswert ist, daß Säulenelemente und Hallenbereiche auch für die Mitte-Ebene vorgeschlagen werden.

Abb. 18

Verteilung von "Säulen" auf Ebenen

5.2 Nutzungen in Teilbereichen

Neben den konkreten Aussagen, die sich aus jedem der Modelle - sowie aus den 50 erarbeiteten Modellen zusammen - für die Gestaltung des gesamten Planungsgebietes ergeben, sollten Aussagen für einzelne Teilbereiche des Planungsgebietes gewonnen werden. Um eine derartige schwerpunktbezogene Auswertung der Planungsüberlegungen möglich zu machen, war es notwendig, das Planungsgebiet in Planungsquadranten einzuteilen, innerhalb derer die Aussagen der einzelnen Modelle miteinander verglichen werden konnten. Diese Planungsquadranten (PQ) decken das engere Wettbewerbsgebiet Rathaus/Gürzenich sowie das Innenstadtgelände von der Obermarspforten bis zur Gürzenichstraße vollständig ab.

In ihren Gebäudegrundrißkonzepten haben sich die Bürger an den vorhandenen Straßenführungen orientiert, die auf den Planungskarten eingezeichnet waren. Entsprechend dieser "natürlichen" Strukturierung sind fünf Teilbereiche festgelegt worden:

PQ I (Farinagelände) begrenzt durch die
Salmons-gasse, durch
Unter Goldschmied,
Obermarspforten und
durch die Marspforten-
gasse

PQ II (Gelände Rathausplatz) begrenzt durch
Salomonsgasse, Unter Gold-
schmied, Obermarspforten,
Marspfortengasse

PQ III (Gürzenich-Gelände) begrenzt durch Ober-
marspforten, Martin-
straße, Gürzenichstraße,

PQ IV (Haus-Neuerburg-Gelände) begrenzt durch
Obermarspforten, Quater-
markt, In der Höhle,
Marspfortengasse

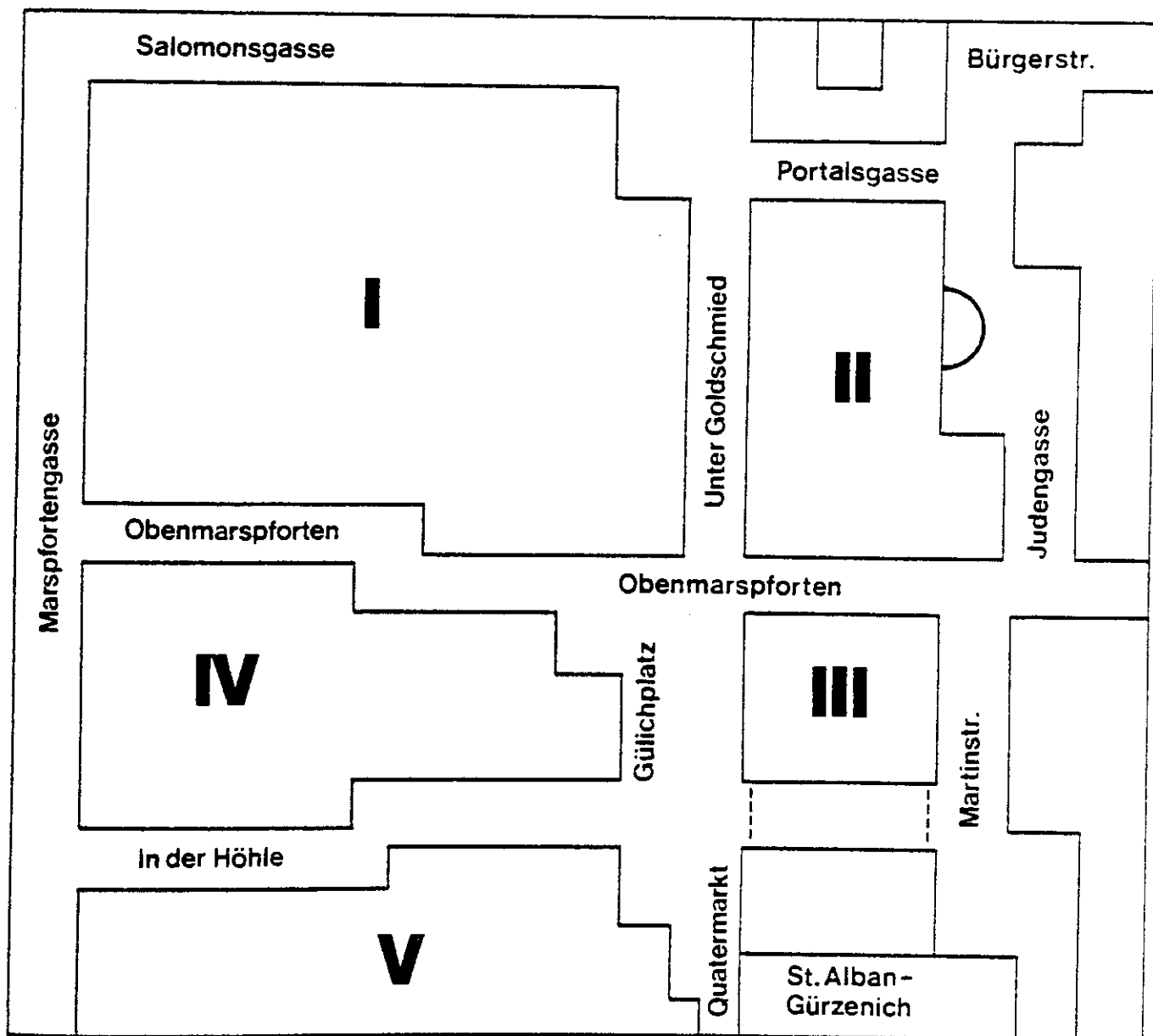
PQ V (Gelände Quatermarkt) begrenzt durch In
der Höhle, Quatermarkt,
Gürzenichstraße, Große
Sandkaul

(vgl. Abb.19)

Ein erster bemerkenswerter Unterschied zwischen den Ergebnissen, die für diese fünf Planungsquadranten vorgelegt worden sind, liegt im Bau-massenverhältnis (s. Tab. 7). Die Anzahl der verplanten Nutzungselemente erweist sich für das Farinagelände als am höchsten. Im Gürzenich-gelände werden 1/6 aller Nutzungselemente ver-plant, nur jede 13. Gebäudenutzung findet sich auf dem Rathausplatzgelände. Selbst wenn man mit einbezieht, daß sich die Aufmerksamkeit der Modellbau-Arbeitsgruppen nicht allen Planungsbereichen in gleichem Umfang zugewendet

- Abbildung 19 -

Teilbereiche des Planungsgebietes



hat¹⁾, fällt die Schwerpunktsetzung der bürger-schaftlichen Nutzungsvorstellungen so eindeutig aus, dass sie als Empfehlung festgehalten wird.

- Tabelle 7 -

Baumassenverhältnis in den
Planungsquadranten

PQ	Anzahl der ver- planten NE	Baumassen- verhältnis
I	11.622	64
II	1.418	8
III	2.761	15
IV	2.015	11
V	343	2
gesamt:	18.159	100

Empfehlung: Nutzungen, die Baulichkeiten voraussetzen, sollen vor allem auf dem Farinagelände lokalisiert werden.

Noch deutlicher werden die Unterschiede im engeren Planungsbereich, wenn man die Anzahl der Nutzungselemente auf die Größe der in den einzelnen Planungsquadranten beplanbaren Fläche bezieht (Flächennutzungsdichte, "FND"; vgl. Tab.8)

1) vgl. S 40

- Tabelle 8 -

Flächennutzungsdichte im engeren Planungsgebiet

PQ	Anzahl der ver- planten NE (NE_i)	Flächengröße in Rastereinheiten (RE)	$\frac{NE_i}{RE}$
I	11.622	65	179
II	1.418	20	71
III	2.761	15	184

Das Rathausgelände wird eindeutig weniger mit Gebäudenutzung belegt; demgegenüber ist die Flächennutzungsdichte in den Planungsquadranten I und III nahezu gleich hoch (vgl. Empfehlung).

Empfehlung: Nutzungen, die Baulichkeiten voraussetzen, haben im Gürzenichbereich und im Farinagelände die etwa gleiche Dichte. Das Rathausgelände wird erheblich weniger dicht genutzt.

Im folgenden werden die Nutzungsvorschläge der Planungszellenteilnehmer für die einzelnen Teilbereiche ausführlich dargestellt. Dabei wird auf die Intensität der Nutzung, wie auf das Verhältnis zwischen den einzelnen Nutzungsarten eingegangen werden. Außerdem sollen die typischen Formen der von den Bürgern vorgesehenen Flächenbedeckungen durch Gebäudekörper erörtert werden. Wegen der durch die Auswertungstechniken notwendig werdenden Vereinfachungen

5.2.1

lassen sich z.T. hochinteressante, wohlüberlegte Detailplanungen der Bürgergruppen in diesem Konzept kaum wiedergeben. Einige der uns wichtig erscheinenden Planungsideen sind im Zusammenhang mit der Diskussion von Einzelfragen dargestellt¹⁾.

5.2.1 Farinagelände (PQ I)

Das Farinagelände umfaßt - verglichen mit den anderen Planungsquadranten - die größte frei bebaubare Fläche. Von der hier noch existierenden Bausubstanz wird einzig das Farinahaus als erhaltenswürdig ausgewiesen. Diese Vorgabe bestimmt die Bebauungsvorstellungen der Bürger wesentlich in der Weise, daß zumindestens dieses Gebäude in die Nutzungsplanung mit eingezogen wird.

5.2.1.1 Nutzungsintensität

Wie die soeben berechnete Flächennutzungsdichte (s.o.) belegt, wird das Farinagelände sehr intensiv genutzt. In der Regel planen die Bürger eine massive Bebauung in drei Ebenen.

1) vgl. Kapitel 5.3

5.2.1.2 Nutzungsverteilung

Die Nutzungen verteilen sich stark unterschiedlich (s. Abb.20). Zu fast 2/3 sind die vorgeschlagenen Gebäudekomplexe mit der Funktion "Wohnen" belegt; etwa jede vierte Nutzung ist für die Funktion "Einzelhandel" und "Gastronomie" verwendet. Aus diesem Ergebnis ist eindeutig abzuleiten, daß die Planungszellenteilnehmer sich den Planungsquadranten als innerstädtischen Wohnbereich vorstellen. Kein anderer der Quadranten weist eine so hohe Zuweisung der Nutzung "Wohnen" auf.

Empfehlung: Die für das Planungsgebiet insgesamt vorrangige Nutzung "Wohnen" konzentriert sich vor allem auf das Farina-Gelände.

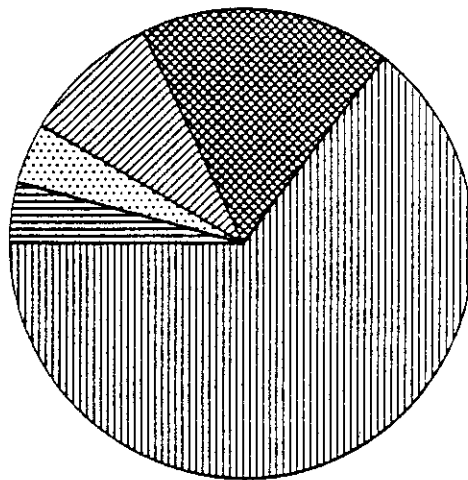
Der Vergleich der Ergebnisse für die drei Höhenebenen modifiziert diese Grundtendenz:






Im unteren Gebäudebereich ist primär der Einzelhandel angesiedelt (44 %), danach folgt die Nutzungsfestlegung

5.2.1

- Abbildung 20 -

Nutzung der Gebäude im "Farinagelände" (PO I)



	Wohnen	64,7 %
	Einzelhandel	17,4 %
	Gastronomie	9,7 %
	Verwaltung	4,3 %
	Kultur	3,9 %

"Gastronomie" (24 %). Büro/Verwaltung wird kaum in dieser Ebene plaziert (7 %) - zumeist ist eine solche Nutzung als "Praxen für Ärzte oder Anwälte" spezifiziert. Die ebenso seltene Nutzung "Kultur" (7 %) bezieht sich fast ausnahmslos auf das Farinahaushaus. Dort stellen sich die Bürger mehrheitlich ein Museum vor.

Zunächst erstaunlich hoch wirkt der Anteil der Nennung "Wohnen" für die Unterebene im Farinagelände (18 %). Der Eindruck relativiert sich, da unter diese Großkategorie die Spezifizierungen "Kindergarten" und "Säulengänge (Arkaden)" fallen, die verstärkt für diesen Planungs- und Ebenenbereich genannt werden. Interessant ist auch, daß im Zusammenhang mit der Nutzung Gastronomie besonders häufig Caféeinrichtungen in dieser Ebene gewünscht und als Sondereinrichtungen "City-Treffs" oder "Informationszentren" hier lokalisiert werden.

Mit solchen Vorstellungen wird bei den Planungszellenteilnehmern der Wunsch nach innerstädtischen Kommunikationsmöglichkeiten verbunden.

5.2.1

Ein völlig anderes Bild ergibt sich für die Höhenebenen Mitte und Oben. Hier wird der größte Anteil des gedachten umbauten Raums durch Wohnungen genutzt (Mitteebene: 86 % der Nutzungen, Obenebene: 91 % der Nutzungen). Die Plazierungen von Gastronomie in diesen Ebenen können als Hotelanlagen oder Restaurationsbetriebe über zwei Gebäudestockwerke interpretiert werden.

Insgesamt bestätigt sich der Eindruck, daß das Farinagelände als ein Wohnkomplex genutzt werden soll, für den in ausreichendem Maße Einzelhandel in der Untenebene vorfindbar ist. Der Einzelhandel müßte am Bedarf der Anwohner orientiert, gleichzeitig jedoch auch für den Innenstadtbesucher attraktiv sein. In gleicher Weise sollten Einrichtungen wie z.B. Bürgertreffs, Info-Zentren oder Kindergarteneinrichtungen urbanes Leben möglich machen.

5.2.1.3 Grundrißstruktur

Die Bebauungsvorschläge der Bürgergutachter für das Farinagelände gehen überraschend eindeutig von einer typischen

Grundrißstruktur aus (vgl. Abb. 21).
90 % der Modelle zeigen ein reines oder
abgewandeltes Innenhofkonzept. Es ent-
stehen platzähnliche Innenbereiche und
Passagen. In wenigen Fällen sind die
Innenhöfe nach außen hin abgeschlossen
und sollen für die alleinige Nutzung
durch die Anwohner reserviert bleiben.
Zumeist bleiben aber die Innenbereiche
mit Hilfe von Durchgängen oder von die
Gebäude tragenden Säulenpassagen für
die Innenstadtbesucher geöffnet. Auch
hier wird aber erkennbar, daß der
Aufenthaltswert für die Anwohner ge-
sichert bleiben sollte.

Obgleich die Ermittlung von Grundriß-
strukturen nicht ausdrücklich zum Auf-
trag der PZ gehört hatte, verdient es
die genannte Aussage wegen ihrer Ein-
deutigkeit, als Hinweis qualifiziert
zu werden.

Hinweis: Die Grundrißstruktur einer
Bebauung des Farinageländes
wird innenhofartig gedacht.

5.2.1

- Abbildung 21 -

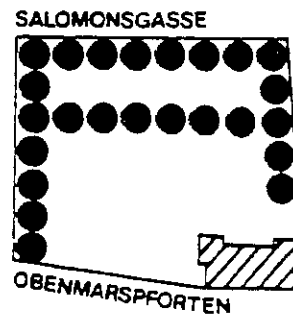
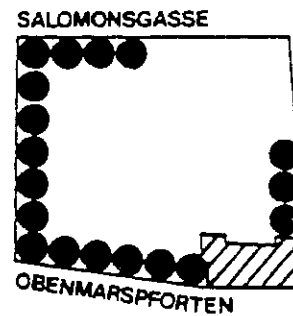
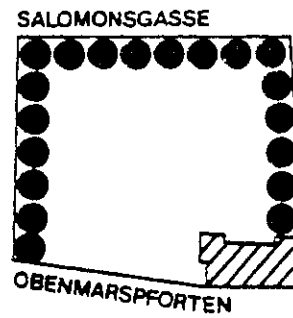
Grundrissypen "Farina-Gelände (PO I)

(Ergebnisse aus 50 Modellentwürfen)

Innenhofkonzept:

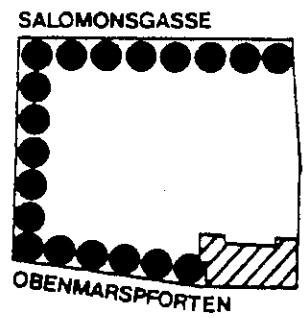
geschlossener Innenhof	62 %
7/8 Innenhof	8 %
Innenhof und Passage parallel zur Salomonsgasse	20 %

90 %



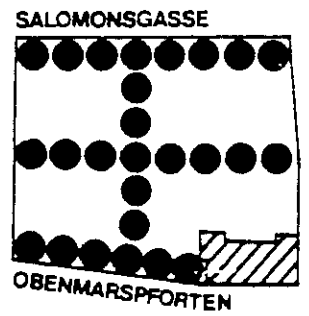
U-Konzept

6 %



Varianten

4 %



5.2.2

5.2.2 Gelände Rathausplatz (PO II)

Wesentlich unterschiedlich von der Planung im Farinagelände erweist sich sowohl das Nutzungs- als auch das Bebauungskonzept für das Gelände Rathausplatz.

5.2.2.1 Nutzungsintensität

Die Intensität baulicher Nutzung liegt hier sehr niedrig. Wie das Baumassenverhältnis sowie die Flächennutzungsdichte deutlich gemacht haben (vgl. Tab. 7 u. 8), wird hier mehrheitlich für eine geringe Bebauung votiert.

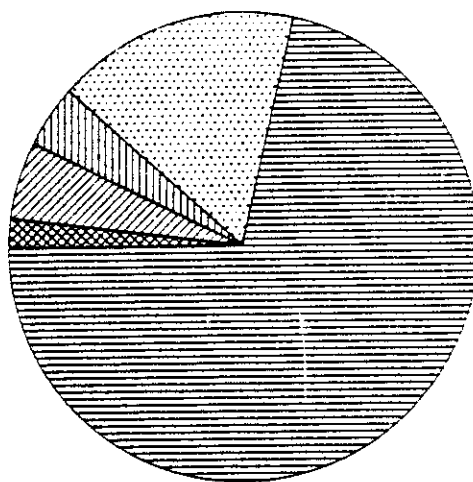
5.2.2.2 Nutzungsverteilung






Betrachtet man die Verteilung der Nutzungen für diesen Planungsquadranten (s. Kreisdiagramm), so gehen die Meinungen ganz überwiegend dahin, dass das Gebiet in erster Linie für kulturelle Zwecke genutzt werden sollte: Mehr als 7/10 der von den Bürgern vergebenen Nutzungsbau- steine symbolisieren die Nutzungsfunktion "Kultur".

Empfehlung: Das Gelände Rathausplatz ist primär kulturell zu nutzen.

- Abbildung 22 -

Nutzung der Gebäude im Gelände "Rathausplatz"



	Kultur	71,2 %
	Verwaltung	16,9 %
	Gastronomie	5,5 %
	Wohnen	4,4 %
	Einzelhandel	2,1 %

5.2.2

In den meisten Fällen stellen sich die Bürger hier Museumseinrichtungen teilweise über, teilweise unter der Erdoberfläche vor. Gleichzeitig wird aber auch sehr häufig unter der kulturellen Nutzung die Errichtung eines kleineren Gebäudes als Bürgertreff oder als städtisches Informationszentrum spezifiziert.

Vornehmlich die Planungszellenteilnehmer, die eine Platzlösung bevorzugen, denken sich mehrfach auf dem Platz ein Café mit Außenanlagen. Bei all diesen Vorstellungen - das soll noch einmal betont werden - haben die Bürgergutachter fast ausschließlich niedrige bis mittelhohe Gebäude in diesem Planungsquadranten geplant. Erkennbar wird das daran, daß nur 0,32 % aller Nutzungselemente hier in die Ebene "Oben" gesetzt sind.

Im Vergleich zu den anderen Planungsbereichen wird im Gelände Rathausplatz die Nutzung Büro/Verwaltung relativ häufig plaziert. Hier wird die Meinung der Bürger, die den Rathausplatz in den historischen Grundrissen bebaut haben möchten, erkennbar. Wer von diesen Grundrissen ausgeht, orientiert sich auch an der historischen Nutzung der Gebäude um den Rathausplatz und möchte diese in ihrer historischen

Funktion wiederhergestellt sehen. Mit dieser Nutzungslokalisierung sind zu-
meist öffentliche Verwaltungsstellen
mit regem Publikumsverkehr gemeint,
zum Teil aber auch Begegnungsstätten
für Bürger und Ratsmitglieder.

Insgesamt ist die Nutzungsplanung für
das Gelände Rathausplatz primär so
gedacht, daß hier ein zusätzlicher
kultureller Mittelpunkt für Köln ent-
stehen sollte, der, eingebettet in
eine Platz- oder Grünanlage, zur Be-
gegnungsstätte für die Bürger wird.

5.2.2.3 Grundrißstruktur

Die Auflistung der Grundrißtypen, also
die als Struktur faßbaren Überlegungen
zur Flächenbebauung, läßt zwei Meinungs-
lager erkennen (vgl. Abb. 23). Gar keine
bzw. nur punktuelle Bebauung oder eine
niedrige Bebauung in der Mitte des Ge-
ländes über dem Judenbad wird durch
58 % aller Modellentwürfe vorgeschlagen.
Angestrebt wird hier eine Platzlösung,
durch welche dem Kölner Bürger ein
historisches, repräsentatives Zentrum
mit der Möglichkeit zur städtischen
Kommunikation angeboten wird.

Dieses Platzkonzept wird häufig auch
bei einer etwas dichterem Bebauung vor-

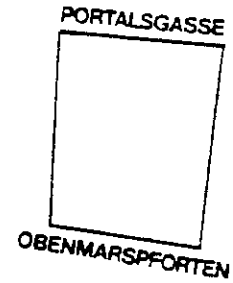
5.2.2

- Abbildung 23 -

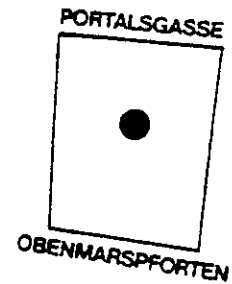
Grundrißtypen "Rathausplatz-Gelände" (PQ II)

(Ergebnisse aus 50 Modellentwürfen)

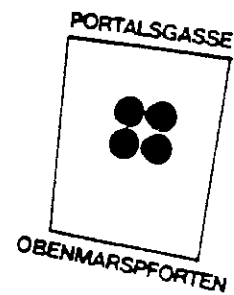
- Freihalten des Platzes 18 %



- Gestaltung des Einganges
Judenbad 24 %

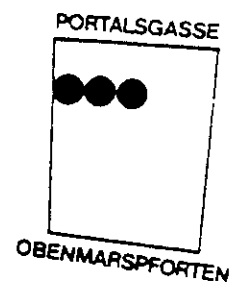


- Hervorgehobene Gestaltung
des Eingang-Judenbad (Klein-
museum, Gedenkstätte) 16 %



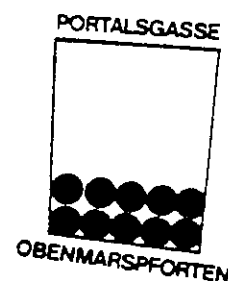
- Betonung der Perspektive
Portalsgasse bei gleich-
zeitiger Freihaltung des Platzes

12 %



- Randbebauung Obermarspforten

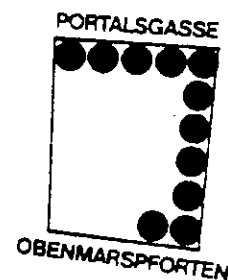
8 %



Platzlösung insgesamt:

78 %

- Winkel, Innenhof, Blocklösung,
V-Form



Bebauung im historischen
Grundriß insgesamt:

22 %

5.2.2

gesehen. Insgesamt haben 78 % der Bürger für das Rathausgelände eine so oder so geartete Vergrößerung des historischen Rathausplatzes geplant.

Im Gegensatz dazu konzipieren 22 % der Planungszellenteilnehmer die Bebauung des Geländes in den historischen Grundrissen. Diese Bürger haben sich voll der denkmalpflegerischen Argumentation angeschlossen, eine Bebauung solcher Art sei notwendig, weil die Architektur des neuerrichteten historischen Rathauses mit einer derartigen Konzeption korrespondiere.

Einen Teilaspekt dieses Argumentes bildet die Überlegung, die unzerstört gebliebene Rathauslaube komme nur dann wirkungsvoll zur Geltung, wenn der durch die bebaute Portalsgasse eingeengte Blick auf das Rathaus möglich sei. Viele Bürger haben diesen Punkt schon bei der baulichen Planung des Farinageländes berücksichtigt und schaffen sich auf diese Weise eine Möglichkeit zur Platzlösung auf dem Rathausplatzgelände. Andere schlagen eine teilweise Bebauung an der Portalsgasse vor, um dann jedoch dahinterliegend den Rathausplatz zu vergrößern.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, dass nur eine Minderheit, nämlich nicht einmal 1/4 der Teilnehmer, den Rathausplatz in seinen historischen Grundrissen wiederbebauen will. Mit einem derartigen Meinungsprofil dürfte

das eingangs zitierte 'Kernproblem' dieses Bereiches (s. Kap. 1) einer Beantwortung näher gerückt sein. Was hier quantitativ erfaßbar war, geht in die Empfehlungen Nr. 12 und Nr. 13 ein.

Die damit angestrebte sogenannte Platzlösung hat den Nebeneffekt, dass keine Chancen "verbaut" werden. Kommenden Generationen wird die Möglichkeit offen gehalten, den historischen Grundriß, wenn sie das für richtig halten, zu füllen.

-
- Empfehlung:
- Eine seitliche Begrenzung der Frontalperspektive auf die Rathauslaube wird in 34% der Vorschläge berücksichtigt;
 - 78% der vorgelegten Lösungen vergrößern den historischen Rathausplatz;
 - 22% der Lösungen begrenzen den Rathausplatz durch Wiederaufbau in den historischen Grundrissen.
-

5.2.3

5.2.3 Gürzenichgelände (PQ III)

Im Planungsquadranten "Gürzenich" stehen ebenfalls die kulturellen Nutzungen im Vordergrund der Bürgerüberlegungen. Insofern kann ein Vergleich mit dem Planungsquadranten "Rathausgelände" gezogen werden. Demgegenüber kommt die relativ massive Bebauungsstruktur den Verhältnissen im Farinagelände näher.

5.2.3.1 Nutzungsintensität

Die Flächennutzungsdichte im PQ III hat sich als sehr hoch erwiesen. Geplante Gebäudemassen werden mit drei Ebenen dicht ausgefüllt. Allerdings muß hierbei gesehen werden, daß diese Gebäude-

komplexe nur bestimmte eingegrenzte Flächen bedecken und größere Flächen im Planungsquadranten frei bleiben.

5.2.3.2 Nutzungsverteilung

Der Quadrant soll überwiegend kulturell genutzt werden. Gemeint ist damit vor allem eine Erweiterung der Gürzenichnutzung. Einige Spezifizierungen der Nutzung "Kultur" nennen im Zusammenhang mit dem hierher gedachten Gebäudekomplex zwar auch Teilnutzungen wie Museum oder Informationszentrum mit Ausstellungen. Primär wird aber an Kongreßräume gedacht. 50 % der Spezifizierungen nennen diese Funktion.

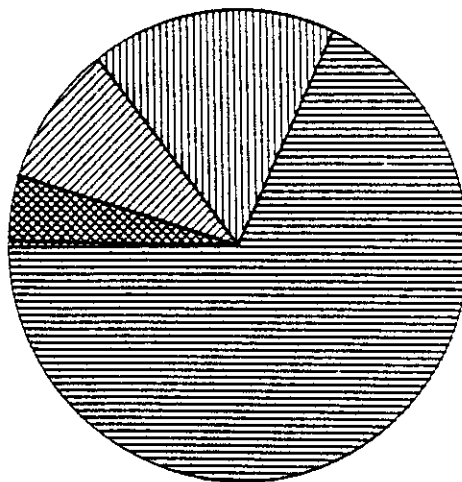
Durch diese Planung von Kongreßräumen wird die alte Idee aufgegriffen -allerdings in abgeschwächter Form - im Gebiet Gürzenichgelände ein Kongreßzentrum zu errichten. Mit diesem Begriff ist hier nicht eigentlich das gemeint, was er im internationalen Sprachgebrauch bezeichnet. Darauf weist auch die niedrig gehaltene Bebauung hin.






Neben der Gürzenicherweiterung werden weitere Nutzungen geplant (s. Kreisdiagramm). Mit weitem Abstand, aber nächsthäufig wird die Nutzung "Wohnen" gesetzt. Diese Festlegung tritt jedoch nur im Fall einer vollen bzw. sehr dichten Bebauung des Planungsquadranten auf. Ähnliches gilt für die Ansiedlung von Einzelhandel; sonst ist lediglich, und zwar nur ver-

5.2.3

- Abbildung 24 -

Nutzung der Gebäude im "Gürzenichgelände" (PO III)



	Kultur	68,4%
	Wohnen	17,4%
	Gastronomie	9,7%
	Einzelhandel	4,6%
	Verwaltung	0,2%

einzelnt, im Kultur-/Kongreßbereich
Gürzenicherweiterung an Kulturver-
kauf gedacht. Die vorgesehenen gastro-
nomischen Einrichtungen sind zu 35 %
als Café spezifiziert. Hierdurch kommt
ein Trend zur Tagesgastronomie im
Gürzenichgelände zum Ausdruck.

Der minimale Anteil der Nutzungsvor-
schläge "Büro/Verwaltung" zeigt, daß
diese Nutzung im Quadranten nicht an-
gesiedelt werden sollte.

Betrachtet man die Verteilung dieser
Gesamtnutzung auf die drei Bebauungs-
ebenen, so ergeben sich keine das bis-
her dargestellte Bild ergänzenden Ein-
sichten. Auf eine genaue Analyse wird
daher an dieser Stelle verzichtet.

5.2.3.3 Grundrißstruktur

Der Vergleich der erarbeiteten Flächen-
bebauung (vgl. Abb.25) verdeutlicht die
Überlegungen der Bürger zur Gebäude-
nutzung. In mehr als 75 % der Modellent-
würfe ist einzig eine Bebauung des Ge-
bietes entlang der Martinstraße ange-
zeigt. Die Gebäudekomplexe stellen in
diesen Planungen immer eine Erweiterung
des Gürzenichgebäudes dar.

5.2.3

- Abbildung 25 -

Grundrißtypen "Gürzenich-Gelände" (PQ III)

(Ergebnisse aus 50 Modellentwürfen)

Gürzenicherweiterung an der Martinstraße

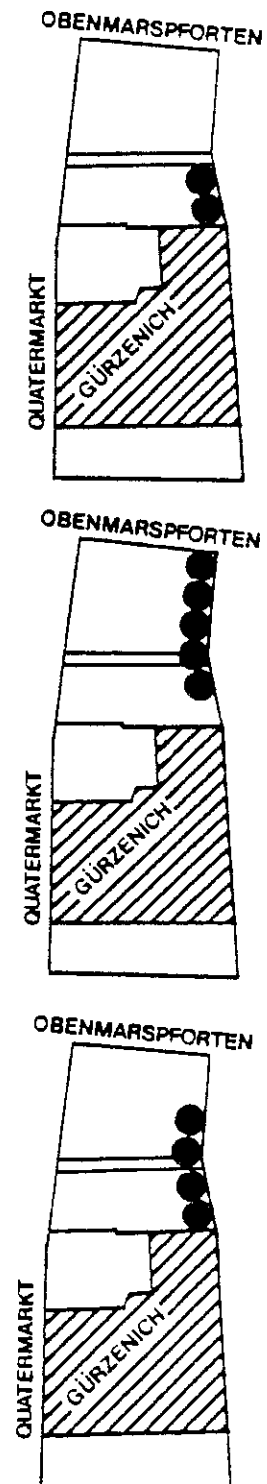
davon:

bis "In der Höhle" 20 %

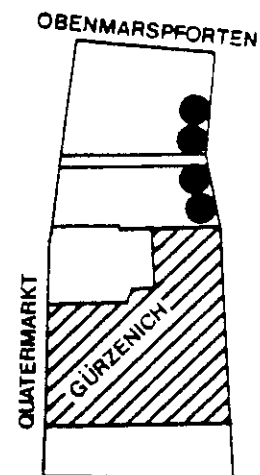
durchgehend bis
"Obermarspforten" mit
Überbauung "In der Höhle" 34 %

mit Überbauung "In der Höhle",
aber nicht durchgehend bis
zur "Obermarspforten" 10 %

74 %

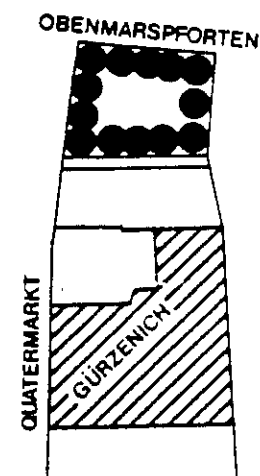


Bebauung bis "In der Höhle" 10 %
und halbe Bebauung bis zur
 "Obermarspforten"



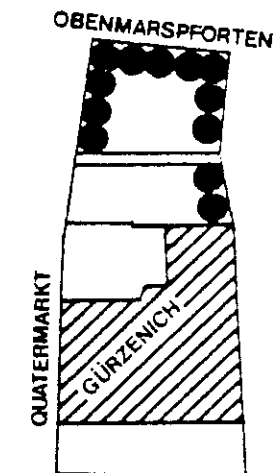
alleinige Bebauung des
 Gebietes "Obermarspforten"/
 "In der Höhle"

4 %



Gürzenicherweiterung und
 Bebauung des Geländes
 zwischen "Obermarspforten"/
 "In der Höhle" (Winkel,
 Innenhof, Passage, U-Form)

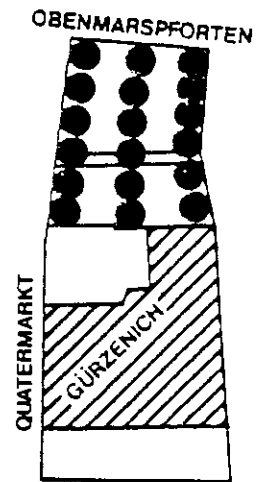
10 %



5.2.3

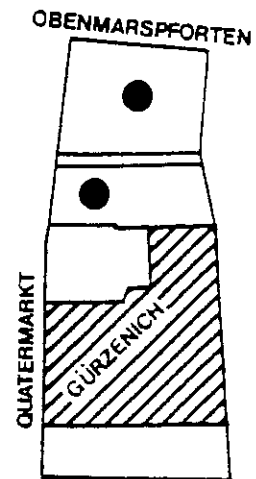
Bebauung der gesamten Freifläche

4 %



Gestaltung des Geländes
ohne erweiternde Bebauung

8 %



Empfehlung: Der Gürzenich sollte entlang der Martinstraße erweitert werden.

Selbst Entwürfe, die neben der Erweiterung des Gürzenich eine Bebauung im Bereich zwischen "Obenmarspforten" und

"In der Höhle" oder die volle Bebauung des gesamten Bereiches vorschlagen, gehen von einer Erweiterung der Gürzenichnutzung an der Martinstraße aus. Dort wird in allen Modellen, die überhaupt die Bebauung vorsehen, einzig die kulturelle Nutzung vorgesehen. Die Vorschläge zur Wohnbebauung finden sich ausschließlich an der Seite "Quatermarkt" bzw. im Planungsfeld Obenmarspforten/In der Höhle. - Höchst selten, nämlich in 2 Modellentwürfen, wird das Gelände total bebaut.

Nur vier der vorliegenden Modelle lassen den freien Bereich des Gürzenichgeländes unbebaut. Hier wird eine Platz- oder Grünanlagengestaltung vorgeschlagen.

Die Ergebnisse insgesamt zeigen, daß sich die Mehrheit der Planungszellenteilnehmer dem Argument angeschlossen hat, der freie Blick auf das Ruinendenkmal "St. Alban" müsse gewahrt bleiben.

Empfehlung: Der freie Durchblick auf das Ruinendenkmal St. Alban sollte gewahrt bleiben.

5.2.4

5.2.4 Planungsquadrant "Haus Neuerburg" (PQ IV)

Der Planungsquadrant "Haus Neuerburg" liegt nicht im engeren Wettbewerbsgebiet "Rathaus/Gürzenich". Dennoch haben 30 der insgesamt 50 Gruppen auch dieses Gelände in die Nutzungsplanung einbezogen.

5.2.4.1 Nutzungsintensität

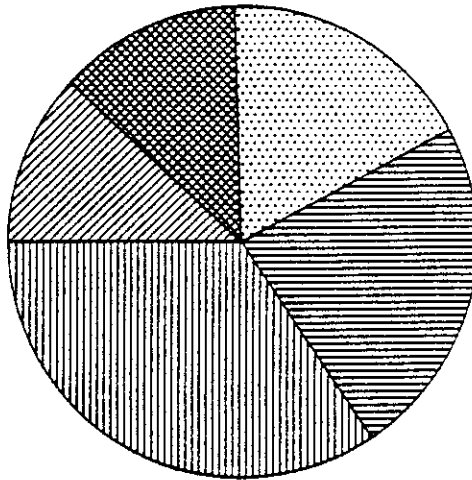
Die bauliche Nutzung dieses Gebietes erweist sich durch das bestehende Gebäude "Haus Neuerburg" schon als hoch, durch die Neuplanung von Baumassen auf dem freien Gelände an der Marspfortengasse wird die Nutzungsintensität noch erhöht.






5.2.4.2 Nutzungsverteilung

Die Festlegung von Nutzungen erfolgt hier relativ gleichmäßig auf die vorgegebenen Hauptnutzungsarten (s. Kreisdiagramm).

- Abbildung 26 -

Nutzung der Gebäude im Gelände "Haus Neuerburg"



	Wohnen	34,5 %
	Kultur	23,6 %
	Verwaltung	17,5 %
	Einzelhandel	12,4 %
	Gastronomie	12,0 %

5.2.4

In den Neubaukomplexen wird im wesentlichen das Konzept für das Farinagelände weitergedacht: Hier ist vor allem das "Wohnen" mit dem dazugehörigen Versorgungshandel lokalisiert, hinzu kommen gastronomische Einrichtungen und z.T. auch infrastrukturelle Maßnahmen, wie etwa Kindergärten, City-Treffs u.ä.

In diesem Kontext wird der Einzelhandel eindeutig in der unteren Gebäudeebene (ca. 90 % der Nutzungselemente "Einzelhandel" für PQ IV), Gastronomie eher in den Ebenen Unten und Mitte plaziert. In den Neubaubereich ist mehrfach ein Hotelgebäude eingeplant (50 % der spezifizierten Gastronomienutzung). Die Wohnungen sollen vornehmlich in der mittleren und oberen Gebäudeebene liegen.

Die kulturellen Nutzungsvorschläge beziehen sich beinahe ausschließlich auf den Gebäudekomplex "Haus Neuerburg". Dort wird auf den Unten- und Mittelebenen hauptsächlich ein Museum eingerichtet, vereinzelt auch ein Informationszentrum. Für die obere Ebene ist bei den spezifizierten Kulturnutzungsangaben einhellig die Einrichtung von Kongreßräumen angestrebt.

5.2.4.3 Grundrißstruktur

Vier der Entwürfe modifizieren lediglich die derzeitige Nutzung des vorhandenen Baubestandes "Haus Neuerburg". In den verbleibenden 26 Modellen wird eine Bebauung des freien Geländes an der Marspfortengasse ausgeführt, die primär parallel zur Marspfortengasse verläuft (vgl. Abb. 27).

Empfehlung: Das Gelände "Haus Neuerburg" sollte vor allem entlang der Marspfortengasse bebaut werden.

5.2.4

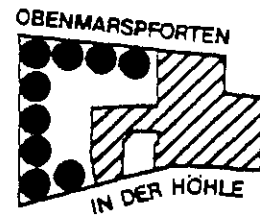
- Abbildung 27 -

Grundrißtypen "Haus Neuerburg-Gelände" (PO IV)

(Ergebnisse aus 30 Modellentwürfen)

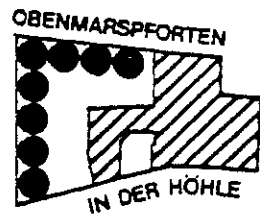
Schließung des Geländes
zum Innenhof

42 %



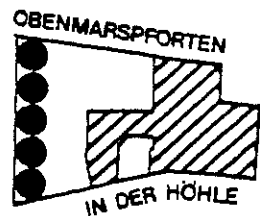
halbgeschlossene
L-Bebauung

11 %



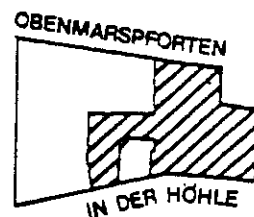
Blockbebauung parallel
zur Marspfortengasse
(einschl. der Varianten)

28 %



Keine Neubebauung, jedoch
geänderte Nutzung des
"Haus Neuerburg"

19 %



5.2.5 Planungsquadrant "Quatermarkt-Gelände" (PQ V)

Bezüglich des Quatermarktes werden nur in 11 der von den PLANUNGSZELLEN-Teilnehmern entwickelten Modelle Nutzungsüberlegungen angestellt.

5.2.5.1 Nutzungsintensität

Fast alle Nutzungsvorschläge betreffen das z.Z. plattierte freie Gelände Ecke Quatermarkt/ In der Höhle. Hier wird eine nur punktuelle zusätzliche Bebauung angestrebt, welche den Platzcharakter nicht verändert: Nur kleine Grundflächen werden durch Gebäudekomplexe bedeckt, die Bauhöhe ist niedrig (vgl. Abb. 28).

5.2.5.2 Nutzungsverteilung

Die meisten Nutzungsvorschläge sehen kleinere gastronomische Einrichtungen (z.B. Straßencafé) vor. Einmal wird ein Kleintheater über der Einfahrt zur Tiefgarage geplant. Im Übrigen sind kleinere Geschäfte oder auch ein Informationszentrum in diesem engen Bereich plaziert.

Insgesamt lassen sich für eine Nutzungsplanung des Geländes Quatermarkt kaum sehr aussagekräftige Folgerungen aus den Ergebnissen der Planungszellenläufe ziehen. Die Ausnahme bildet die Feststellung, daß der Platz "Quatermarkt" gestalterisch durch teilweise Bebauung verändert werden sollte, so daß dem Innenstadtbesucher dort eine Möglichkeit zum Aufenthalt und zur Information angeboten wird.

Empfehlung: Der Quatermarkt sollte dem Innenstadtbesucher Möglichkeiten zum Verweilen und zur Information bieten.



Foto: Spiegel

Abbildung Teilnehmer einer PZ bei der Begehung des Rathauses

5.2.5.3 Grundrißstruktur

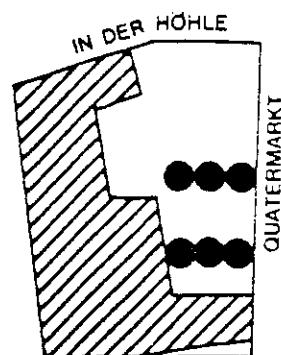
Die Grundrißstruktur des Planungsquadranten wird im Prinzip unangetastet gelassen (vgl. Abb.28).

- Abbildung 34 -

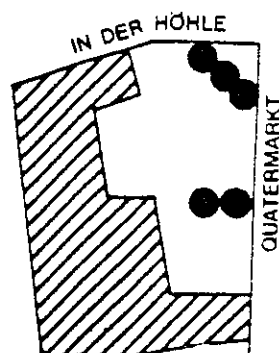
Grundrissypen "Quatermarkt" (PQ V)

(Ergebnisse aus 11 Modellentwürfen)

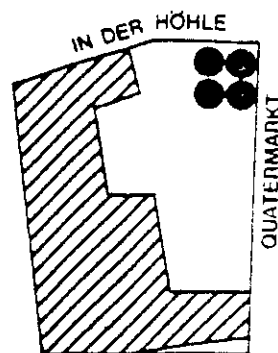
punktuelle Bebauung auf dem Platz
(Type 1) 18 %



punktuelle Bebauung auf dem Platz
(Type 2) 9 %



Eckbebauung Quatermarkt/
In der Höhle 73 %



5.2.6

5.2.6 Verdeutlichung der Ergebnisse durch erweiterten Methodeneinsatz

Die meisten Aussagen, die bisher aus den Nutzungsmodellen gewonnen wurden, sind durch ein relativ einfaches Auswertungsverfahren zustande gekommen: Die für eine bestimmte Fläche durch die Bürger vergebenen Nutzungsbausteine wurden - z.B. 11.622 für den Quadranten 'Farina-Gelände' - zusammenaddiert. Jede einzelne Nutzungsart, z.B. 'Kultur' oder 'Wohnen', konnte dann als prozentualer Anteil dieser Summe zum Ausdruck gebracht werden.

Neben einer solchen Rechentechnik lassen sich weitere Möglichkeiten der Aussagengewinnung denken. Diese werden in dem stärker am Methodeneinsatz orientierten Ergebnisbericht für den Forschungsförderer vermutlich eine Rolle spielen. Für das vorliegende Bürgergutachten ist aber - um getätigte Aussagen nicht künstlich zu komplizieren und so vermeidbare Mißverständnisse zu schaffen - auf die Darstellung solcher Möglichkeiten verzichtet worden. Eine von ihnen soll allerdings doch ansatzweise Erwähnung finden.

Die 50 Modelle sind von 50 Arbeitsgruppen erstellt worden. Diese haben eigentlich ein Recht darauf, dass ihr Vorschlag mit dem jeweils gleichen Gewicht Berücksichtigung findet. Das aber ist, wenn wie bisher einfach alle Steine zusammengezählt werden, nicht geschehen. Denn manche Gruppen haben sehr viele Steine vergeben, andere sind mit weniger ausgekommen.

Die Gruppenvorschläge sind also mit unterschiedlichem Gewicht in die Basissumme eingegangen.

Der Vergleich eines jeden Gruppenergebnisses mit den Ergebnissen der anderen 49 Gruppen eröffnet aber die rechnerische Möglichkeit, jedem einzelnen Gruppenvorschlag das gleiche Gewicht beim Zustandekommen einer gemeinsamen Basissumme einzuräumen.

Eine derartige Vorgehensweise führt zu Ergebnissen, die mit denen der einfacheren Rechenart verblüffend gleichartig sind. Das zeigt zunächst, wie 'normal' sich die Bürger in ihren Vorschlägen verhalten haben. Es gibt allerdings zwei Abweichungen. Beide unterstreichen Tendenzen, die bei der ersten Auswertungsweise bereits eindeutig sichtbar geworden sind:

Die Funktion "Kultur" gewinnt im Quadranten II (79 % statt 71.2 %) und im Quadranten III (72 % statt bisher 68.4 %) ein noch stärkeres Gewicht. Dagegen verlieren im PQ II die Funktion "Büro/Verwaltung" (jetzt 9.4 %) und in PQ III das "Wohnen" (jetzt 14,5 %) leicht an Bedeutung.

Die so gewonnenen Aussagen unterscheiden sich in der Tendenz nicht von denen, die hier nach einer einfachen Auszählung der Nutzungselemente vorgelegt werden konnten.

5.3 5.3.1

5.3 Einzel Darstellungen

Die Erörterung bürgerschaftlicher Vorstellungen zur Nutzungsintensität, zur Nutzungsverteilung oder zu den Grundrißstrukturen, wie sie sich in den erarbeiteten Modellen dokumentieren, macht Aussagen zu bestimmten einzelnen Themen möglich. Zu anderen Themen haben sich im Zuge der PZ-Arbeit Aussagen an anderer Stelle ergeben, die - im Sinne des Gutachtenauftrages - ebenfalls eine Darstellung verdienen. Derartige Sachverhalte werden unter den Überschriften: Freie und bebaute Flächen, Rathausfunktion, Wohnen, Aktivierung von Geschichte, Verkehr im folgenden einzeln abgehandelt.

5.3.1 Freie und bebaute Flächen

Neben der Baunutzung des Planungsgebietes stellte die Freihaltung von Flächen für die beteiligten Bürger ein zentrales Problem dar.

Wie die Ausführungen zu den Nutzungsvorstellungen für die fünf Planungsquadranten schon gezeigt haben, werden die einzelnen Bereiche sehr differenziert geplant:

Die Planungszellenteilnehmer stellen sich das Farinagelände und das Haus Neuerburg-Gelände dicht bebaut vor. Zwischen den Baukörpern bleibt aber - das gilt insbesondere für das Farinagelände - viel freier Raum

in der Gestalt von Innenhöfen und Passagen. Diese Freiräume sollen entweder allein von den künftigen Bewohnern der Häuser oder von diesen und Innenstadtbesuchern genutzt werden. Die Nutzungsvorschläge orientieren sich in erster Linie an Ruhe- bzw. Freizeitbedürfnissen der Bürger, sollen aber auch die Möglichkeit zur Entfaltung von Bürgeraktivitäten bieten.

Im Planungsbereich Gürzenich erweisen sich die Planungsvorstellungen ähnlich homogen. Auch hier ist überwiegend, trotz der Gürzenicherweiterung eine Freifläche als Grünanlage bzw. kleiner Park geplant, von dem aus der Blick auf die Ruine St. Alban möglich bleibt. Auch hier soll der Bürger zum Verweilen angeregt werden.

Heftig umstritten war die Freihaltung oder Bebauung des Rathausplatzgeländes. Dennoch wird hier überwiegend für keine oder nur vereinzelte lockere niedrige Bebauung votiert. Das freie Gelände vor dem historischen Rathaus einschließlich des derzeitigen Parkplatzes am Judenbad soll entsprechend diesen Plänen parkähnlich gestaltet werden. Im Gegensatz dazu soll in nur 22 % aller Planungsentwürfe der Rathausplatz in den historischen Grundrissen bebaut werden. Als Variante hierzu sind einige Modelle zu sehen, in denen das denkmalpflegerische Argument für einen ein-

5.3.2

engenden Blick auf die Rathauslaube vom Eingang der Portalsgasse berücksichtigt ist. Hier wird die Portalsgasse im historischen Grundriß bebaut. Die dann entstehende Verlängerung des Rathausplatzes über das Judenbad hinaus macht das Votum für die Platzlösung erneut deutlich.

Resumee ist, daß die Bürger im Planungsgebiet mehrheitlich keine totale Überbauung wie in den meisten Innenstadtbereichen wünschen, sondern unbebaute freie Flächen, welche vornehmlich als begrünte Anlagen gestaltet sind und den Bürger zum Aufenthalt und zur Kommunikation animieren.

5.3.2 Rathausfunktion

Die Bedeutung des Rathauses ergibt sich aus seiner herausragenden geschichtlichen Stellung. Es handelt sich nicht um einen Verwaltungsbau, sondern um ein in erster Linie zu Repräsentationszwecken gedachtes und geeignetes Gebäude. Von daher gewinnt es und mit ihm auch der Rathausplatz einen besonders "öffentlichen" Charakter.

Die Aussagen der Bürgergutachter basieren nicht zuletzt auf einer Führung durch die Räume des Rathauses im Rahmen des Arbeitsprogramms. Die wichtigsten positiven Eindrücke waren:

- die grundsätzliche Öffnung des Gebäudes für die Öffentlichkeit (Führungen),
- die bauliche Gestaltung.

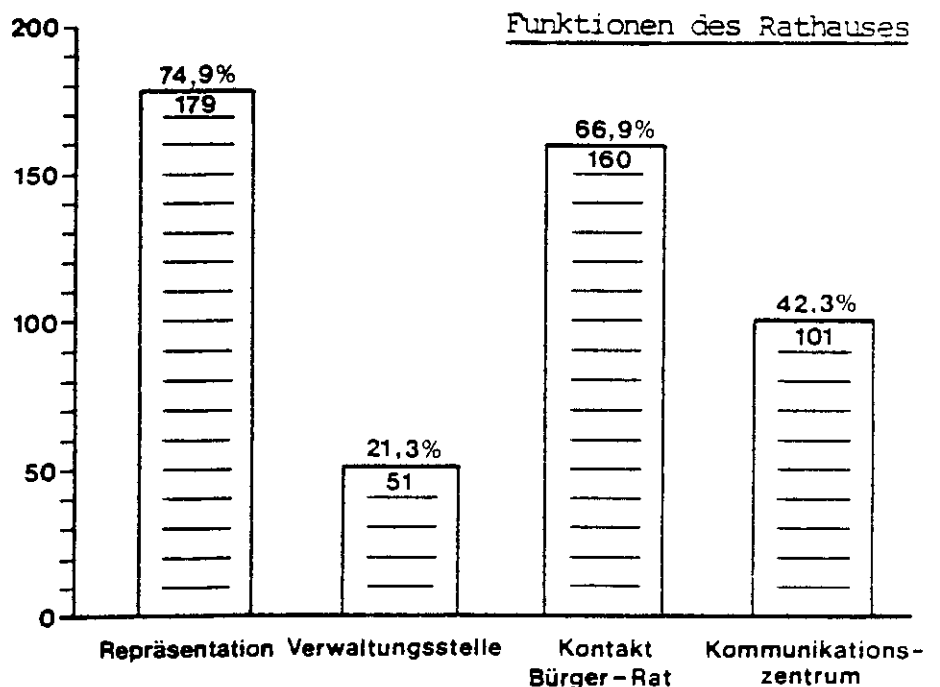
Die Liste der negativen Eindrücke war länger. Zusammengefaßt blieben als wichtigste Punkte:

- sterile Atmosphäre (bes. Vorhalle & Piazzetta),
- ungenügend genutzte Räume (nur zur Repräsentation),
- Schwellenangst von seiten der Bürger,
- fehlende Informationsmöglichkeiten im Rathaus.

Die gegenwärtige Hauptfunktion des Rathauses, die Repräsentation, wurde von den Bürgern bereits bei der Begehung anerkannt (s. Abb. 29).

Anzahl der Bürger

- Abbildung 29 -



5.3.2

Daneben sollte das Rathaus aber auch den Zweck erfüllen, bessere Kontakte zwischen den Bürgern und ihren Repräsentanten herzustellen. Es sollen an dieser Stelle aber keine weiteren Verwaltungsstellen eingerichtet werden (ausgenommen evtl. zentrale, publikumsintensive Dienste oder die Bezirksvertretung Köln-Mitte). Die Dezentralisierung der Verwaltungsdienste durch die Einrichtung von Bezirksverwaltungsstellen wird von den Laienplanern als bürgernäher angesehen.

Dennoch ist ein starkes Interesse an der Arbeit des Rates vorhanden, das nach den Vorstellungen der Bürger weiter entwickelt werden sollte. Dazu müßte zuerst - dies ist eine immer wiederkehrende Forderung - das Bedürfnis nach leicht erhältlichen und verständlichen Informationen an Ort und Stelle erfüllt werden. Zusätzlich gilt der Wunsch nach einer attraktiven, d.h. zum Verweilen einladenden Gestaltung des Rathauses und des Rathausplatzes.

Ein Schritt in diese Richtung wäre eine zentrale Informationsstelle für kulturelle Belange, die sich zum einen auf die unmittelbare Rathausumgebung, zum anderen aber auch auf Einrichtungen und Veranstaltungen in der ganzen Stadt beziehen sollen (Kartenvorverkauf, "Kulturfahrpläne" etc.), verbunden mit einer Stelle, die ständig

über die gegenwärtigen Aktivitäten des Rates informiert (z.B. Planungsvorhaben, Haushaltsdebatten). Als Anreicherung dieser Funktion kam die Errichtung einer Petitionsstelle an diesem Ort zur Sprache.

Der kurz vor der Vollendung stehende Ratskeller wird für die Verbesserung des Kontakts Bürger - Rat eine hohe Bedeutung haben, wenn nicht eine exklusive Atmosphäre einen großen Teil der Bürger vom Besuch abhält oder er von den Mitgliedern des Stadtrats ignoriert wird.

Es ist festzuhalten, daß für den Kontakt Bürger - Rat offensichtlich erste Aktivitäten von seiten der Stadtvertreter erwartet werden. Die Schwellenangst der Bürger ist wohl noch stärker als der Wunsch, einmal mit einem Mitglied des Rates zu sprechen.

Zum Abbau dieser Schwellenangst wurden konkrete Vorschläge ausgearbeitet: Man könnte sich Anlaufpunkte (z.B. Cafe in der Piazzetta, Erfrischungsshop), aber eher noch mehr oder weniger fest terminierte Veranstaltungen (z.B. kulturelle Darbietungen auf dem Rathausplatz, im Rathaus oder in der Piazzetta) vorstellen, Möglichkeiten für Bürger und Bürgergruppen, sich in der Art eines Forums selbst zu präsentieren (Amateur-Ausstellung, Pflastermaler, Mecker-ecke), oder die Einrichtung fester Termine

5.3.3

für offene (öffentliche) Diskussionen zwischen Bürgern und Politikern.

Von dort liegt es nahe, eine Art Bürgerzentrum in Rathausnähe zu institutionalisieren, das Raum für derlei Aktivitäten bieten könnte. Ein Treffpunkt dieser Art wurde von einem Teil der Gruppen auch in die Funktionsplanung übernommen (vgl. Kap. 5.2.1 und Kap. 5.2.2). Für das Rathaus selbst wurde diese Funktion jedoch nur von etwa der Hälfte der Bürger vorgesehen (s. Abb. 30).

Empfehlung: Im Bereich des Rathauses und des Rathausplatzes sollte die Möglichkeit einer Intensivierung des Kontaktes zwischen Bürger und Rat der Stadt bestehen.

5.3.3 Wohnen

Die Funktionsplanung der Bürger hat ergeben, daß bei der Neugestaltung des Wettbewerbsgebietes auch Wohnungen vorgesehen werden. Diese Überlegung kam nicht zufällig zustande, sondern wurde im Plenum und in Arbeitsgruppen mehrfach (z.B. im Zusammenhang mit den Themenbereichen Verkehr, Infrastruktur und Interessenanhörung) problematisiert. Die Grundargumentationen

der Bürgergutachter, die in den Diskussionen immer wieder vorgebracht wurden, seien hier kurz dargestellt.

Die Innenstadt kann nur dann dauerhaft attraktiv bleiben, wenn sie durch dort wohnende Menschen auch nach dem allgemeinen Geschäftsschluß belebt wird. Das bedeutet nicht, daß die bestehenden Citynutzungen in einem Anflug von Nostalgie durch Wohnen ersetzt werden sollen, es ist vielmehr an eine Ergänzung und Mischung gedacht, mit der die einseitig auf das Wirtschaftsleben ausgerichteten Strukturen erweitert werden können, um hier eine die Attraktivität erhöhende Funktionenvielfalt zu erreichen.

Hohe Bodenpreise in der Innenstadt lassen es aber schwierig erscheinen, preiswerte Wohnungen zu errichten, da auch die Rentabilitätsgesichtspunkte der Bauherren einbezogen werden müssen. Für eine Wohnnutzung an dieser Stelle bieten sich zwei Möglichkeiten:

- a) kleine Wohnungen oder Appartements für relativ wohlhabende Einzelpersonen (Geschäftsleute etc.),
- b) familiengerechte Wohnungen, die durch die öffentliche Hand stark subventioniert werden müßten.

5.3.3

Daß citynahes Wohnen möglich ist, zeigt in unmittelbarer Nachbarschaft des Rathauses das "Martinsviertel". Es wurde sehr oft als Vorbild für eine Wohnnutzung am Rathausplatz genannt. Es stellt aber nur eine Möglichkeit dar, nämlich die der relativ kleinen, teuren Wohnungen. Hier soll nicht außer Acht gelassen werden, daß auch im Martinsviertel Familien mit Kindern leben, allerdings ist deren Anteil relativ gering.

Die grundsätzliche Frage, ob Kleinwohnungen oder Familienwohnungen tatsächlich geeignet sind, der Innenstadt ein belebendes Element zu sein, konnte in den Gruppen nicht eindeutig beantwortet werden. Familiengerechte Wohnungen sind im Vergleich sicher die bessere Lösung, deren Einrichtung hängt aber in sehr hohem Maße davon ab, inwieweit die öffentliche Hand bereit ist, die hohen Subventionierungskosten zu tragen. Die Realisierung über den freifinanzierten Wohnungsbau ist in diesem Fall utopisch.

Wenn Wohnungen in der Innenstadt gebaut werden, müssen geeignete Infrastruktureinrichtungen folgen. Diese können im vorliegenden Fall auch für Bedürfnisse des Fremdenverkehrs oder der Einkaufenden genutzt werden (z.B. Kindertagesstätte, Busverkehr, spezieller Einzelhandel).

Das Versorgungsangebot durch den Einzelhandel muß wegen der Nähe der "Hohe Straße" als gut bezeichnet werden. Dennoch kann ein zusätzliches Angebot spezifizierten Einzelhandels nicht nur evtl. Versorgungslücken schließen, sondern auch der in der "Hohe Straße" zu beobachtenden Spezialisierung auf Kosten eines differenzierten Angebots entgegenwirken.

Entsprechendes gilt für die Ansiedlung privater Dienstleistungen (Ärzte, Anwälte usw.).

Bei den öffentlichen Dienstleistungen war die Situation wegen teilweise widersprüchlicher Expertenaussagen etwas unklar. Dennoch kann man wohl davon ausgehen, daß die Versorgung mit Schulen, Kinderbetreuungsstätten etc. in der Umgebung des Planungsgebiets zumindest ausreichend ist.

Dennoch scheint es den Bürgergutachtern wünschenswert, feste Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch im Planungsgebiet vorzusehen. Solche Einrichtungen sollen dann aber nicht nur den Bewohnern, sondern auch Einkaufenden und Touristen offenstehen.

Dabei ist zunächst an eine Kindertagesstätte gedacht. Daran anschließend könnte

5.3.3

ein allgemeines Bürgerzentrum entstehen (City-Treff), das allen Altersgruppen offensteht, das auch Aufgaben erfüllt, die im Zusammenhang mit der Funktion des Rathauses oder der Aktivierung von Geschichte genannt worden sind (Informationszentrum).

Gastronomische Einrichtungen sollten sich hier auf Tagesgaststätten oder Cafés beschränken. Laute Nachtlokale oder Diskotheken sind nicht geplant.

Der Schutz vor Lärm war auch der Grund, weshalb verkehrsberuhigende Maßnahmen vorgeschlagen werden. Allerdings sollen die Anwohner in diesem Gebiet bevorzugt fahren und parken dürfen (vgl. auch Kap. 5.3.5).

Das Wohnen in diesem Gebiet stellt besondere Anforderungen an seine Bewohner. Die zentrale Lage einerseits wie auch die in der Funktionsplanung geforderte durchlässigkeit der Wohnanlage auf dem Farinagelände (Innenhof, Passage) führt zu einer öffentlicheren Wohnsituation als z.B. in Vorstädten. Dadurch werden die Wohnungen sicherlich nicht für jedermann attraktiv, andererseits bietet sich dadurch die Chance, der Innenstadt eine neue Lebensqualität zu vermitteln.

5.3.4 Aktivierung von Geschichte

Der heutige Zustand des Rathausplatzes kann seiner geschichtlichen Bedeutung nicht gerecht werden. Für die Planung der zukünftigen Gestaltung des gesamten Rathausbereiches ist die Beantwortung der Frage nach der Sichtbarmachung der Geschichte dieses Platzes im Zusammenhang mit der Kölner Stadtgeschichte besonders wichtig.

Dem steht als gegenwärtiges Problem die Unsicherheit über Qualität und Zahl der vermuteten archäologischen Funde gegenüber. Diese Unsicherheit bestimmte auch die Vorschläge der Bürger:

Die archäologischen Funde sollen freigelegt und zugänglich gemacht werden. Eine Freilegung ohne Überdachung scheidet dabei wegen der Klimaverhältnisse aus. Ein Museum auf dem Rathausplatz, das groß genug wäre, um alle Ausgrabungen aufzunehmen, würde den Rahmen dieses Platzes sprengen. Es ist daher zu überlegen, die Ausgrabungen zwar freizulegen, aber sie an Ort und Stelle zu belassen und in einer Art unterirdischem Museum, ähnlich dem bereits freigelegten Judenbad, zur Besichtigung freizugeben. Ein freibleibender Rathausplatz könnte dann ein kleines Eingangsgebäude mit Ausstellungsraum in Form eines Pavillons beherbergen.

5.3.4

Empfehlung: Die archäologischen Funde
im Planungsgebiet sollen
zugänglich gemacht werden.

Zum Erleben der Geschichte der Innen-
stadt Kölns fehlen nach Meinung der
Bürgergutachter vor allem die Infor-
mationen an Ort und Stelle. Die Vor-
schläge zur Schaffung von Abhilfe lassen
sich in 3 Hauptgruppen ordnen:

1. Informationstafeln (Pläne, Modelle)

Es ist besonders an Hinweistafeln,
die auf bestehende oder historische
Gebäude aufmerksam machen, an Pläne
oder Modelle, die sich auf Ausgra-
bungen, auf die römische oder mittel-
alterliche Stadt oder das Rathaus/
Rathausplatz beziehen, gedacht. Diese
Informationstafeln sollen frei zu-
gänglich sein.

2. Medieneinsatz (Bildschau, Dias, Tonband)

Dieser Vorschlag stellt eine Er-
weiterung der ersten Idee dar. Es
handelt sich um Informationsstände,
die kurze Informationen mit Hilfe von
Bild und Ton - evtl. sogar mehr-
sprachig - weitergeben. Auch diese
Stellen sollen leicht erreichbar und
frei zugänglich sein.

3. Ausstellungen (Werbung)

Dieser Vorschlag meint begleitende Ausstellungen, die auf dem Rathausplatz, im Rathaus oder im Museum mit Bilddokumenten, Plänen, Modellen usw. dem Besucher zusätzliche, spezielle Informationen zuteil werden lassen.

Für alle drei Punkte gilt, daß die Informationen

- direkt vor Ort,
- zeitlich möglichst unbeschränkt (ausgenommen Ausstellungen),
- ohne Mühe

für die Interessenten zugänglich sind.

Zu diesem Zweck können die Foyers von Rathaus und spanischem Bau bzw. die Piazzetta des Rathauses als Informationsstelle in die Überlegungen mit einbezogen werden. Dabei können sich neue, für das Verhältnis Bürger - Stadt positive Funktionen des Rathauses ergeben (vgl. Kap. 5.3.2).

Empfehlung: Zum besseren Erleben von Geschichte im Planungsgebiet sollen Informationen direkt vor Ort, zeitlich möglichst unbeschränkt und ohne Mühe zugänglich sein.

5.3.5

Die Bürger, die sich für eine Bebauung des Rathausplatzes im historischen Grundriß entschieden, setzten sich auch für eine Wiederherstellung der historischen Gesamtgestalt (Fassaden, Torbogen usw.) ein. Bei diesen Vorschlägen wurde der Spanische Bau immer wieder als Negativbeispiel zitiert.

Die Ruine von St. Alban sollte nach Meinung der Bürger stärker in das Bewußtsein der Rathausplatzbesucher gerückt werden, indem der Blick auf St. Alban freigehalten bleibt und die Ruine der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Bei der Erweiterung des Gürzenichs ist darauf zu achten, daß die Kirche architektonisch nicht erdrückt wird. Aus diesem Grund ist auch eine Bebauung Richtung Gülichplatz nicht erwünscht. Eine solche Bebauung versteckt die Ruine noch stärker.

5.3.5 Verkehr

Die Problematik der Verkehrsführung in der Kölner Innenstadt sollte ursprünglich nur als Randproblem von den Bürgern erarbeitet werden. Im Verlauf des Programms wurde dieses Problem an folgenden

Stellen thematisiert:

- als grundsätzliche Darstellung durch einen Experten des Stadtplanungsamtes mit anschließender Diskussion,
- bei der Begehung des Planungsgebietes mit Bewertungsvorgängen,
- bei der Darstellung und Diskussion der Architektenentwürfe.

Daneben flossen während der Vorträge zur Infrastruktur, bei der Vorplanung der Teilnehmer sowie bei der Interessentanhörung weitere Informationen zu diesem Thema ein.

Während dieser Arbeit zeigte sich, daß die Funktionszuweisung für das engere Wettbewerbsgebiet weitergehende Überlegungen zum Verkehr erforderte. Bei der eigentlichen Funktionsplanung wurde dann auch das Verkehrsproblem von 42 der 50 Gruppen (= 84 %) aufgegriffen und in Realisierungsvorschläge umgesetzt. Bei der hier folgenden Darstellung wird daher in der Hauptsache auf diese Modelle Bezug genommen. Die Ergebnisse der vorhergehenden Bewertungsvorgänge gehen nur als Vergleichsdaten ein.

5.3.5

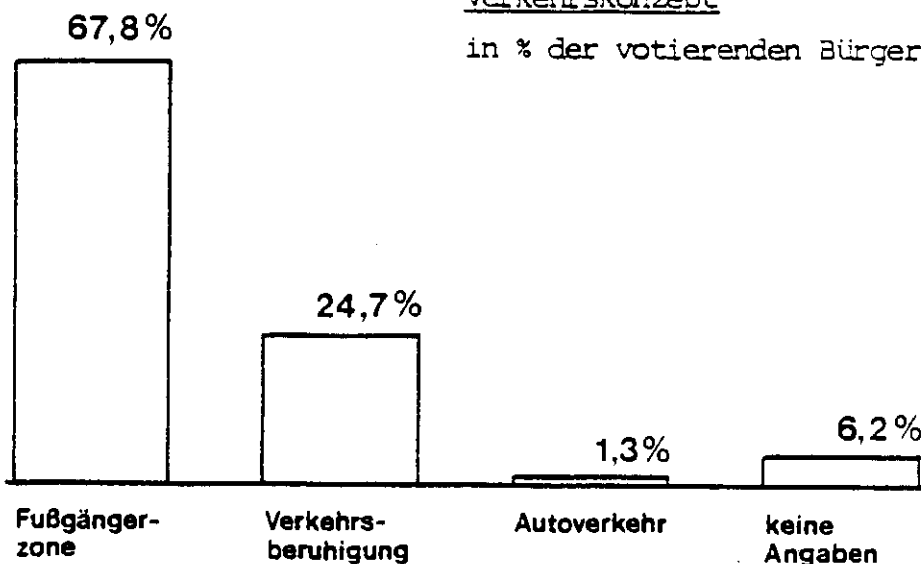
1. Autoverkehr/Fußgängerzone

Die durch die Vorüberlegungen der Stadt Köln einfließende Idee der Verbindung der Fußgängerzone "Hohe Str./Schildergasse" zu einer neuen Fußgängerzone "Alter Markt/Martinsviertel/Rheinufer" wurde von den Bürgern bereits eingangs aufgegriffen

- Abbildung 30 -

Verkehrskonzept

in % der votierenden Bürger



und später konsequent weiterverfolgt. Für das engere Wettbewerbsgebiet bedeutet dies eine grundsätzliche Verbannung des Autoverkehrs.

Die Straßen "Obenmarspforten" und "In der Höhle" sollen als Hauptachse in Ost-West-Richtung für die Fußgänger freigehalten werden. Außerdem kann von einer Nebenachse von der "Hohe Straße" durch das "Farinagelände" und die "Portalsgasse" zum Rathaus ausge-

gangen werden, wobei das Farinagelände entweder über den Innenhof oder die verlegte "Salomonsgasse" begehbar zu machen ist.

In der Nord-Süd-Richtung sind "Unter Goldschmied" ab der "Portalsgasse" und "Quatermarkt" sowie "Rathausplatz/Judengasse" und "Martinstraße" ebenfalls als Fußgängerzone vorgesehen.

Die "Marspfortengasse" wird als Anlieferstraße anerkannt, soll aber ebenfalls den Charakter einer Fußgängerzone besitzen oder als verkehrsberuhigte Zone eingerichtet werden. Eine Anbindung an die Hauptverkehrsstraßen soll im Norden über die "Marspfortengasse/Salomonsgasse" in Richtung Dom erfolgen, wobei man diese Straßen zu Einbahnstraßen machen könnte. Im Süden ist der Quatermarkt als Anbindung vorgesehen, der in einer Wendeschleife ausläuft, die sowohl als Vorfahrt zum Gürzenich als auch als Ein/Ausfahrt zur Tiefgarage Quatermarkt dienen soll (vgl. Abb. 31).

2. Tiefgaragen

Die bereits existierenden Tiefgaragen am Senatshotel und am Quatermarkt

5.3.5

sollen in ein erweitertes, umfassendes Tiefgaragensystem eingebunden werden, das eine oder zwei weitere Garagen im Planungsgebiet vorsieht.

Die projektierte Tiefgarage auf dem Farinagelände wird voll bejaht.

Zu der Idee einer Tiefgarage zwischen Gürzenich und Rathausplatz hat sich keine einheitliche Meinung gebildet. Die hier vorgesehene Parkgelegenheit wurde zwar grundsätzlich begrüßt, ihre Realisierung jedoch für nur eingeschränkt möglich gehalten, und zwar wegen der an dieser Stelle vermuteten Funde. (Ein Vorschlag lief darauf hinaus, die Funde in die Tiefgarage mit einzubeziehen.)

Die Idee, die Tiefgaragen in diesem Gebiet unterirdisch miteinander zu verbinden (Fuchsbau) wurde übernommen. Dadurch soll u.a. dem Zielverkehr die Möglichkeit gegeben werden, die Garage an einer anderen Stelle zu verlassen als der, an der man herangefahren ist. Die Ein/Ausfahrten zu diesem Fuchsbau-System sollen entsprechend an der bereits erwähnten Wendeschleife am Quatermarkt im Süden

und an der Salomonsgasse im Norden des Gebiets liegen. Dabei ist es denkbar, die nördliche Einfahrt in das vorhandene Parkhaus am Senats- hotel zu verlegen, um die Probleme zweier benachbarter Parkhausein- fahrten zu vermeiden.

Die sich aus diesem Konzept er- gebenden Orientierungsschwierig- keiten werden als hinnehmbar ange- sehen, da das Planungsgebiet im wesentlichen durch Zielverkehr be- fahren wird, der durch das Parkhaus- system die Möglichkeit hat, nach Norden oder Süden wieder auszufahren.

3. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Es besteht eine nicht befriedigende Anbindung des Gebietes an das öffent- liche Nahverkehrsnetz, da das Gebiet durch die KVB nur am Rande berührt wird. Die geplanten U-Bahn-Halte- stellen werden an dieser Situation nichts ändern. Daher wird vorge- schlagen, zu prüfen, ob eine Buslinie unter Benutzung der Anlieferstraße "Marspfortengasse" oder der Fußgänger- zone dieses Problem lösen könnte.

5.3.5

Empfehlung: Das Planungsgebiet sollte vornehmlich als Fußgängerbereich gestaltet werden.

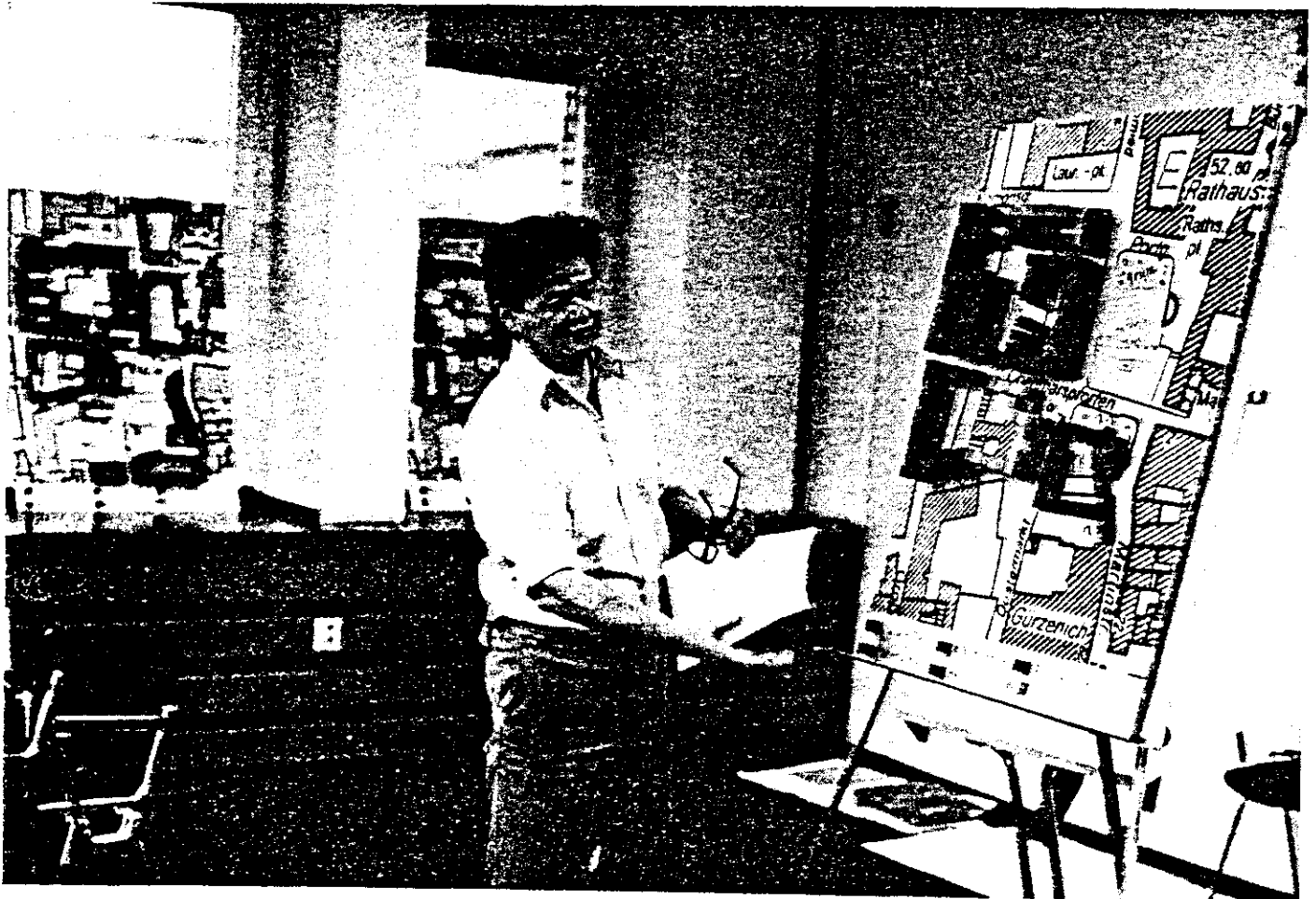


Foto: Spiegel

Abbildung: Teilnehmer interpretiert das Modell seiner Arbeitsgruppe vor dem Plenum seiner PZ

- Abbildung 31 - Verkehrslösung

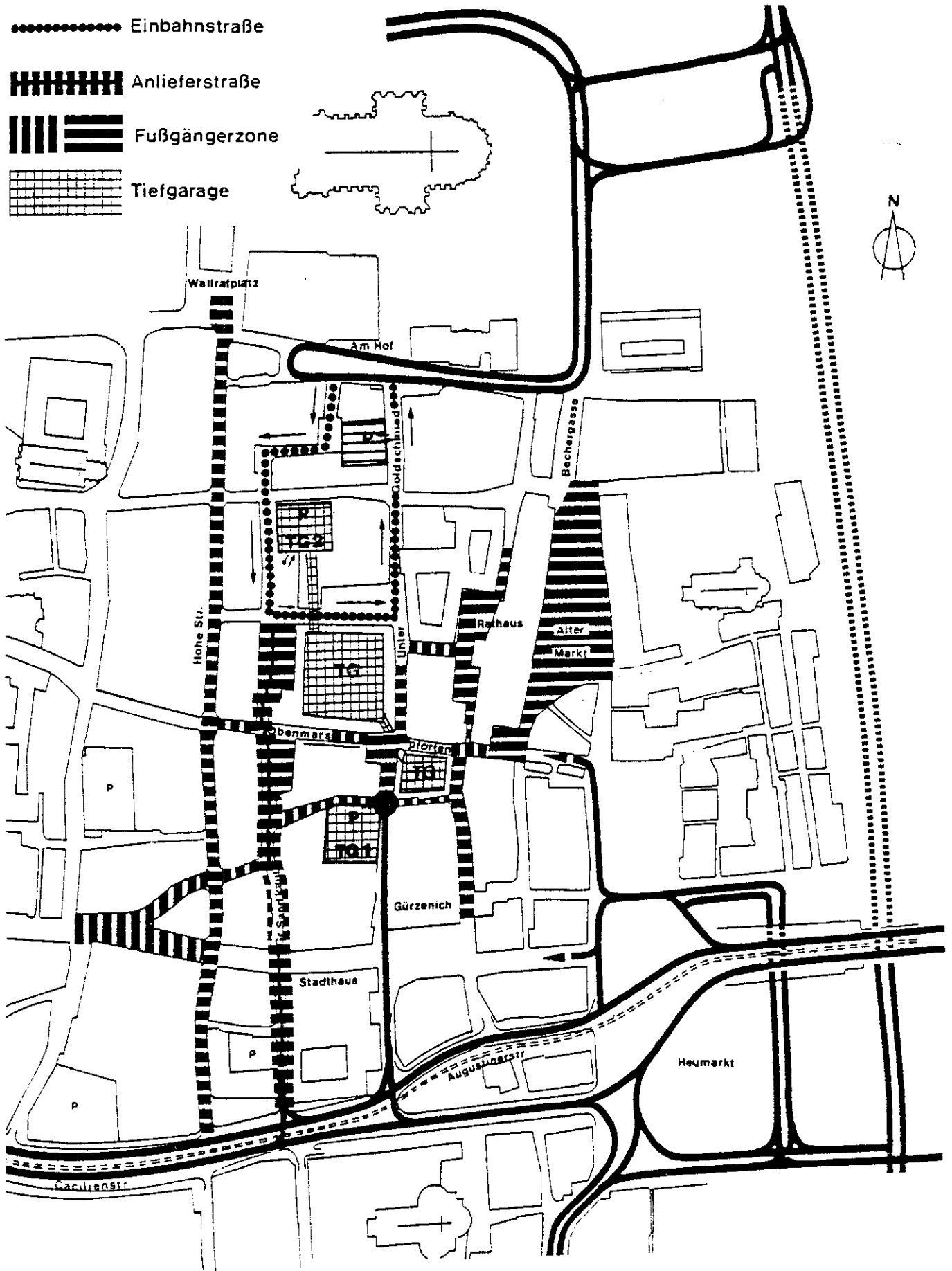
Autostraße

Einbahnstraße

Anlieferstraße

Fußgängerzone

Tiefgarage



6. Sozialeffekte

Neben den Sachaussagen dieses Bürgergutachtens, die als solche ihre Wirkung haben werden, löst eine Datengewinnung mit Hilfe des Modells PLANUNGSZELLE auch andere Wirkungen aus, die für den Auftraggeber von Bedeutung sein können. Einige dieser Wirkungen sind durch andere Planungsverfahren oder andere Formen der Bürgerbeteiligung bisher in dieser Bündelung nicht erbracht wurden. Sie sollten daher besonders genannt werden. Das geschieht hier auszugsweise.

- Gesamtstädtische Integration

Die Teilnehmerschaft von drei Planungszellen stammte - und zwar ausschließlich - aus neu eingemeindeten Bezirken (Esch/Auweiler, Lövenich, Porz). Die hier erarbeiteten Ergebnisse sind, wie die Modellentwürfe belegen, in entscheidenden Hinsichten ununterscheidbar von den Ergebnissen der altkölner Gruppen. Die Neu-Kölner haben, fasziniert von der zentralstädtischen Aufgabenstellung, mit dem gleichen Engagement wie alle anderen gearbeitet.

- Steigerung kommunalpolitischen Bewußtseins

241 Bürger werden auf ungewohnte Weise für das Wohl der Stadt tätig. Sie erfahren an den komplizierten Problemen für sich neue Grenzen ("... mit ihren bürgernahen Modellen scheitern". Kölner Stadtanzeiger, 11. Dezember 1979), erringen aber auch ihre neuartigen Erfolge. So etwas geht an keinem spurlos vor-

bei. Wenn die Erfahrungen früherer Planungszelleneinsätze übertragbar sind, so wird auch diesmal das kommunalpolitische Bewußtsein der Teilnehmer spürbar zunehmen und sich - z.B. auch kommunikativ¹⁾ - äussern.

- Kontakt Bürger/Verwaltung

Die Einstellung des Bürgers zur Verwaltung ist nicht unabhängig von den Erfahrungen, die der einzelne mit Angehörigen des öffentlichen Dienstes macht. In den Planungszellen haben Kölner Bürger und Angehörige der Verwaltung gemeinsam an einer für sie beide sinnvollen Thematik gearbeitet. Die persönlichen Begegnungen (Plenum, Begehung, Diskussionsteilnahme, Pausengespräche) hatten vielfach den Charakter eines konstruktiven Sachkontaktes. Wenn auch eine ausreichende Vorbereitung auf die neuartigen Aufgaben bei den Vertretern von kooperierenden Verwaltungsstellen nicht immer voll gegeben war, so fand die Zusammenarbeit doch in einer weitaus entspannteren und förderlichen Atmosphäre statt, als das mitunter im

1) Im Jahre 1976 hat im Anschluß an die Planungszellen in Hagen-Haspe eine Intensivbefragung ehemaliger PLANUNGSZELLEN-Teilnehmer stattgefunden. Die Ergebnisse belegen, dass die 127 Teilnehmer innerhalb der 6 Monate nach ihrer Mitwirkung insgesamt 17 000 Minuten lang zu anderen Personen über dieses Ereignis gesprochen haben, oder anders ausgedrückt: "Über eine Zeitdauer von fast 36 Arbeitstagen hat die PLANUNGSZELLE und die Stadtanierung Hagen-Haspe im Mittelpunkt von Gesprächen der im Zufall ausgewählten Bürger mit Mitbürgern gestanden".
Vgl. Detlef Garbe, Reaktionen von Laienplanern auf Planungszellen, in: ILS-Arbeitsmappe der Informations- und Fortbildungstagung "Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung", Dortmund, 21. Febr. 1978, S. 5.

Planungsbereich der Fall ist. Die Begegnung wurde von den Bürgern als überwiegend positiv bewertet.

- Einwirkung auf soziale und personale Probleme
Bestimmte Vorurteile (z. B. aus den Bereichen Gastarbeiter, Schichtung, Generationskonflikt) verstärken Problemquellen für Stadtbewohner und Städte. Die PLANUNGSZELLEN waren (vgl. Kap 4.3.1) sozial hochheterogen zusammengesetzt. Die erfolgreiche Zusammenarbeit in derartigen Gruppen ermöglicht und erleichtert den wirksamen Abbau von Vorurteilen.²⁾

Einem Verfahren, das in der Teilnahme an sinnvoller öffentlicher Tätigkeit dem einzelnen auch so etwas wie "personale Identität" vermittelt, kann in bestimmten Fällen ein sozialtherapeutischer Effekt nicht abgesprochen werden. Einer Gebietskörperschaft, die sich ständig zu umfangreichen sozialen Leistungen verpflichtet sieht, wird ein solcher Effekt im Prinzip nicht gleichgültig sein.

- Identifikation mit der geplanten Maßnahme
Der bei Abschluß seiner Mitarbeit in der PLANUNGSZELLE befragte Bürger hält mit Recht das bearbeitete Problem für bedeutsam, den weiteren Lösungsprozeß für langwierig und gefährdet und die Vorschläge, die seine PLANUNGSZELLE erstellt hat, für gut und realisierungswürdig. Die maßnahmenlegitima-

2) Vgl. hierzu das Kapitel 'Konfliktprophylaxe', in: P.C. Dienel, die Planungszelle, Opladen 1978, S. 216 ff.

torischen Nachwirkungen bürgerschaftlicher Planungsprozesse gründen nicht zuletzt in Einstellungen dieser Art, wie sie durch eine tätige Teilnahme erworben werden können.

Die Identifikation des einzelnen mit der geplanten Maßnahme ist darüber hinaus belegbar durch die Ansätze zur Bildung eigener Gruppen. Beim Abschlußgespräch einer PLANUNGSZELLE wurde von Teilnehmern ein Zusammenschluß angeregt und gleich vollzogen. Er wird die weiteren Planungsmaßnahmen Rathaus/Gürzenich begleiten und über ihren Verlauf informieren.

Es gibt Einrichtungen, wie z.B. Freizeitanlagen, für deren späteren Zustand eine derartige bürgerschaftliche Identifikation von erheblicher Bedeutung ist.³⁾

Die genannten Effekte werden hier auch deswegen aufgeführt, weil der Aufwand, den ein Bürgergutachten einer kommunalen Gebietskörperschaft abfordert, erst dann sachgemäß beurteilt werden kann, wenn neben den Kosten auch die nutzenwirksamen Faktoren in ihrer Breite ansatzweise in den Blick kommen.

3) Vgl. Diemel, Bürgergutachten Bärenloch. Vorläufiger Ergebnisbericht, Wuppertal, März 1979, S. 62.

7. Kurzfassung

Am 13. September 1979 beschloß der Stadtentwicklungsausschuß des Rates der Stadt Köln, ein Bürgergutachten zur Ergänzung der ersten Stufe des städtebaulichen Ideenwettbewerbs Rathaus/Gürzenich erstellen zu lassen.

Beauftragt wurde die Forschungsstelle BÜRGERBETEILIGUNG & PLANUNGSVERFAHREN, Universität-Gesamthochschule Wuppertal, die zur Erfassung von Bürgeraussagen eine geordnete Bürgerbeteiligung nach dem Verfahren PLANUNGSZELLE vorbereitete.

In der Zeit zwischen dem 24. Oktober und 8. Dezember 1979 arbeiteten in 10 Planungszellenabläufen insgesamt 241 Bürger der Stadt Köln an einer Nutzungsplanung für das engere Wettbewerbsgebiet "Rathaus/Gürzenich". Die Bürger waren im Zufallsverfahren über die Kartei des Einwohnermeldeamtes in zehn Stadtteilen ausgewählt worden. Für ihre Arbeit in den viertägigen Planungszellenabläufen wurden sie angemessen vergütet.

Es war das Ziel der gemeinsamen Informations-, Diskussions- und Bewertungstätigkeit, die Meinungen der beteiligten Bürger zu folgenden Problemfeldern festzustellen:

- die Anordnung freier und überbauter Flächen im Planungsgebiet

- die Bestimmung von Nutzungsvorgaben für das engere Planungsgebiet
- die Festlegung von Verkehrszielen für den Wettbewerbsbereich.

Während der PLANUNGSZELLEN-Abläufe haben die Bürger nach eingehender Information Nutzungsmodelle erstellt. Sie sind das Ergebnis von Überlegungen in Kleingruppen mit vier bis fünf Mitgliedern. Die 50 Planungsentwürfe dokumentieren die entscheidenden Vorstellungen der Bürger zur Lösung der vorgegebenen Probleme. Die sich aus den Nutzungsmodellen ergebenden Daten lassen sich ergänzen durch solche, die während der PLANUNGSZELLEN-Laufzeit in Bewertungs- und Gruppenarbeitsprozessen erhoben wurden.

Auf der Grundlage der gesamten Daten ist nach Abschluß aller PLANUNGSZELLENläufe von der Forschungsstelle in Wuppertal dieses Bürgergutachten zusammengestellt worden. Es präsentiert:

1. Bürgervorstellungen zur Anordnung freier und bebauter Flächen im Planungsgebiet

Nach einhelliger Meinung aller Planungszellenteilnehmer sollte das Planungsgebiet baulich gestaltet werden. Die Bebauung wird jedoch immer in der Weise konzipiert, dass grössere Freiflächen entstehen (Grün- oder Parkanlagen). Es fällt auf, dass sich die Bürger die Baudichte in Teilbereichen des

Wettbewerbsgebietes unterschiedlich vorstellen. In fast allen Modellen wird das "Farinagelände" dicht bebaut und der Gürzenichbau entlang der Martinstrasse erweitert. Die Freiflächen sind mehrheitlich im "Gelände Rathausplatz", sowie auf dem Gelände nördlich der Ruine St. Alban im Gürzenichgelände plaziert. Weniger einhellig sind die Meinungen in Bezug auf die Frage, ob der Rathausplatz in den historischen Grundrissen bebaut werden solle. Mehr als 3/4 aller Bürgergutachter sehen auf dem Rathausplatz eine größere unbebaute Fläche vor. Nur in etwa jedem fünften Modellentwurf wird eine historisch orientierte Bebauung für dieses Teilgebiet geplant.

2. Bürgervorstellungen zur Nutzung des Planungsgebietes

Die Nutzungsentwürfe der Bürgergutachter weisen zwei unterschiedliche Nutzungsschwerpunkte aus. Das Farinagelände stellen sich alle beteiligten Bürger als innerstädtisches Wohngebiet vor. In den dort zu errichtenden Gebäuden sieht man in den oberen und mittleren Gebäudeebenen fast ausschließlich Wohnungen vor. Vereinzelt werden dort auch Praxen für Ärzte, Anwälte etc. lokalisiert. Im Erdgeschoßbereich finden sich zumeist Einzelhandels-, aber auch Gastronomienutzungen. Die Gebäudekomplexe sind in der Weise konzipiert, dass sowohl Anwohner als auch Innen-

stadtbesucher die von den Gebäuden umschlossenen freien Flächen als Freizeitverbringungsraum nutzen können. Sehr häufig wird angeregt, durch Einrichtungen wie City-Treffs, Informationszentren u.ä. Kommunikationsmöglichkeiten zu schaffen. Diese Tendenz zu einer innerstädtischen Wohnnutzung wird in der gleichen Weise auch für die Freifläche an Haus Neuerburg sichtbar.

Im Unterschied dazu sehen beinahe alle Bürgergutachter auf dem Gelände "Rathausplatz" und im Gelände "Gürzenich" eine kulturelle Nutzung vor. Die Nutzungsfestlegung Kultur ist allerdings für beide Teilgebiete spezifiziert. Die Gebäudekomplexe im Gelände "Gürzenich" sind primär als Funktionserweiterung des bestehenden Gebäudes angelegt. Hier sollen kulturelle Veranstaltungen, Tagungen oder Konferenzen durchgeführt werden. Auf dem Rathausplatz wird, falls überhaupt eine Bebauung des Geländes vorgesehen wird, eine Museumsnutzung angestrebt. Denkbar ist auch eine Überbauung der historischen Funde. Die Freiflächen sollen der innerstädtischen Erholung und Unterhaltung dienen.

3. Bürgervorstellungen zur Festlegung von Verkehrslösungen im Planungsgebiet

Zum Verkehrsproblem haben die Bürger eindeutige Vorstellungen entwickelt. Es soll

eine Fußgängerachse geschaffen werden, die die Gebiete "Hohe Strasse" und "Martinsviertel" verbindet. Der Fahrverkehr wird über die Straßen "Marspfortengasse" und "Quatermarkt" herangeführt. Eine Verkehrsverbindung, die die Fußgängerzone durchschneiden würde, ist nicht vorgesehen. Einzig die "Marspfortengasse" wird als Anlieferweg für die Hohe Strasse geplant.

Nachwort

vom November 1983 ...

Im Mai 1983 genehmigte der Rat der Stadt Köln den Verkauf des Farina-Geländes, eines gewichtigen Teiles des von den Bürgern gutachtlich erörterten Gebietes, an die Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH modernes Köln. Die Vorstellungen dieser Gesellschaft über die zukünftige Nutzung des Farina-Geländes entsprechen sehr weitgehend den von den Bürgergutachtern erarbeiteten Planungen.

Zentraler Punkt, so der Kölner Stadt-Anzeiger vom 4. Mai, ist die Durchlässigkeit des grossen Innenhofes. Ein Biergarten an der Ecke Marspfortengasse/Salomongasse soll Passanten zu dem Geschäfts-Karree anlocken. Bis zu 25% des Innenhofes werden mit Geschäfts-Pavillons gefüllt. An mehreren Stellen werden sich Durchgänge in den Innenbereich öffnen.

Vor allem aber: Auf dem Farina-Gelände überwiegt die Wohnnutzung. Während die Architekten der zweiten Wettbewerbsstufe nur 28% und die der ersten Wettbewerbsstufe gar nur 19% der Fläche für Wohnungen bereitstellen wollten, stehen jetzt etwa 70% für das Wohnen zur Verfügung, ein Anteil, der sich in auffallender Weise den 65% nähert, die das Bürgergutachten ermittelt hatte.

Noch eindeutiger sind die Auswirkungen, die das Bürgergutachten für die Klärung der anderen, eigentlich strategischen Planungsfrage gehabt hat, nämlich Bebauung oder Freihalten des Rathausplatzes.

Gegen die Position, die die Vorlage der Verwaltung vortrug, hat sich der Rat der Stadt hier den Vorstellungen des Bürgergutachtens angeschlossen. Der inzwischen unter dem Titel "Bürger planen das Rathausviertel" (Werkstatt-Papier Nr. 12 der Forschungsstelle) veröffentlichte Bericht über den Verlauf der Beteiligungsmaßnahme dokumentiert einige der Schwierigkeiten, die diesem Entschcheid und seiner Aufrechterhaltung entgegenstanden.

Daß nicht nur der Sachertrag, sondern auch die Form der Beteiligung ihre Bewährungsprobe bestanden haben, das belegt ein Bericht über die Kölner Erfahrungen mit Planungszellen, den der für diese Maßnahme zuständige Abteilungsleiter im Stadtplanungsamt, Dr.ing. Klaus Uhlig, im September 1980 in der Zeitschrift "Demokratische Gemeinde" (Seite 793/94) veröffentlicht hat. Seine Ausführungen werden hier als Anhang wiedergegeben.

Peter C. Dienel

Bürgerbeteiligung - Plangruppen besser als Hearing? Kölner Erfahrungen mit der "Planungszelle"

von Klaus Uhlig

Am Kölner Rathaus soll es keine am Historischen orientierte Bebauung geben. Das ist die wesentlichste Zielaussage für einen Architektenwettbewerb. Zur Vorbereitung dieses Beschlusses haben die Kölner Stadträte eine Bürgerbeteiligung durchführen lassen.



Der Autor:
Dr. Klaus Uhlig

Bürgerbeteiligung keineswegs unum-

stritten. Die Einführung weiterer plebiszitärer Elemente in unsere repräsentative Demokratie ist politisch umstritten. Das zeigt beispielsweise die Diskussion um die Gestaltung von Bürgerinformation, -antrag und -versammlung in den gemeindlichen Hauptsatzungen aufgrund der neuen Bürgerrechtsparagrafen der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung. Dennoch entwickelt sich ein zunehmendes Spektrum von Partizipationsmodellen. Dies gilt insbesondere für die Bürgerbeteiligung an der Planung.

Für diese Bürgerbeteiligung haben sich nicht zuletzt aufgrund entsprechender Vorschriften des Bundesbaugesetzes – vor allem zur „vorgezogenen Bürgerbeteiligung“ – bereits eine gewisse Routine und die Gefahr

sonen, Gruppen oder Institutionen eingeladen. Teilnehmen kann aber jedermann von überall her. Die Abgrenzung des Einladungsbereiches beschließen in Köln die Bezirksvertreter. Die Einladung erfolgt vor allem per Postwurf. Das Hearing leitet im allgemeinen der Bezirksvorsteher. Die Verwaltung trägt die Planung vor. Dann können die Erschienenen Stellung nehmen. Das Protokoll wird zunächst in der Bezirksvertretung behandelt. Sie empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuß, welchen Anregungen stattgegeben werden soll. Nur in Sonderfällen führt der Ausschuß das Hearing selbst durch und berät zuerst über das Protokoll.

Beim Planungszeitenverfahren werden demgegenüber zumeist „nichtbetroffene“ Bürger nach einem selektiven Zufallsverfahren (z. B. Ziehung jeder soundsovielten Karteikarte bestimmter Stadtteile) ausgewählt. Sie werden zumeist mehrere Tage zunächst informiert, um dann zu diskutieren und schließlich ihre Planungsüberlegungen zu äußern. Dies kann in Fragebogenantworten, Skizzen, Modellen oder Erläuterungen geschehen. In Köln fielen aus zehn Gruppen zu je 25 Personen 250 Fragebogenantwortungen und 50 Modelle an. Die Zellen wurden von Mitarbeitern eines Instituts geleitet. Es faßte die Mehrheitsaussage der Zellenteilnehmer vorwiegend statistisch in einem „Bürgergutachten“ zusammen. Dieses ging, einem Hearingprotokoll vergleichbar, in den politischen Entscheidungsprozeß ein.

Dr. Klaus Uhlig war Maurer und wurde, nach Studium in Berlin und an der Harvard University, Diplomingenieur. Tätigkeiten in Architekturbüros und Hochschulbereich sowie beim Heidelberger Planungsamt folgten, ehe er 1968 zum Stadtplanungsamt in Köln kam, wo er Abteilungsleiter ist. Als Buchautor waren „Stadterneuerung“, „Stadterhaltung“ und „Fußgängerfreundliche Stadt“ seine Themen.

einer schematischen Handhabung entwickelt. In aller Regel werden die Bürger zu Bauleitplanungen, häufig auch zu Entwicklungs- und Fachplanungen, per Hearing angehört. Daneben entwickelten sich aber auch andere Beteiligungsmodelle, so etwa die Gruppenarbeit in Volkshochschulen. Auch die Planungszelle ist ein auf Arbeitsgruppen basierendes Partizipationsmodell. Köln hat dieses Verfahren jetzt angewendet.

Erbringt die Gruppenarbeit in der Planungszellenform eine bessere Bürgerbeteiligung als das Hearing? Löst die Zelle das Hearing ab?

Hearing und Planungszelle: Betroffenheit und „Nichtbetroffenheit“. Beim Hearing geht man davon aus, daß es die Betroffenen erfasse. Darunter versteht man diejenigen, die im Umfeld der Planungsmaßnahme leben oder beispielsweise als Grundeigner mit diesem zu tun haben. Seltener werden zusätzlich Per-

Am Rathaus wohnen oder arbeiten, bauen oder pflanzen? Am Kölner Rathaus liegt seit dem Krieg eine rund 1,4 ha große Fläche brach. Sie gliedert sich in vier Blocks. Auf dem einen steht auch das Rathaus, auf einem anderen der Fest- und Konzertbau Gürzenich, auf dem dritten der Quatermarkt und auf dem vierten u. a. ein Geschäftshaus von Farina. Teilweise werden die Flächen zum Parken genutzt. Teilweise stellen sie sich als riesiges Loch hinter einem Bretterzaun dar. Sie gehören überwiegend der Stadt. Ein ursprünglich hier geplantes Kongreßzentrum wurde inzwischen an der Messe verwirklicht. 1976 überlegte die Stadtverwaltung daraufhin, den Gürzenich zu erweitern, am Farinahaus ein Wohn- und Geschäftsgebäude zu errichten und den Rest freizulassen.

Der Stadtentwicklungsausschuß sprach sich in der Tendenz dafür aus. Er beschloß ein Bürgerhearing. Dieses ergab 1978, daß die Bürger keine Freifläche, sondern die Wiederherstellung des historischen Platzes an der Renaissance-Eingangslaufe des Rathauses und der darauf zuführenden Portalsgasse wünschten. Es wurde ein zweistufiger Architektenwettbewerb ausgeschrieben; Stufe 1: Städtebau, Stufe 2: Architektur. Überbauung und Nutzung wurden freigestellt. Das Preisgericht stellte fest, daß die überwiegende

Zahl der Wettbewerbsteilnehmer und nahezu alle prämierten Arbeiten nachweisen, eine am historischen Stadtgrundriß orientierte Bebauung des Rathausblocks sei sinnvoll. Die Nutzungsvorschläge zeigten Büros, Geschäfte/Gaststätten, öffentliche Einrichtungen (u. a. Gürzenich-Erweiterung) und Wohnen im Verhältnis von ca. 2:1,5:1. Das Preisgericht vergab einen entsprechenden ersten Preis. Es prämierte jedoch mit dem zweiten Preis eine Arbeit, die statt einer Bebauung einen großen Architekturplatz zeigte.

Am 13. September 1979 beschloß der Stadtentwicklungsausschuß, zum Ergebnis der ersten Wettbewerbsstufe die Bürger per Planungszellenverfahren zu befragen. Ihre Antwort: 83 Prozent der Zellenteilnehmer wünschten etwas oder volle Bebauung des Rathausblocks (60 Prozent eine geringe, 22 Prozent die historische). Anders aufaddiert: 78 Prozent der Teilnehmer wünschten eine Vergrößerung der nichtbebauten Fläche (60 Prozent geringe Bebauung, 18 Prozent volle Freihaltung). Die Nutzungsvorschläge stärkten die Wohnfunktion: Wohnen, Kultur (mit Gürzenich-Erweiterung), Einzelhandel/Gastronomie und Büros erhielten ein Verhältnis von ca. 2:1:1:0,25. Der Stadtentwicklungsausschuß beschloß am 24. April 1980 für die zweite Wettbewerbsstufe die Freihaltung des Platzes vorzugeben und Wohnungen als Alternative zu den Büros. Er folgte damit weitgehend den Planungszellen.

Das Ergebnis der Zelle wurde höher eingestuft als das des Hearings, warum?

Bessere Informationsvermittlung und -verarbeitung in der Laienplanergruppe als im Hearing. Ein Vergleich der überwiegend per Hearing erfolgten Bürgerbeteiligung in Köln^{1) 2)} mit der – allerdings erst einmal angewandten – Planungszelle zeigt, daß deren Vorteile ihre Nachteile gegenüber dem Hearing überwiegen:

- die Zelle führt noch stärker als das Hearing Demokratisierungselemente in die Planung ein;
- die Zelle informiert besser als das Hearing;
- die Zelle hat noch stärker als das Hearing Multiplikatoreffekte;
- die Zelle ist besser als das Hearing geeignet, permanierende Beteiligungsbereitschaft und -fähigkeit zu wecken und entwickeln;
- die Zelle bietet mehr Zeit für aktive Planungs- und Vorschlagsüberlegungen als das Hearing;
- die Zelle ist geeigneter, Sprachbarrieren abzubauen und Ausländer in die Planungspartizipation zu integrieren;
- die Zelle wirft weniger als das Hearing die Frage auf, wie bisher bei der Bürgerbeteiligung nur wenig vertretene Gruppen erreicht werden können;
- die Zelle bewirkt eine transparentere Problemabgrenzung als das Hearing und kann zugleich Meinungsäußerungen auch zu außerhalb der Planungsaufgabe liegenden Problemen handhaben;
- die Zelle kann besser als das Hearing Informationslücken, die sich z. B. aus der Zuständigkeitsaufteilung der Verwaltung ergeben, auffüllen;
- die Zelle kann gegenüber dem Hearing es den Verwaltungsmitarbeitern erleichtern, die verwaltungseinheitliche Meinung zu vertreten bzw. ihre eigenen abweichenden Meinungen als solche zu verdeutlichen;
- in der Zelle scheint der „Schwarze Peter“

der Verantwortung für bürgerseitig nicht akzeptierte Beschlüsse weniger als beim Hearing zwischen Rat, Verwaltung und Bürgern herumgereicht zu werden;

- in der Zelle kommen nicht – wie häufig zum Hearing – nur die Bürger, die der Planung negativ gegenüber stehen, darun werden in der Zelle im Gegensatz zum Hearing nicht überwiegend Kritik, sondern Vorschläge vorgebracht;
- die Zelle ist eher in der Lage als das Hearing, Alternativen zu erörtern bzw. zu erarbeiten und zu erkennen, wo Alternativen nicht gegeben sind;
- die Zelle vermeidet gegenüber dem Hearing weitgehend, daß sich die Bürger überfordert sehen, Stellung zu nehmen zu dem, worüber sie soeben informiert wurden, so daß Vertagungen, pauschale Stellungnahme oder Vorbehalte entsprechend entfallen;
- die Zelle tendiert stärker als das Hearing zu einem ruhigen Ablauf und macht „Umfunktionieren“ schwieriger;
- vor allem bei Parallellauf mehrerer Laienplanergruppen neutralisiert die Zelle gegenüber dem Hearing das Durchschlagen von Einzelinteressen; auch aufgrund der Teilnehmerzusammensetzung erbringt die Zelle mit größerer Wahrscheinlichkeit als das Hearing eine relativ neutrale, gemeinwohlorientierte Begutachtung der Planung;
- die Bürgerbeteiligung der Zelle schlägt im Bewußtsein der Bevölkerung besser als das Hearing in der Weise durch, daß für irgendwie glaubwürdige Behauptungen, die Bevölkerung wäre nicht gehört worden, weniger Raum bleibt.

Die Zelle hat gegenüber dem Hearing auch Nachteile: Die Zelle kann gegenüber dem Hearing im Falle der Abwesenheit von Politikern unter den Teilnehmern oder Referenten das spätere Voranbringen der Planung im politischen Raum erschweren. In den Kölner Richtlinien zur Bürgerbeteiligung hat der Rat festgelegt, daß Ratsmitglieder und Bezirksvertreter in den Hearings von eigenen Meinungsäußerungen absehen sollen, um die Hearings nicht zu Foren des Wahlkampfs oder zu Austragungen innerparteilicher Dispute werden zu lassen. Dies birgt die Gefahr in sich, daß Politiker die Hearings nicht mehr aufsuchen. Bei den Planungszellen war eine Teilnahme von Politikern von vornherein nicht vorgesehen. Die in den Zellen gebildete Bürgermeinung wurde hier also den Politikern nur durch Lesestoff vermittelt.

Die Zelle erfordert gegenüber dem Hearing einen höheren Aufwand. Köln gab 60 000 DM plus Personal- und Sachmittel für das Bürgergutachten zum genannten Planungsproblem aus. Außerdem übernahm das Land Forschungskosten für einen Forschungsbericht zur Verfahrensweiterentwicklung. Daher wird die Zelle bisher vor allem als Sonderform der Bürgerbeteiligung in den Fällen angesehen, die den Aufwand rechtfertigen. Der generelle Vorbehalt von Politikern, durch Bürgerbeteiligung werde ihr politischer Entscheidungsspielraum eingeengt und würden Teile der repräsentativen durch plebiszitäre Demokratie ersetzt, scheint gegenüber Zellen noch stärker als gegenüber den Hearings zu bestehen. In dieser Hinsicht blieb in Köln die planungspolitische Wertung des Verfahrens umstritten.

Die Planungszelle – ein zukunftsträchtiges Partizipationsmodell? Aufgabe von Bürgerbeteiligungen soll nach allgemein geltender

Auffassung nicht sein, dem Rat die Entscheidung abzunehmen oder seine Entscheidung durch Vorentscheidungen zu determinieren. Als Aufgabe der Bürgerbeteiligung wird vielmehr angesehen, Anregungen und Kritik zur Planung vorzubringen, damit diese per Ratsentscheidung in die Planung einfließen. Bürgerbeteiligung soll zusätzliche Entscheidungsgrundlagen bereitstellen. Ziel der Bürgerbeteiligung ist eine bereits in der Zielfindungsphase beginnende stärkere gesellschaftliche Verankerung der Planung.

In der Diskussion um die Bürgerbeteiligung wird u. a. geltend gemacht, daß sie die repräsentative Demokratie durch Elemente verwässere, die im Grunde auf Plebiszite zielen. Jedes Partizipationsmodell wird daher auch danach beurteilt, ob es den Erwartungshorizont der Bürger mehr auf Entscheidung oder auf Beratung richtet. Dies gilt unabhängig davon, daß dieses Kriterium nur eines unter vielen ist und durchaus nicht als das entscheidende angesehen werden muß – ganz zu schweigen davon, ob es überhaupt ein berechtigtes Kriterium ist.

Die Frage nach dem Mitentscheidungs- oder Beratungscharakter des Verfahrens stellt sich beim Planungszellenmodell besonders, weil die Zelle beispielsweise gegenüber dem Hearing die Bildung von Durchsetzungsinstitutionen für die Bürgermeinung erleichtert. Im Kölner Fall wurde eine permanente Sprechergruppe etabliert. Sie trat allerdings weniger in Erscheinung, da der Ausschuß bisher von sich aus dem Bürgergutachten weitgehend folgte. Die Planungszelle verfügt grundsätzlich jedenfalls eher als das Hearing über Steuerungsmöglichkeiten, dem Beratungscharakter der Bürgerbeteiligung zu entsprechen.

Zum anderen wurde Bürgerbeteiligung an der Planung ursprünglich installiert, weil Belange von Betroffenen zu wenig berücksichtigt worden waren. Inzwischen entstand die Frage, ob das alleinige Befragen derjenigen, die ihr eigenes Interesse sichern wollen, zur Findung der Lösungen, die dem Gemeinwohl dienen sollen, ausreicht. Die Planungszelle läßt sich auch mit Betroffenen oder unter angemessener Beteiligung derselben durchführen. Sie scheint aber eben auch besonders geeignet, um Bürgerbeteiligungen an regionalen, überörtlichen, gesamtstädtischen oder gesamtbezirklichen Planungen durchzuführen und neben den Wünschen der Betroffenen auch die der Bürgergesamtheit und die beim Hearing weniger zum Zuge kommenden Gruppen zur Geltung zu bringen.

Das Planungszellenergebnis wird daher auch wegen der intensiveren, zeitlich längeren Befassung mit dem Problem in der Regel verlässlicher als das Hearingergebnis sein. Die Zelle erbringt im Vergleich zum Hearing abgesichertere und damit vertretbarere Ergebnisse.

1) Stadt Köln, Erfahrungsbericht über die Bürgerbeteiligung, Köln 13.3.80 (Stadtentwicklungsausschuli-Drucksachen-Nr. 18-74/80).

2) K. Uhlig, Planungszellen – Bausteine eines demokratischen Planungsverfahrens. Vortrag Gesamthochschule Wuppertal vom 22.5.80 – Pkt. 4.4 Vergleich zu anderen Bürgermitwirkungsverfahren – (Manuskript am Institut für Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren, Gaußstraße 20, 5600 Wuppertal).

Der Abdruck des Aufsatzes von Klaus Uhlig erfolgt mit freundlicher Genehmigung der "Demokratische Gemeinde. Monatsschrift für Kommunalpolitik.", Bonn. Der Aufsatz ist ursprünglich in Heft 9/1980, S.793 erschienen.

VERÖFFENTLICHUNGEN

aus dem Arbeitsbereich der "Forschungsstelle Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren", Bergische Universität - Gesamthochschule Wuppertal

Bürgergutachten/Projektberichte:

- Bürger planen Hagen-Haspe Diemel/Garbe/Wyborski (Bearbeiter). Bd. 2o2o, Schriftenreihe Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Dortmund 1978. 9o Seiten. DM 11,-- (vergriffen).
- Bürgergutachten Bärenloch P. C. Diemel (Bearbeiter). Nachdruck des Gutachtens für die Stadt Solingen vom März 1979 als: Werkstatt-Papier Nr. 15, Wuppertal 1983. 75 Seiten, Druckkostenbeitrag DM 5,--.
- Bürgergutachten Rathaus/Gürzenich-Köln H. Bongardt/P. C. Diemel/ H. Henning (Bearbeiter). Nachdruck des Gutachtens für die Stadt Köln vom März 198o als: Werkstatt-Papier Nr. 13, Wuppertal 1983. 14o Seiten. Druckkostenbeitrag DM 8,--.
- Bürgergutachten Energieversorgung Jüchen-Nord T. Friedrich/D. Garbe (Bearbeiter). Wuppertal 1984. 1oo Seiten. Druckkostenbeitrag DM 5,--.
- Bürgergutachten Zukünftige Energiepolitik D. Garbe/P. C. Diemel (Bearbeiter). Wuppertal 1983. 276 Seiten. Druckkostenbeitrag DM 17,--.

(Die Bürgergutachten können von der Wuppertaler Forschungsstelle angefordert werden.)

Grundlagentext:

- Diemel, P. C. Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie. Westdeutscher Verlag, Opladen 1978. 276 Seiten, 3o Abb., 9 Tabellen. DM 24,--.

Schriftenreihe:

GARBE, Detlef

- DIE PLANUNGSZELLE UND IHRE UMWELT. Analyse des Beziehungsgefüges zwischen Verfahren, Teilnehmern und Planern.
Bd. 1 Democratia experimentalis - Schriften zur Planungsbeteiligung. Verl. Peter Lang, Frankfurt/M-Bern, 198o, 339 S., sFr 6o,-

BERNOTAT, Ingar

DIE LAIENPLANERROLLE.

Bd. 2 Democratia experimentalis - Schriften zur Planungsbeteiligung. Verl. Peter Lang, Frankfurt/M-Bern, 1980. 205 S. sFr 2

HORN, Herbert

WÄHLERSPEZIALISIERUNG.

Bd. 3 Democratia experimentalis - Schriften zur Planungsbeteiligung. Verl. Peter Lang, Frankfurt/M-Bern, 1981, 107 S., sFr 37,-

GARBE, Detlef (Hg.)

BÜRGERBETEILIGUNG. Über die Theorie zur Handlungsorientierung.

Bd. 4 Democratia experimentalis - Schriften zur Planungsbeteiligung. Verl. Peter Lang, Frankfurt/M-Bern, 1982. 248 S., sFr. 56,-

MEHLICH, Harald

POLITISCHER PROTEST UND STABILITÄT. Entdifferenzierungstendenzen in der modernen Gesellschaft.

Bd. 5 Democratia experimentalis - Schriften zur Planungsbeteiligung. Verl. Peter Lang, Frankfurt/M-Bern, 1983. 331 S., sFr. 71,---

DIENEL/FRIEDRICH/HENNING

BÜRGER PLANEN EINEN FREIZEITPARK. Bericht über den Testlauf der Planungszelle in Solingen.

Bd. 1 Democratia experimentalis - Praxisberichte. Verl. Peter Lang, Frankfurt/M-Bern, 1984. 180 S. sFr. 34,-

BONGARDT/DIENEL/HENNING

BÜRGER PLANEN DAS RATHAUSVIERTEL. Planungszellen erarbeiten Ausgangsdaten für den städtebaulichen Wettbewerb "Rathaus/Gürzenich-Köln".

Bd. 2 Democratia experimentalis - Praxisberichte. Verl. Peter Lang, Frankfurt/M-Bern, 157 S. ca. sFr. 35,- (in Druck).

(Die Autoren des Lang-Verlages können ihre Bände mit einem Nachlaß von 30% des Preises abgeben.)

Werkstatt-Papiere:

- | | |
|----------------------|---|
| Nr. 1, DIENEL, P. C. | New Options for Participatory Democracy. Wuppertal 1980. DM 3,--. |
| Nr. 2, BÜNNIG, J. | Diffusion eines Beteiligungsverfahrens im Kommunalbereich. Wuppertal 1980. DM 4,-- (vergriffen). |
| Nr. 3, DIENEL, P. C. | Das Bürgergutachten. Ein neues Instrument in kommunalen und regionalen Entscheidungsprozessen. Wuppertal 1980. DM 4,--. |
| Nr. 4, DIENEL, P. C. | Beteiligung betroffener Bürger an den Entscheidungen der Verwaltung. Wuppertal 1981. DM 4,-- (vergriffen). |
| Nr. 5, DIENEL, P. C. | Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei der Planung von Verkehrsanlagen. Wuppertal 1981. DM 5,--. |
| Nr. 6, UHLIG, K. | Planungszellen: Bausteine eines demokratischen Planungsverfahrens. Wuppertal 1984, (in Druck). |

- Nr. 7, DIENEL, P. C. Bürgerinformation oder Bürgerbeteiligung. Erste Reaktionen auf das Instrument Bürgergutachten. Wuppertal 1981. DM 4,--.
- Nr. 8, GARBE/HENNING/
MEHLICH/MODROW/
WYBORSKI Probleme der Stadtpolitik in den achtziger Jahren. Wuppertal 1982. DM 3,--.
- Nr. 9, POSSE, A. Eine Analyse der Partizipationsproblematik am Beispiel des Städtebaues. Wuppertal 1982. DM 4,-- (vergriffen).
- Nr. 10, DIENEL, P. C. Bürgerbeteiligung bei der Planung von Bundesfernstraßen(preprint). Wuppertal 1984, DM 5,-
- Nr. 11, BONGARDT/GARBE/
MEHLICH Soziotechnik der Bürgerbeteiligung, Beiträge zu den Arbeitsgruppen des Bamberger Soziologentages 1982. Wuppertal 1982. DM 5,--.
- Nr. 12, BONGARDT/DIENEL/
HENNING Bürger planen das Rathausviertel. Testlauf des Verfahrens Planungszelle zur Erarbeitung von Ausgangsdaten für den städtebaulichen Wettbewerb "Rathaus/Gürzenich-Köln" (preprint Wuppertal 1983. DM 14,-- (vergriffen).
- Nr. 13, Stadt Köln, Der Bürgergutachten "Rathaus/Gürzenich-Köln". Oberstadtdirekt. 1980. Nachdruck. Wuppertal 1983. DM 8,--.
- Nr. 14, DIENEL, P. C. Das Modell Bürgergutachten: Wider die strukturelle Abschaffung des Bürgers (preprint). Wuppertal 1983. DM 4,--.
- Nr. 15, DIENEL, P. C. Bürgergutachten Bärenloch 1979. Nachdruck Wuppertal 1983. DM 5,--.
- Nr. 16, DIENEL/GARBE
(Red.) Bürgerplanung von A - Z. Stichworte zu den Beteiligungsverfahren Planungszelle und Bürgergutachten. Wuppertal 1983. DM 32,--.
- Nr. 17, GROTHE, A. Die Betroffenen kommen immer zu spät - auch in der Verbraucherpolitik. Wuppertal 1984. DM 4,--.
- Nr. 18, DIENEL, P. C. Humanisierung von Politik - ein Vorhaben angewandter Sozialwissenschaft. Wuppertal 1984. DM 4,--.